

Fritz von Unruh, Eugen Kogon
und die Lehren aus der Geschichte
Wolfgang Geiger

*„Wie schlecht wir es machten,
als wir noch handeln konnten...” –*

**Fritz von Unruh, Eugen Kogon
und die Lehren aus der Geschichte.**

Historischer Kontext und politische Aktualität

Wolfgang Geiger

Eugen-Kogon-Gesellschaft e.V.

2025

Eugen-Kogon-
Gesellschaft e.V.

www.eugen-kogon-gesellschaft.de



© Dr. Wolfgang Geiger

Frankfurt a. M., 8.5.2025. – Leicht korrigiert 30.10.2025.

Die vorliegende Abhandlung ist eine begleitende Analyse zu
Fritz von Unruh: *Rede an die Deutschen*,
mit einem Geleitwort von Eugen Kogon.
Frankfurt/M. (Verlag der Frankfurter Hefte) 1948.

Kommentierte Neuauflage, Online-Ausgabe,
Textband, herausgegeben von Wolfgang Geiger
Begleitband Materialien, herausgegeben von Christoph Schlott.

<https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/1948-paulskirche/>

✉ kogon-gesellschaft@gmx.de

Der Text ist in DIN-A-5 formatiert und kann sowohl einseitig wie doppelseitig gelesen bzw. ausgedruckt werden.

Inhalt

<i>Vorbemerkung: Warum dieser Rückblick in die Nachkriegszeit?</i>	4
1. Religion, Moral und Recht.....	11
2. Schuld, Sühne und Gewissen	15
3. Schwäche der Demokratie oder Schwäche der Demokraten?	
<i>Rückblick von heute durch das historische Mikroskop</i>	23
a) Von der Revolution in die Krise (1918-1923/24)	26
b) Reichstagswahl 1928 / Regierungskrise 1930	28
Weltwirtschaftskrise im Anflug, aber noch nicht angekommen	29
Die Krise vor der Krise: Bruch der Koalition.....	30
Demokratie ohne Mehrheit?	31
d) Das letzte Versagen: Das Ermächtigungsgesetz.....	37
e) Führer und Verführte	39
Experiment in der Schule: Wie hätte ich 1935 entschieden?	41
4. Nach der Katastrophe: Besinnung, Verdrängung, Neuanfang.....	43
Die Schuldfrage.....	44
Welche Schuld?	45
Die Täter.....	54
Das Volk.....	60
Das Verhängnis über dem Abendland	65
Teufel, Dämonen, Infektionen	67
Masse und Verführung.....	69
Demokratische Wiedergeburt	74
Nationalstaat, Föderalismus und Illusionen.....	77
Innere Demokratie.....	79
5. „Nie ist Demokratie ein Zustand, immer eine Forderung.“ –	
Demokratie in Frage heute	90
Freiheit und Verantwortung.....	92
Was ist Demokratie – und was nicht?	94
Demokratiekritik laut Umfragen	96
Weimarer Verhältnisse?.....	99
Medienmacht und kulturelle Hegemonie.....	100
Politik und Recht – „Checks and balances“	107
Geschichte und Identität	112
Erinnerung und Besinnung angesichts neuer Herausforderungen	114

Vorbemerkung:

Warum dieser Rückblick in die Nachkriegszeit?

„Die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens“ hat der Römer Cicero seiner Nachwelt und noch uns fernen Nachkommen als Leitlinie für das politische Handeln mitgegeben. Aus der Geschichte zu lernen wäre auch heute noch und gerade wieder eine Notwendigkeit für die Politik, denn Cicero hat das damals für „den Redner“ geschrieben, also den Politiker seiner Zeit, der durch seine Redekunst überzeugen musste. Es ist ebenso die Aufgabe der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts, aus der Geschichte zu lernen und dies zu vermitteln, es muss aber auch die Aufgabe der *ganzen Gesellschaft* sein, denn der Staat, die *Republik*, ist von ihrem Wortsinn her nicht umsonst die „öffentliche Sache“ (*res publica*), die alle betrifft und die von allen bestimmt wird, und heute weit mehr noch als zu Ciceros Zeiten.

Aus der Geschichte lernen heißt somit, sich mit der Vergangenheit für die Gegenwart und damit auch für die Zukunft zu befassen. Fritz von Unruhs und Eugen Kogons Anliegen war es damals, die Lehren aus der jüngsten und auch länger zurückliegenden Geschichte zu ziehen, und sie waren damals nicht die einzigen, standen aber, Unruh einen großen Moment lang 1948, Kogon dauerhafter, an herausragender Stelle.

Der Wiederaufbau der Frankfurter Paulskirche, seit 1946 von Oberbürgermeister Walter Kolb für das hundertjährige Jubiläum der Eröffnung der Nationalversammlung am 18.5.1848 energisch vorangetrieben, sollte an dieser Schnittstelle, noch quasi im Niemandsland und in der Niemandszeit zwischen dem untergegangenen Deutschland und einer inhaltlich noch unklaren, doch in Konturen sich abzeichnenden Zukunft, ein Zeichen setzen.¹ Der politisch-historische Kontext des 18. Mai 1948 bot die Gelegenheit zum Rückblick auf verheißungsvolle, aber gescheiterte demokratische Anfänge 100 Jahre zuvor und zugleich auf die größte Katastrophe deutscher und europäischer Geschichte, die gerade zu Ende gegangen war und deren materielle, menschliche und geistige Relikte aus Ruinen, Millionen Toten durch „totalen Krieg“ und Völkermord und

¹ Zum Kontext der ganzen Feierlichkeiten, zur Person cf. Waltraud Wende-Hohenberger: *Ein neuer Anfang? Schriftsteller-Reden zwischen 1945 und 1949*. Stuttgart (Metzler) 1990, darin: Die Frankfurter Jahrhundertfeierlichkeiten, Fritz von Unruhs Rede an die Deutschen und der zweite deutsche Schriftstellerkongreß, S. 187-241.

schließlich staatlichem Untergang Klage und Anklage erhoben: *Wie konnte es dazu kommen?* Doch diese Frage wurde schon überdeckt durch die neue: *Wie geht es weiter?* Dass die Beantwortung der zweiten auch die Beantwortung der ersten bedingte, begann sich schon ins Gegenteil zu verkehren, dass nämlich der Blick voraus den Blick zurück überschattete.

Die Lehren aus der Geschichte, die beide zogen, Unruh in seiner *Rede an die Deutschen* und Kogon durch sein Engagement schon zuvor und noch danach, sind nicht nur von historischer, sondern auch von unerwartet aktueller Bedeutung, wenn auch nicht einfach eins zu eins. Ihre Lehren laden vielmehr dazu ein, unsere Lehren daraus zu ziehen, die Lehren aus den Lehren gewissermaßen. Warum?

Die vor 75 Jahren (im Jubiläumsjahr 2024 geschrieben) neu begründete Demokratie in Westdeutschland ist uns über die Jahrzehnte selbstverständlich geworden, ohne deswegen perfekt zu sein und trotz aller Kritik im Einzelnen und auch mancher Irrungen, etwa wenn das „mehr Demokratie wagen“ Willy Brandts 1969 von nicht wenigen jungen Menschen missverstanden und für eine grundsätzliche Kritik am Staat aufgenommen wurde. Grundsätzliche Infragestellungen von rechts außen machten damals bei 4,3% Halt (NPD Bundestagswahl 1969), die von links außen waren in den 1970er Jahren wahlarithmetisch irrelevant. Dagegen hatten sie zwar eine Zeit lang einen weitaus größeren gesellschaftlichen Einfluss, v.a. in der Jugend und durch die Jugend, aber in ihrer radikalen Infragestellung der Gesellschaft und in der zum Terrorismus hinübergleitenden Gewaltbereitschaft keine gesellschaftliche Basis.

Unsere Demokratie war bislang „selbstverständlich“ in dem Sinne, dass sie eben nicht bedeutend in Frage gestellt wurde, aber auch in dem Sinne, dass kaum über sie nachgedacht wurde. Gewiss, in der Schule war und ist das ein wichtiges Thema. Ob wichtig genug, ist allerdings auch die Frage, denn bis vor einiger Zeit konnten wir noch auf der Basis einer grundsätzlichen Akzeptanz „Demokratiebildung“ betreiben, als dieser Begriff noch gar nicht in Mode gekommen weil gar nicht notwendig in dem Sinne war, wie Demokratiebildung heute notwendig erscheint.

Wir haben die Funktionsweise von Demokratie, ihre historischen Wurzeln und Ausprägungen, die Entstehung der Bundesrepublik und das Grundgesetz vermittelt und auf der Basis eines grundsätzlichen (Ein-) Verständnisses diskutiert. Der Prozess der Gründung der Bundesrepublik war trotzdem nie ein Highlight im engeren Sinne „deutscher“ Geschichte

im kollektiven Gedächtnis, schien doch alles von den Besatzern diktiert und die Demokratie von den Amis gebracht worden zu sein. Dass das nur die Hälfte der historischen Wahrheit ist, dass nämlich die Deutschen in den Westzonen zu ihrer neuen Demokratie viel mehr selbst beigetragen haben, als gemeinhin im Bewusstsein ist, darauf haben die Deutschen in ihrer historischen Erinnerung selbst lange keinen großen Wert gelegt. Von der Weimarer Republik wird immer gesagt, sie sei eine „ungeliebte Republik“ gewesen, dabei ist sie doch, wenn auch von allen Seiten bedroht (oder gerade deswegen!) mit großer Aufbruchstimmung aus einer Revolution heraus entstanden. Viel mehr trifft die Ungeliebtheit für die Bundesrepublik zu, weil keiner ihrer Gründer die damit verbundene Teilung Deutschlands wollte, obwohl diese nicht mehr zu verhindern war, und man die Bonner Republik als Provisorium betrachtete, deswegen auch „Grundgesetz“ und nicht „Verfassung“, Bonn und nicht Frankfurt als Hauptstadt. Doch dieses Provisorium war von langer Dauer und beachtlicher Standfestigkeit, sogar über sein geplantes Ende, nämlich die Wiedervereinigung, hinaus.

Das grundlegende Einvernehmen in der Sache Demokratie kann heute jedoch nicht mehr pauschal vorausgesetzt werden. Die Demokratie ist so „selbstverständlich“ geworden, dass sie nicht mehr *(von) selbst verständlich* ist, jedenfalls bei einem offenbar wachsenden Anteil auch junger Menschen. Damit ist nicht das Formelle der Demokratie gemeint, das Mehrheitsprinzip und die Wahlen, worauf das gerne zu Unrecht reduziert wird. Sondern es geht um die berühmten Werte, die demokratische Kultur, auch ungeschriebene Werte, *Add-ons* oder besser noch *Add-ins*, wie man heute sagen könnte, die zum Leben der Demokratie hinzugehören, wenn sie auch nicht unbedingt bis ins letzte Detail schwarz auf weiß verfassungsrechtlich festgeschrieben sind – aber es wohl besser wären, wie wir heute sehen. Mehr dazu im letzten Abschnitt.

Deswegen sind die Lehren, die nach dem Krieg aus der Vergangenheit und für eine neue Demokratie gezogen wurden, interessant und wichtig. Nicht nur im historischen Sinne, wie die Demokratie wieder entstand, sondern auch mit den damit verbundenen weitergehenden, grundsätzlichen Überlegungen. Dabei können wir aus heutiger Warte vieles von damals nachvollziehen, aber auch aus der Distanz korrigieren, weil wir es besser wissen, und aus diesem Ganzen Schlussfolgerungen für uns heute

ziehen: Wie gehen Demokratien zugrunde, wie können sie die Herausforderungen bestehen, die auf sie zukommen?

Dass diese Fragestellung am 18. Mai 1948 nicht nur chronologisch, sondern auch inhaltlich, ursächlich in einem Kontinuum der hundert Jahre 1848-1948 gesehen wurde, lag nahe und war Programm für die Festwoche im Mai 1948, mit der sich Frankfurt, Gründungsort der deutschen Demokratie, wie Oberbürgermeister Walter Kolb betonte, ins Licht setzte. Die damit verbundene Idealisierung milderte er aber auch gleich selbst wieder ab, indem er auf den Großonkel des Festredners in der Paulskirche verwies, Victor von Unruh, Präsident der Preußischen Nationalversammlung (so hieß diese ebenfalls) bis zu ihrer Auflösung am 5.12.1948, der aus der Niederlage schlussfolgerte: „Wir [...] glaubten, mit Verfassungsparagraphen lasse sich alles Wünschenswerte erreichen. Wir haben erst durch bittere Erfahrungen lernen müssen, dass es auf tatsächliche Umgestaltungen im Staate ankommt.“² Auch durch seine eigene, über die Hälfte dieser Zeit von 1848 bis 1958 in die Kaiserzeit zurückreichende Biographie, konnte Fritz von Unruh einen Bogen über drei Epochen schlagen.

Gleichwohl waren die beiden hier im Mittelpunkt stehenden Autoren, der Festredner Fritz von Unruh (1885-1970), vor 1933 ein bekannter expressionistischer Dramatiker, dessen Stücke in Frankfurt sozusagen ihr Heimspiel hatten, sowie der erst mit seinem Buch *Der SS-Staat* 1946 und als (Mit-)Herausgeber der *Frankfurter Hefte* bekannt gewordene Eugen Kogon (1903-1987) in der Weimarer Zeit keine Verfechter der Demokratie gewesen – sie wurden es erst durch den Nationalsozialismus.

Unruh hing kulturkonservativen Ideen an und, schreibt Karola Schulz, mit „einer fundamentalen bildungsbürgerlichen Verachtung jeglicher Parteipolitik, die Unruh als Gegenteil universalistischer Bildung bezeichnete“ – siehe seine (falsche) Interpretation des überparteilichen Geistes des Wartburgfests in der Rede (S. 30³). Aber dazu gehörte auch „eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber der modernen parlamentarischen Demokratie.“⁴ Gleichwohl reihte er sich nicht in die politischen

² Rede von Oberbürgermeister Walter Kolb, Frankfurt am Main, in der wiederaufgebauten Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1948. – Maschinengeschriebenes Manuskript, antiquarisch.

³ Die Seitenangaben beziehen sich im Folgenden auf die von Eugen Kogon herausgegebene Broschüre mit der Rede Unruhs, siehe Anm. 1.

⁴ Karola Schulz: *Fast ein Revolutionär. Fritz von Unruh zwischen Exil und Remigration (1932-1962)*. München (Iudicium) 1994, S. 99.

Gruppen ein, die ähnlich dachten, denn im Gegensatz zu ihnen war er nicht nationalistisch gesonnen, sondern pazifistisch und weltbürgerlich, seine Prägung aus dem Ersten Weltkrieg. Übrigens war Unruh dann im Exil nicht der Einzige, der eine Skepsis gegenüber der Demokratie bewahrt hatte, hatte sie doch in dieser Wahrnehmung zumindest eine Mitschuld am Sieg des Nationalsozialismus. Über all dies, die politischen Tendenzen, die Schuldfrage und die Zukunftsfrage stritten sich die Exilanten heftig. Die geistige Erneuerung durch die deutsche Kultur und den Geist des Humanismus war für Unruh der Bezugspunkt 1948, wie für viele andere in Deutschland gebliebene Intellektuelle auch, doch Unruh war realitätsnah genug, um in der Erneuerung des politischen Lebens auch bereits das Phänomen des Opportunismus früherer Zeit wiederkommen zu sehen, wie er in der Rede deutlich machte (S. 44). Und an der Entnazifizierungspolitik kritisierte er in seinem ersten Theaterstück nach 1945 *Der Befreiungsminister* (engl. *Occupation Zone*, 1948) „daß die ‚Ermöglicher‘ und ‚Begünstiger des Verbrechens‘, die ‚Geburtshelfer und Stützen‘ des Regimes zu einem überwiegenden Teil unbehelligt blieben.“⁵

Kogons Ausgangshaltung vor 1933 war ähnlich, allerdings katholisch rechtskonservativ, weniger geistig als irdisch orientiert mit einer Sympathie für den „Ständestaat“, den er in seiner Doktorarbeit „Faschismus und Korporativstaat“ 1927 bei dem Wiener akademischen Vordenker dieser Richtung, Othmar Spann, im Rückgriff auf das Mittelalter sowie am Beispiel von Mussolinis Italien darstellte in der „Hoffnung, dass der italienische Faschismus den Ständestaat realisieren könnte.“⁶ Ansichten, die er dann in der rechtskatholischen österreichischen Zeitschrift *Schöneres Leben* und der profaschistischen *Neuen Zeitung* auch politisch vertrat. 1934 vollzog er eine Kehrtwende und half mit finanziellen Mitteln deutschen Oppositionellen, wurde nach dem Anschluss Österreichs selbst verhaftet und im KZ Buchenwald interniert, wo er noch wenige Tage vor der Befreiung dem Todesurteil der SS entkam, als diese ihn noch als unehelichen Sohn einer jüdischen Mutter auf eine Exekutionsliste setzte.⁷ Nach der

⁵ Schulz, op. cit., S. 185.

⁶ Dennis Beismann: *Eugen Kogon in der frühen Bundesrepublik. Ein öffentlicher Intellektueller zwischen Lehrstuhl und Fernsehstudio 1949-1959*. Berlin/Boston (de Gruyter) 2020, S. 10 mit Bezug auf Archivalien. Vgl. auch Karl Prümm: *Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik*. Heidelberg (Winter) 1984, S. 101-104.

⁷ Autobiographische Details finden sich in Eugen Kogon: „*Dieses merkwürdige, wichtige Leben*“. *Begegnungen*. Gesammelte Schriften Bd. 6, Berlin (Quadrigr) 1997, S. 55-74.

Befreiung erklärten die Autoren des *Buchenwalder Manifests*: „Durch diesen Kampf ist es uns möglich gewesen, menschliche, geistige und moralische Erfahrungen zu machen, wie sie in normalen Lebensformen unmöglich sind.“ Und sie sahen sich „verpflichtet, dem deutschen Volke zu sagen, welche Maßnahmen notwendig sind, um Deutschland aus diesem geschichtlich beispiellosen Zusammenbruch zu retten und ihm wieder Achtung und Vertrauen im Rate der Nationen zu verschaffen.“ Doch dafür gab es eine Voraussetzung: „Wir brauchen einen neuen Geist. Er soll verkörpert werden durch den neuen Typ des deutschen Europäers. *Uns kann niemand umerziehen, wenn wir es nicht selbst machen.*“⁸ (Hervorhebung von mir).

Eugen Kogon bekam die Chance, zusammen mit anderen für die Amerikanische Besatzungsbehörde den *Buchenwald-Report* zu verfassen, der erst Jahrzehnte später veröffentlicht wurde. Daraus durfte und sollte er aber auch ein eigenes Buch für die deutsche Leserschaft verfassen und bekam dafür von den Amerikanern eine Unterkunft in Oberursel im Taunus. *Der SS-Staat* am im Spätsommer 1946 heraus und wurde ein Farnal. Darauf begründete sich sein Engagement für die geistige Neubegründung der Demokratie.

Unruh und Kogon waren also keine Persönlichkeiten, die gegenüber den Zeitgenossen nach 1945 in der Attitüde auftreten konnten, selbst immer schon eingeleichte Demokraten gewesen zu sein. Im Unterschied zu vielen anderen wurden sie es aber durch den Nationalsozialismus, und zwar nicht erst nach dessen Untergang. Damit befanden sie sich durchaus in illustrierter Gesellschaft, zum Beispiel von Pastor Niemöller. Beide hatten sich gegen die Nazis gestellt, Unruh früher und öffentlich, Kogon später und klandestin, der eine musste aus Deutschland fliehen, der andere kam ins Konzentrationslager. Damit gehörten beide zu einer *Spezies* von Deutschen, die nach 1945 alles andere als beliebt waren.

Mit einem Spruch von Günther Grass – „Ein ungeschriebenes Gesetz lautet in Deutschland: Emigranten haben nicht heimzukehren!“ – schrieb Manfred Durzak über Fritz von Unruh:

„Der Prophet gilt nichts im eigenen Land und erst recht nicht, wenn die Geschichte ihn als Cassandra erweist, deren aufrüttelnde Warnungen alle eingetreten waren. Die Anerkennung des Warners wäre zugleich ein

⁸ Bundesarchiv, Nachlass Brill, N 1086/94 / Buchenwalder Manifest. Suche in <https://inventio.bundesarchiv.de/>, Dok. S. 24, 29; Einleitung und Abschnitt 6.

Schuldeingeständnis gewesen. Davor schreckte man zurück. Mit der eigenen Schuld verdrängte man zugleich den unbequemen Zeugen.“⁹

Gleichwohl wurde Fritz von Unruh als Festredner zur wichtigsten öffentlichen Veranstaltung des Jahres 1948 in die Paulskirche eingeladen und gefeiert und erhielt im Oktober auch den Goethe-Preis der Stadt. Doch dann wurde es still um ihn. Es herrschte „eine Taubheit, die anfänglich politisch verordnet war“ – gemeint ist: vom NS-Regime gegen alles, was seine Autorität in Frage stellte –

„und die später zur Gewohnheit wurde und mit dieser Gewohnheit ihren schlechten politischen Ursprung wie eine heimliche Krankheit mit sich fortschleppte, ohne daß diese Zusammenhänge den Zeitgenossen noch so bewußt waren. [...] Unruh teilte das Schicksal der von den Nazis ausgebürgerten, vertriebenen und in alle Welt zerstreuten oppositionellen Literatur. [...] Der von Hitler verordnete Kahlschlag wirkte nach.“¹⁰

Dagegen fand Eugen Kogons Buch *Der SS-Staat* sofort einen riesigen Absatz, die Frankfurter Erstauflage von 35.000 war nur eine von jenen, die zunächst in den verschiedenen Besatzungszonen erschienen, im selben Jahr noch folgte eine weitere in München, ein Jahr später kam in Berlin eine weitere Ausgabe mit einer Auflage von 100.000 heraus, dann eine „Volksausgabe“ ... Das Buch fand ein großes Echo, aber welche Wirkung im Sinne von Einwirkung es auf „das Volk“ hatte, ist schwer zu ermitteln. Heute ist Kogon auch weitgehend vergessen und wie so manche andere auch zu Unrecht. Schon 2001 schrieb sein Sohn Michael „Wir kennen aus TV-Krimis die tote Hand, die aus der Müllhalde ragt, von meinem Vater ragt – ach, gewiss, ein makabres Bild – noch der mahnende Zeigefinger aus dem Müll der Geschichte heraus.“¹¹

⁹ Günther Grass: Rede über das Selbstverständliche. Dankrede zur Verleihung des Georg-Büchner-Preises 1965, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, <https://www.deutscheakademie.de/de/auszeichnungen/georg-buechner-preis/guenter-grass/dankrede>; Manfred Durzak: Die Gegenwartigkeit des Dichters Fritz von Unruh. Überlegungen zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages, in: Wenfried Schreiber (Hrsg.): Fritz von Unruh zum 100. Geburtstag und 15. Todestag. Katalog zur Ausstellung Stadtbibliothek Koblenz und Rathaus Diez. Stadtbibliothek Koblenz 1985, S. 9.

¹⁰ Durzak, op. cit., S. 10f.

¹¹ Michael Kogon: Eugen Kogon – sein Leben, sein Werk. Die Geschichte einer Erinnerung, in: TU Darmstadt (Hrsg.): *Das Maß aller Dinge. Zu Eugen Kogons Begriff der Humanität*. TUD Schriftenreihe Wissenschaft und Technik 81, Darmstadt 2001, S. 16.

1. Religion, Moral und Recht

Sehr ungewohnt altertümlich, etwas sperrig zum Mitdenken für uns heute, aber viel ergreifender, wenn man ihn hört, ist Fritz von Unruhs in vielen Passagen pathetische Sprache, sein theatralischer Stil und seine religiöse Argumentation mit Bezug auf *Gott* und *Gnade*, in Gegensätzen von *Liebe* oder *Hass*, *Gut* oder *Böse*... – aber uns dann doch näher, wenn er es mit *Recht* oder *Chaos* gleichsetzt (S. 42). „Chaos“ meint hier nicht Anarchie, sondern Rechtlosigkeit und Willkür. Über weite Strecken kann man das Religiöse als das Moralische verstehen, das Gewissen, protestantisch „Gott in der eigenen Brust“ (S. 44), oder mit Sigmund Freud als das „Über-Ich“. Denn das Christentum gibt – dem Judentum folgend, das es verstoßen hat – als Religion dem Menschen eine Anleitung für moralisches Handeln, verkörpert in der Gesetzestafel der Zehn Gebote (S. 33).

Es *muss* ethische Richtlinien geben, die über dem Menschen stehen, die Recht und Unrecht unterscheiden, denn oblag es ihm selbst, könnte er, als Einzelner oder als Kollektiv, selbstherrlich handeln, wie er will, und sich immer im Recht sehen, das er selbst bestimmt. Moral und Gesetz sind natürlich von Menschen gemacht, aber nicht von den jeweiligen Akteuren nach ihrem Belieben. Deswegen folgen in unserem Rechtsverständnis die menschlichen Gesetze einer höheren, den Gesetzen vorausgehenden und ihnen zugrunde gelegten Moral, die sich in einer langen Tradition herausgebildet hat. Das staatliche Gesetz hat „Du darfst nicht töten“ nicht selbst erfunden. Gäbe es dieses uralte Gebot – eigentlich: Verbot – nicht in allen Gesellschaften, könnte keine Gesellschaft existieren, und deswegen kann es auch nicht aufgehoben oder umgangen werden. Es ist der Kern der Menschenrechte als „natürliche und unveräußerliche Rechte jedes Menschen“, wie der US-Chefankläger Robert H. Jackson bei der Eröffnung des Nürnberger Prozesses in Erinnerung rief.¹² Er zitierte damit aus der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und es ist egal, ob man sich wie darin auf Gott bezieht oder auf die Natur des Menschen oder ein allgemeines Vernunftprinzip.

¹² *Der Nürnberger Prozeß*. Das Protokoll des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache. Nürnberg 1947. Hier nach der Edition auf CD-Rom mit einer Einführung von Christian Zentner, Berlin (Directmedia) 1999. Zweiter Tag, Mittwoch, 21. November 1945, Bd. 2, S. 116, digital S. 1370. Vgl. <http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+Nürnberger+Prozeß>

Schon seit der Antike, im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit hat man auch säkular vom Naturrecht gesprochen, als eine in der menschlichen Natur liegende oder der menschlichen Vernunft entstammende „natürliche“ Ethik. In der Renaissance und Reformationszeit haben Kritiker mit Bezug auf die von Gott verkündeten Normen dem entstehenden absoluten – und das hieß: über den Gesetzen stehenden – Machtanspruch der Fürsten widersprochen.¹³ Das waren vor allem Calvinisten (nach Calvin). Unruh bezieht sich in seiner Rede auf Luthers Widerstand gegen die Obrigkeit (S. 38), Ausgangspunkt für die Reformation, doch übersehen wir nicht dabei, dass dies bei Luther nur für die katholische Obrigkeit galt, nicht für die Fürsten, die sich dem Protestantismus anschlossen.

Aus diesen Anläufen sind im Zeitalter der Aufklärung die Menschenrechtserklärungen gegen die Willkür der Fürstenherrschaft entstanden und legten die Grundlage für die Demokratie. Was ebenfalls nicht hieß, dass sie immer und uneingeschränkt auch von jenen respektiert wurden, die sie verkündet haben, denken wir nur an die von „Gott geschaffene Gleichheit“ der Menschen in den USA. Grundsätzlich hat sich seither jede Gesellschaft Ausnahmen davon zugebilligt, so das Kriegsrecht, das aber wiederum um 1900 (Haager Abkommen) und danach völkerrechtlich klaren Regelungen, und das heißt Einschränkungen, unterworfen wurde.

Gustav Radbruch, der große Rechtsphilosoph und zeitweilige sozialdemokratische Justizminister in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, veröffentlichte 1945 eine kleine Schrift *Fünf Minuten Rechtsphilosophie*, die er als Merkblatt für seine Studenten in Heidelberg herausgab und die auch am 12.9.1945 in der Rhein-Neckar-Zeitung erschien. Darin widersprach er der Vorstellung, Recht sei immer das, was vom Staat als Recht gesetzt werde, wie es die Juristen im Nationalsozialismus propagierten. Die Grundlage dieses „Rechtspositivismus“ – das „positive“, vom Staat gesetzte Recht gilt absolut – war viel weiter verbreitet und kein *Resultat* der NS-Herrschaft, sondern bereits *Voraussetzung* dafür in juristischen Kreisen der Weimarer Republik, vor allem durch den bekannten und berühmten Staatsrechtler Carl Schmitt, der schon 1923 die Weimarer Re-

¹³ Cf. [Wolfgang Geiger] Von der Freiheit des Christenmenschen – Aufbegehren gegen die Obrigkeit, <https://www.geschichtslehrerforum.de/html/reformation.html>, sowie dort angeschlossene Seiten.

publik in ihren Grundlagen infrage stellte.¹⁴ Radbruch verband seine Widerlegung dieser Anschauung auch mit dem religiösen Grundsatz:

„Ihr sollt Gott mehr gehorchen als den Menschen – und das ist nicht etwa nur ein frommer Wunsch, sondern ein geltender Rechtssatz. [...] Es gibt also Rechtsgrundsätze, die stärker sind als jede rechtliche Satzung, so daß ein Gesetz, das ihnen widerspricht, der Geltung bar ist [= entbehrt].“¹⁵

Kants „Kategorischer Imperativ“, sich als Vorbild so zu verhalten, wie man es von der Allgemeinheit erwartet – schon in der Bibel an mehreren Stellen ähnlich als später so genannte Goldene Regel¹⁶ formuliert oder im Volksmund bekannt¹⁷ –, ist streng genommen eine Banalität, Grundlage jeden Rechts.

Dem Wortlaut nach hat die Goldene Regel nur das Fehlverhalten im Blick, so wie geltendes Recht nur die Straftat bestraft, in konkreten Situationen kennen wir heute allenfalls noch die „unterlassene Hilfeleistung“. Die moralische Verhaltensmaßregel nach Kant und eigentlich auch das religiöse Gebot, nämlich nach dem Gebot der Nächstenliebe, fordert aber viel mehr, als nur nichts zu tun, was der Regel widerspricht, sondern fordert moralisches Handeln im positiven Sinne, nicht nur die Vermeidung von unmoralischem Handeln.

So war die religiöse Frage in diesem historischen Kontext eine ganz grundsätzliche, weil philosophische, moralische, politische und in letzter Instanz auch juristische Frage in einem: Die alte Frage nach der Willensfreiheit des Menschen war und ist umgekehrt eine Frage nach seiner Selbstverantwortung, im Kollektiven wie im Individuellen. Es war der Prophet Moses, sagt Unruh in seiner Rede, der auf den Berg Sinai stieg „um dort die *Freiheit der Entscheidung* zwischen ‚Gut‘ und ‚Böse‘ erstmalig als *Gottgebot in sich zu begreifen*.“ (S. 33).

Und nicht nur in religiöser Sicht ist das Leben eine ständige Prüfung für den „richtigen Weg“. Jeder kann sündigen, aber sich dann nicht herausreden, er sei vom Teufel verführt worden. Im religiösen Sinne ist nicht

¹⁴ Cf. Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. Berlin (Duncker & Humblot) 1923.

¹⁵ Gustav Radbruch: Fünf Minuten Rechtsphilosophie, *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 12.9.1945, zitiert nach dem Neuabdruck in: ders., *Rechtsphilosophie*, 8. Aufl., hrsg. von Erik Wolf und Hans-Peter Schneider, Stuttgart (C.F. Müller) 1973, S. 327 ff., online auch https://www.rechtsphilosophie.ch/1945_Radbruch_Fuenf%20Minuten.pdf

¹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Goldene_Regel

¹⁷ „Was du nicht willst, das man dir tu, das fügt auch keinem andern zu!“

der Verführer, sondern der Verführte schuldig. In der Nachkriegszeit war dies eine eminent aktuelle und sehr säkulare Frage: Was haben wir getan, was habe ich getan – oder auch unterlassen?

„Vom Teufel verführt“ hieß es nach 1945 fast unisono: Wir wurden „belogen und betrogen“, eine der Standardantworten nach Kriegsende, eine (Selbst-) Täuschung des Volkes, die bis zum „Wir wussten ja von nichts“ reichte. Für den damaligen US-Offizier Daniel Lerner 1945 war das „Belogen und betrogen“ bei den ersten Verhören von Deutschen in ihren Amtsstuben in dem von den Amerikanern schon besetzten Gebiet, noch vor Kriegsende, entlarvend, da „er [der Deutsche] damit unbedacht zugeht, daß er irgendwann einmal an die Nazis geglaubt hat und ihnen gefolgt ist. Sonst könnte er jetzt nicht behaupten, ‚belogen und betrogen‘ worden zu sein.“¹⁸ „Belogen und betrogen“, die Anklage des Verführers durch den Verführten oder des Teufels durch den Sünder, war die Umkehrung der Nazi-Parole „Führer befiehl, wir folgen dir!“

Mit christlichem Bezug, aber auch säkular lesbar, schrieb Kogon:

„Wir können Deutsche, Amerikaner, Engländer, Franzosen usw. sein, aber vor dem höheren Forum nur so lange, als wir dabei nicht vergessen und nicht verlernen, zu allererst Menschen zu sein. Von einem Hitler verführt, hat das deutsche Volk die mannigfache mahnende Erscheinung des Herrn nicht erkannt. Von den Stimmen der Staatsanwälte betäubt, erkennt es ihn auch heute als Richter nicht. Aber hat Er denn nicht schweigend geprüft, gewogen und durch die Geschichte selbst sein Urteil gesprochen? Ich meine, das deutsche Volk sollte mit jener Objektivität, die es einst ausgezeichnet hat, lesen, was in den Prozeßakten der Wahrheit als ermittelt und bezeugt geschrieben steht, und dann sich selber fragen: Wo sind wir hingeraten? Wie war das möglich? Was können wir tun, um vor uns und vor der Welt zu bestehen?“¹⁹

So stellte sich die Schuldfrage in einem komplexen Geflecht von Recht und Moral, Wissen und Gewissen, Schuld, Reue und Sühne des Einzelnen und des ganzen Volkes, das vor den Augen der ganzen Welt auf der öffentlichen Anklagebank saß.

¹⁸ [Daniel Lerner:] Notizen von einer Reise durch das besetzte Deutschland (Anfang April 1945), in: Ulrich Borsdorf / Lutz Niethammer: *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*. Wuppertal (Hammer) 1976, S. 40.

¹⁹ *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Frankfurt/M. (Verlag der Frankfurter Hefte) 1946, S. 325; *Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik (= FH)*, 1/1946, S. 26.

2. Schuld, Sühne und Gewissen

Der Nürnberger Prozess der Alliierten gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 20.11.1945 bis zum 1.10.1946 wurde von der Öffentlichkeit einerseits mit Erleichterung hinsichtlich der über sie lastenden Schuldfrage aufgenommen, schon nachdem der US-Chefankläger Jackson in seiner Eröffnungsrede sagte: „Wir möchten ebenfalls klarstellen, daß wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen.“²⁰ Trotz intensiver, von den Besatzungsmächten forcierter Berichterstattung in den zunächst selbst herausgegebenen und später lizenzierten Zeitungen, nahm die Bevölkerung jedoch wenig Anteil am Verfahren, zu sehr dominierten die Alltagssorgen und das schlichte Überleben; doch auch dank der Fokussierung des Prozesses auf die politische und militärische Führung (allerdings nur zwei Generäle), die die Deutschen „überwiegend als Alleinverantwortliche ansahen.“²¹ Lediglich die Nürnberger Urteile wurden mit großem Interesse aufgenommen, aber vielleicht mehr als Ausdruck des „Rachegefühls statt des Rechtsgefühls“, wie der *Tagesspiegel* damals kommentierte.²² Rache, weil man sich als „erste Opfer“ Hitlers sah und ihm und der Staatsführung auch die Schuld daran zuschrieb, in welcher Lage man sich jetzt befand.

Andererseits beunruhigten jedoch die für den Nürnberger Prozess etablierten juristischen Grundlagen in ihrer Breite und vor allem die schon angelaufene Entnazifizierung und *Reeducation* in der gesellschaftlichen Tiefe, während die zahlreichen Prozesse neben und nach dem Hauptkriegsverbrecherprozess, darunter auch bereits vor deutschen Gerichten, wenig wahrgenommen wurden – letztlich bis heute.²³ Im Anspruch der „Umerziehung“ sah man das Andauern des Kollektivschuldvorwurfs und lehnte beides mit größer werdender Mehrheit ab, konnte nun doch fast jeder auf der Anklagebank sitzen, und sei es nur moralisch.

²⁰ Der Nürnberger Prozeß: Zweiter Tag (Anm. 10), S. 120 / 1377.

²¹ Heike Krösche: Abseits der Vergangenheit. Das Interesse der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit am Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46, in: Jörg Osterloh / Clemens Vollnhals (Hrsg.): *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*. Göttingen (V&R) 2011, S. 97.

²² Der *Tagesspiegel* vom 8.10.1946: „Das unveräußerliche Recht“, zit. nach Krösche, op. cit., S. 101.

²³ Die Aufarbeitung in Osterloh/Vollnhals, *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit*, siehe oben, hat hier eine große Leistung vollbracht.

Im Winter 1945/46, „als die Idee noch neu und unerprobt war“²⁴, äußerten ungefähr die Hälfte in Umfragen noch Zustimmung zur „Art und Weise“ der Entnazifizierung, von Oktober 1946 bis September 1947 waren es nur noch ein Drittel und im Januar 1949 ein Sechstel. 1947 gaben aber noch ebenso viele zu, dass es eigentlich eine gute Idee war, wie deren Durchführung aber ablehnten (zwei Drittel). Dabei ist nicht so sehr der steigende Protest gegen die Entnazifizierung das Entscheidende, den Eugen Kogon ja sehr gut verstehen, wenn auch nicht billigen konnte, sondern die Tatsache, dass schon im Oktober '45 nur die Hälfte positiv antworteten. Unklar ist leider, wogegen sie damals genau waren.

Es ist bezeichnend, dass der Theologe Martin Niemöller, der neben Dietrich Bonhoeffer wohl „berühmteste“ Oppositionelle im Dritten Reich (wenn auch nicht von der ersten Stunde an), im Januar 1946 von den Studenten an der Erlanger Universität ausgebuht wurde, als er sein *Mea culpa* erklärte und an alle appellierte, eine „Kollektivhaftung“ für das Geschehene zu übernehmen.²⁵ Wahrgenommen wurde dies von der *Schwäbischen Landeszeitung* (Augsburg) als Zustimmung zur „Kollektivschuld“. Es folgte eine Schließung der Universität und eine „eingehende Untersuchung der gesamten Studentenschaft“ und ein Bericht über alle bayrischen Universitäten an die Besatzungsbehörde stellte fest: Es waren „viele Studenten noch tief erfüllt von dem Nationalsozialismus, Autoritarismus und Militarismus, mit dem sie indoktriniert worden sind.“²⁶ Nicht verwunderlich. Ähnliche Vorkommnisse gab es auch in der britischen und französischen Zone, wurde berichtet.

Dagegen war einige Monate früher dem Philosophen Karl Jaspers in seiner Vorlesung an der Universität Heidelberg der Spagat zwischen Kollektivschuld und Kollektivhaftung – oder sprachlich noch diplomatischer: Kollektivverantwortung – geschickter gelungen, indem er gleich zu

²⁴ Ständige Umfragen der Amerikanischen Besatzungsbehörde, cf. Anna J. Merritt / Richard L. Merritt: *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945-1949*. Urbana / Chicago / London (Univ. of Illinois Press) 1970, S. 37. (Online im Internet Archive).

²⁵ Martin Niemöller: *Die Erneuerung unserer Kirche*. München (Neubau) 1946, S. 6.

²⁶ Alfons Söllner (Hrsg.): *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946-1949*. Frankfurt/M. (Fischer TB) 1986, Dok. III.1: Der Fortschritt der Umerziehung in Deutschland, Office of Intelligence Research, Report Nr. 42327, 3.6.1947 (übersetzt), S. 191. – *Schwäbische Landeszeitung* (Augsburg), 5.2.1946.

Beginn die Kollektivschuld erst einmal ablehnte und zugleich betonte, dass man die Autorität der Sieger in dieser Stunde zu akzeptieren habe. In gewisser Weise eine Schuldabwehr zum Einstieg, die danach jedoch geradezu herumgedreht wurde zur kollektiven moralischen Schuldfrage.

Jaspers war wie Radbruch Professor in Heidelberg, hielt im Wintersemester 1945/46 seine Vorlesung über die Schuldfrage und verschriftlichte sie dann in seinem gleichnamigen Buch. Darin erklärte er die Beziehung zwischen politischer und moralischer Schuld:

„Moralische Verfehlungen sind Grund der Zustände, in denen die politische Schuld und das Verbrechen erst erwachsen. Das Begehen der zahllosen kleinen Handlungen der Lässigkeit, der bequemen Anpassung, des billigen Rechtfertigens des Unrechten, der unmerklichen Förderung des Unrechten, die Beteiligung an der Entstehung der öffentlichen Atmosphäre, welche Unklarheit verbreitet, und die als solche das Böse erst möglich macht, alles das hat Folgen, die die politische Schuld für die Zustände und das Geschehen mit bedingen. [...] Politische Schuld wird zur moralischen Schuld, wo durch die Macht der Sinn der Macht – die Verwirklichung des Rechtes, das Ethos [...] des eigenen Volkes – zerstört wird. Denn wo die Macht sich nicht selbst begrenzt, ist Gewalt und Terror und das Ende die Vernichtung von Dasein und Seele.“²⁷

Damit sich beides verbindet, reicht es nicht, dass man politische Schuld nur äußerlich akzeptiert, aber von sich selbst abweist, sondern man muss moralische Schuld als Ermöglichung von politischer Schuld akzeptieren. „Der moralischen Schuld erwächst Einsicht, damit *Buße* und *Erneuerung*. Es ist ein innerer Prozeß, der dann auch reale Folgen in der Welt hat.“ (S. 35). Im weiteren Verlauf seiner detaillierten Darlegung differenzierte er Schuld und Verantwortung bzw. Haftung sehr weit aus. So erklärte er: „Kollektivschuld gibt es zwar notwendig als politische Haftung der Staatsangehörigen“ – die Besatzung konnte bereits als eine solche auferlegte Haftung gesehen werden –, „nicht aber darum im gleichen Sinne als moralische [Schuld].“ (S. 56). Die moralische Schuldfrage als Aufgabe der Besinnung bleibt zwar jedem Einzelnen überlassen, wird aber dennoch von allen eingefordert.

Der Schweizer Psychoanalytiker Carl Gustav Jung erzeugte mit einem Zeitschriftenaufsatz „Nach der Katastrophe“ in der Schweiz 1945, der 1946 auch in einem Sammelband als Buch erschien, ein großes Echo in der

²⁷ Karl Jaspers: *Die Schuldfrage*. Heidelberg (Schneider) 1946, S. 33.

neuen Zeitschriftenlandschaft in Deutschland. Deutlicher als Jaspers betont er darin, dass Kollektivschuld keine Individualschuld ist und die Anklage keine juristische, sondern eine moralische und dass sie kollektiv auf sich genommen werden müsse im psychologischen Sinne. Er behält den Schuldbegriff bewusst bei und weicht terminologisch nicht in „Haftung“ oder „Verantwortung“ aus. Von psychologischer Schuld spreche man, wenn sich z.B. ein Dorf für auf seinem Boden begangene Verbrechen Einzelner schuldig empfinde im Sinne eines Mitfühlens, das, so kann man das interpretieren, zwischen Opfer- und Tätersein oszilliert: „Die Tat hat uns Schande angetan“, wenn man sich dafür also schämt, umso mehr, wenn es zu verhindern gewesen wäre. Die Taten, um die es hier ging, brachten jedoch die „moralische Verwüstung einer ganzen Generation“²⁸ mit sich. In diesem Sinne ist Kollektivschuld „ein tragisches Verhängnis, sie trifft alle, Gerechte und Ungerechte [...]“ (S. 69).

Diese erwartbare psychische Reaktion von innen entspreche aber auch einer von außen, wie Jung mit einem polemischen Anklang schreibt: „Der Deutsche kann nicht erwarten, daß sich Europa zu jener ‚finesse‘ aufschwingt, jeweils zuerst in Erfahrung zu bringen, ob der Verbrecher Müller oder Meier heißt.“ (S. 70). Die Kollektivschuld ist irrational, „ein psychisches Phänomen, und darum ist es keine Verurteilung des deutschen Volkes [...]“, aber „wenn ein Deutscher seine moralische Minderwertigkeit als Kollektivschuld vor der Welt anerkennt und keinerlei Versuche macht, diese mit unzureichenden Argumenten abzuschwächen oder weg-zuerklären, so hat er eine vernünftige Chance, nach einiger Zeit für einen möglicherweise anständigen Menschen gehalten zu werden [...]“ (ebd.).

Dass diese Schärfe heftige Gegenreaktionen in Deutschland hervorrief, verwundert nicht.²⁹ Auf die damit verbundene Theorie des kollektiven Unbewussten und des Phänomens „Masse“ kommen wir später zu sprechen. Als Konsens zwischen beiden sehr unterschiedlichen Analysen steht jedoch: Die moralische Schuldfrage als Aufgabe der Besinnung bleibt zwar jedem Einzelnen überlassen, wird aber dennoch von allen

²⁸ Carl Gustav Jung: Nach der Katastrophe, in: *Neue Schweizer Rundschau*, 13. Jg., 1945/46, H. 1, S. 73. Später aufgenommen in: Carl Gustav Jung: Aufsätze zur Zeitgeschichte, Zürich (Rascher) 1946, dort S. 86.

²⁹ Vgl. Ingrid Laurien: *Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945-1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit*. Frankfurt/M. u.a.o. (Lang) 1991, S. 137f.

eingefordert. Doch dieses Schande-Scham-Bewusstsein trat nicht auf, bzw. es äußerte sich nicht in dem Maße öffentlich.

Genau darum ging es und deswegen war die moralische Frage von entscheidender Bedeutung auch für Kogon und Unruh. An dieses In-Sich-Gehen und an die Stimme des Gewissens appellierten sie, wenn sie von den Deutschen forderten: Jeder prüfe sich selbst. Unruh stellt die Fragen dazu wiederholt in seiner Rede und deren ganzer Argumentationsstrang ist Ausdruck eines gemischt persönlichen und stellvertretend kollektiven In-Sich-Gehens; weil „jeder Einzelne von uns ja in seinem Innersten frei gewesen war, sich zu entscheiden... für ‚Gut‘ oder ‚Böse‘, Für ‚Recht‘ oder ‚Chaos‘.“ (S. 42).

Doch die Vorwürfe von außen behinderten die notwendigen Selbstvorwürfe aus dem eigenen Inneren. Hierin lag das Problem durch die Vorgehensweise der Alliierten. Jaspers formulierte noch recht diplomatisch:

„Die Schuldigerklärungen seitens der Sieger haben zwar die größten Folgen für unser Dasein, sie haben politischen Charakter, aber sie helfen uns nicht im Entscheidenden: der inneren Umkehrung.“³⁰

Kogon dagegen kritisierte die Form der Entnazifizierung auch schon Ende 1945 scharf, weil sie kontraproduktiv im deutschen Volk wirkte:

„Noch während es halbbetäubt um die erste Besinnung rang, stürzte ein Chor von anklagenden Stimmen des Abscheus und der Erbitterung über das deutsche Volk her. Es bekam nichts anderes zu hören als den tausendfachen Schrei: Ihr, ihr allein seid schuld! Ihr Deutsche alle seid schuldig! Da verwirrte sich das Herz des Volkes, in vielen verhärtete es sich. Wegen des argen Geschreis um sie und wegen der eigenen Blindheit wollten sie vom Insichgehen nichts mehr hören. Die Stimme ihres Gewissens ist nicht wach geworden. [...] Die ‚Schock‘-Politik hat nicht die Kräfte des deutschen Gewissens geweckt, sondern die Kräfte der Abwehr gegen die Beschuldigung, für die nationalsozialistischen Schandtaten in Bausch und Bogen mitverantwortlich zu sein. Das Ergebnis ist ein Fiasko.“³¹

Und noch im Januar 1948 schrieb er rückblickend: „Die siegreichen Verbündeten als Einheit, das war die Grundlage, die Kollektivschuld der Deutschen die Voraussetzung.“ Doch

³⁰ Jaspers, *Schuldfrage*, op. cit., S. 30.

³¹ Eugen Kogon: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Frankfurt/M. (Verlag der Frankfurter Hefte) 1946, Kap. „Das deutsche Volk und die Konzentrationslager“, S. 328. Textidentisch erschienen als: Gericht und Gewissen, in: *FH*, 1. Jg., H. 1, April 1946, S. 28. Verfasst im Dezember 1945.

„das deutsche Volk konnte nicht auf Dauer als eine Masse von Kriminellen behandelt werden, ganz allgemein nicht und vor allem nicht, wenn es zum Träger einer Demokratie bestimmt war. Man mußte anders mit ihm verfahren.“³²

Diese Einsicht setzte sich langsam im Laufe des Jahres 1947 durch und war zum Zeitpunkt der Paulskirchenfeier faktisch vollzogen. Dabei war den Amerikanern die Zwiespältigkeit ihres Vorgehens von Anfang an klar, als sie erkannten, dass die beabsichtigte sofortige Entfernung aller Nazis aus der Verwaltung unmöglich war, ohne diese zusammenbrechen zu lassen, so blieb es zunächst bei der Säuberung der Führungsebenen und ging nur langsam nach unten. Ein Grund dafür war auch: „Das Verbot der politischen Betätigung und der Fraternisierung stand einer Zusammenarbeit von MR [Militärregierung] und überzeugten Nazi-Gegnern, die die Entnazifizierung evtl. von Anfang an effektiver gemacht hätten [...], im Wege.“³³ So wurden zwar bekannte Nicht-Belastete oder wenige NS-Gegner zu Bürgermeistern usw. ernannt, die Durchdringung in die Tiefe gelang aber kaum. Die Unmöglichkeit der Unterscheidung zwischen „aktiven Nazis“, „fanatischen Nazi-Sympathisanten“ und nur „nominellen Nazis“ (ebd.) führte dazu, dass alle NSDAP-Mitglieder gleichermaßen verdächtigt wurden und man sich notgedrungen, nicht nur und vielleicht gar nicht mehr aufgrund des Kollektivschuldvorwurfes, für eine systematische Überprüfung in der Breite entschied.

Doch die (West-) Deutschen – immer in einem mehrheitlichen Sinne verstanden – standen unter dem Schock der Kollektivanschuldigung, die sie in ihrer Angstphantasie vor Strafe noch übersteigerten, weil sie tief in ihr schlechtes Gewissen eindrang, dem sie sich nicht stellen wollten und sich dadurch eine Abwehr gegen eine ehrliche Auseinandersetzung aufbauten. Während die allermeisten am 18. Mai 1948 mit dem Thema schon abgeschlossen hatten – und gerade weil sie das hinter sich bringen wollten! – schrie Fritz von Unruh in den Saal der Paulskirche:

„Das ganze Rudel der Mitläufer, Beamten, Professoren und Generale, die gestern pro Hitler und vorgestern pro Weimar und vorgestern pro Kaiser waren – und heute schon wieder mit den Zonenbefehlshabern liebäugeln, *hinweg mit ihnen!* Hinweg auch mit jenen, die da von draußen hier

³² Eugen Kogon: Das Jahr der Entscheidung, in: *FH*, 3. Jg, H. 1, Januar 1948, S. 16f.

³³ [L. W. Fuller:] Probleme der Entnazifizierung in der US-Zone (4.9.1945), in: Borsdorf, *Zwischen Befreiung Besatzung*, op. cit. (Anm. 18), S. 173.

hereinreisen in das verwüstete Land und plötzlich schmeicheln: „Keiner ist schuld. Ihr wart alle unter dem Zwang.“ *Hinweg mit dem ganzen Geschmeiß*, das uns das *Recht auf unsere Zerknirschung*, das uns die *Pflicht zu unserer Erneuerung*, das uns die *Hoffnung auf Gnade* fortschwatzen will aus der Brust, – weil es das politische Schachspiel der Gegenwart schon wieder mal so erheischt. Dieses machiavellistische, gesinnungslose Spiel gegen eine Einigung aller Frieden ersehnenen Völker.“ (S. 44).

Waren die Versammelten auch angesprochen? Kogon fragt im Geleitwort zur Veröffentlichung, wer denn zu jenem Zeitpunkt überhaupt das Recht hatte, eine solche Anklage-Rede an die Deutschen zu halten: „Nicht ein einziger Politiker, solange sie sind, was sie sind und wie sie sind, ein Wirtschaftler überhaupt nicht, auch kein Professor, obgleich der Titel Bekenntnis verlangt, und nicht einmal einer jener Priester, denen das Prophetenamt anvertraut wäre.“ (S. 7).

Das war ein hartes, radikales Wort und wen meinte er mit den Politikern? Gewiss jene, die sich dem Nationalsozialismus nicht ausreichend entgegengestellt hatten, doch sicher nicht einen Walter Kolb: Seit 1946 war er Oberbürgermeister von Frankfurt und Gastgeber der Paulskirchenfeier, in der NS-Zeit mehrfach inhaftiert gewesen, (zu Unrecht) mit dem Stauffenberg-Attentat in Verbindung gebracht worden und konnte sich der erneuten Inhaftierung gerade noch durch Flucht entziehen.

Unruh zitierte Luther als einen jener Deutschen, die „in der Gnade standen“, neben vielen anderen Persönlichkeiten und Kulturwerken aus der Geschichte, die er erwähnt. Zu verstehen ist dies jeweils als ein Glücksfall der Geschichte für den Fortschritt zum Besseren, zur menschlichen Freiheit, durch „begnadete“ Menschen. Es war Unruhs historische Verteidigung der Deutschen gegen ein Stigma der Schuld, das sie nicht nur kollektiv in der Gegenwart sondern auch zeitlos zu treffen schien – wir sehen später etliche Beispiele dafür –, wenn man über den Militarismus und die Unfähigkeit zur Demokratie die Kontinuitätsthese weit zurück verfolgte, wie es Unruh auf der anderen Seite zumindest teilweise ja selbst tat. So sah er sich im Gegenzug aber auch in der Nachweispflicht, dass die Deutschen in der Vergangenheit viel Gutes erbracht hatten, vor allem im Kulturellen. Oft war ungläubig daran gezweifelt worden, auch im Ausland, ob denn das „Volk der Dichter und Denker“ solche Verbrechen begehen könne und Ruth Klüger berichtet in ihrer Erinnerung von der Studienrätin in Auschwitz-Birkenau, die nach ihrer Ankunft „angesichts der rauchenden, flammenden Kamine mit Überzeugung dozierte,

daß das Offensichtliche nicht möglich sei, denn man befinde sich im 20. Jahrhundert und in Mitteleuropa, also im Herzen der zivilisierten Welt.“³⁴

Die Vernichtungsaktionen im besetzten Osteuropa, zunächst in den Vernichtungslagern, die unter der Chiffre Auschwitz bekannt waren, sowie auch ihr Ausmaß und zumindest soweit im Detail, dass „Vergasung“ ein Begriff dafür war, waren nicht das herausragende Thema in der reichhaltigen Zeitschriftenlandschaft, die mit alliierten Lizenzen ab dem Herbst 1945 entstand und sich die „Besinnung“ zur Aufgabe gemacht hatten – auf ganz verschiedene Weise, wie weiter unten eingehender gezeigt wird. Im Vordergrund dieser „Besinnungsliteratur“ in der Nachkriegszeit stand die Schuldfrage, aber nicht an den Verbrechen im Konkreten, sondern wie es dazu kommen konnte.

Bevor wir jedoch darauf eingehen, wie dies damals diskutiert wurde, ist ein Rückblick von heute aus gleichsam durch das historische Mikroskop auf die Weimarer Republik notwendig, deren Ende mit der Schuldfrage „Wie konnte es dazu kommen?“ aufs Engste verbunden ist.

³⁴ Ruth Klüger: *Weiter leben. Eine Jugend*. München (dtv) 1994, S. 120.

3. Schwäche der Demokratie oder Schwäche der Demokraten?

Rückblick von heute durch das historische Mikroskop

Die Frage in der Überschrift erscheint paradox: Kommt nicht beides zusammen? Diese Frage ist für uns heute noch oder wieder aktuell, wenn wir uns die politische Entwicklung in Europa und in der Welt vor Augen führen. Zwei Erklärungsmuster für das „Scheitern der Weimarer Republik“ – diese Standard-Formel weist ihr selbst schon die Schuld zu – herrschten in den letzten fast 80 Jahren vor und konkurrieren immer noch miteinander.³⁵ Zunächst erfordert dies einen Ausflug in die „Geschichte der Geschichte“, wie nämlich die Weimarer Republik lange Zeit gesehen wurde und zum Teil bis heute wird und welche Bedeutung das für die Erklärung der „Machtergreifung“ Hitlers hat, bevor wir wieder darauf zurückkommen, welche Lehren nach 1945 daraus gezogen wurden, und abschließend zu aktuellen Fragen zur Demokratie.

Ein Klassiker der Erklärung des „Scheiterns der Weimarer Republik“ ist seit 1945 der Hinweis auf deren problematische Verfassung. Zu viel Macht für den Reichspräsidenten: a) Ernennung der Regierung, die nicht vom Reichstag gewählt wird, aber von diesem durch Misstrauensvotum abgesetzt werden kann; b) das Recht, Notverordnungen zu erlassen anstelle von parlamentarischer Gesetzgebung, darunter auch c) Einschränkungen der Grundrechte und d) damit verbunden auch die Absetzung von Landesregierungen und Ersetzung durch einen Reichskommissar, sowie e) das Recht zur Auflösung des Reichstags mit Neuwahl; schließlich (f) noch das Fehlen eines Verfassungsgerichts mit der Kompetenz, wie wir es genau deswegen heute haben.

Das ähnelt in weiten Zügen der heutigen französischen Verfassung, mit Ausnahme von (d), weil es in Frankreich keinen Föderalismus gibt.

Diese Machtfülle wurde ab 1930 durch Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Brüning (Zentrumspartei) zur faktischen Entmachtung des Reichstags missbraucht. Allerdings half sie auch in der Krise 1923 dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) und Reichskanzler Stresemann (DVP), die Republik zu retten. Die Probleme der Ver-

³⁵ Cf. Wolfgang Geiger: *Weimar / Bonn / Berlin – Lehren aus der Geschichte*. Frankfurt/M. (Humanities Online) 2019, v.a. S. 57-118.

fassung wurden vom Parlamentarischen Rat 1949 als Hauptgründe für das „Scheitern von Weimar“ betrachtet und entsprechend für das Grundgesetz der Bundesrepublik korrigiert. „Bonn ist nicht Weimar“ brachte 1956 der Schweizer Journalist Fritz René Allemann das Funktionieren des neuen politischen Systems auf den Punkt.³⁶

Die Defizite der Weimarer Verfassung sind auch heute noch das A und O des allgemeinen Wissens darüber. Hinzu kommt, oben schon angesprochen, dass in den Schulbüchern bis in die jüngste Zeit immer noch mehr oder weniger ausgeprägt die Weimarer Republik als „von Anfang an zum Scheitern verurteilt“ dargestellt wird, und zwar, weil die Demokratie nicht genügend im Volk verankert gewesen sei: „Republik ohne Republikaner!“ – diese letzte Zeile des Gedichts von Hans Seiffert im *Simplicissimus*³⁷ fehlt in keinem Buch und wird ahistorisch auf die ganze Republik übertragen, obwohl sie in der Satirezeitschrift doch nur auf deren Ende gemünzt war: die letzte Reichstagwahl am 5.3.1933.³⁸ Die „Republik ohne Republikaner“ war *Ergebnis* deren Geschichte, nicht deren Defizit im *Voraus*. Doch das Volk sei ja noch durch das Kaiserreich autoritär geprägt gewesen, lautet die rückblickende Begründung, das Gewicht der „alten Eliten“ – kaisertreue Beamte, Richter, Offiziere... – lastete auf der Republik, da sie alle im Amt blieben dank einer „unvollendeten“ oder „steckengebliebenen Revolution“. Das waren alles schon Stichworte in manchen Jahren im hessischen Geschichtsabitur.

„Gut gemeint, aber nicht wirklich gut gelungen“ meinte Bundestagspräsident Lammers 2009 zum 90. Jahrestag der Unterzeichnung der Reichsverfassung und verwies dabei auch auf das Staatsvolk: „Sie war eine Republik, in der die Republikaner nie eine verlässliche Mehrheit hatten.“³⁹ Man beachte das „nie“. Seit einiger Zeit und vor allem mit Blick auf das hundertjährige Jubiläum 2019 gab es nun in der Geschichtswis-

³⁶ Fritz René Allemann: *Bonn ist nicht Weimar*, Köln/Berlin (Kiepenheuer & Witsch), 1956.

³⁷ Hans Seiffert: Republik ohne Republikaner, in: *Simplicissimus* Jg. 39, 1933, Nr. 49, 5.3.1933, S. 583.

³⁸ Vgl. Wolfgang Geiger: Zum Scheitern verurteilt? Das Bild von der Weimarer Republik (nicht nur) in Schulbüchern und die Konsequenzen für den Geschichtsunterricht, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 3-4/2019, S. 165-177.

³⁹ „Gut gemeint, aber nicht wirklich gut gelungen“. Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert zum 90. Jahrestag der Unterzeichnung der Reichsverfassung am 11.8.1919, https://webarchiv.bundestag.de/archive/2009/1022/dokumente/textarchiv/2009/26742758_kw33_weimar_verfassung/index.html

senschaft und dann auch öffentlich, v.a. durch Bundespräsident Steinmeier, eine Art Rehabilitierung der Weimarer Republik, bei der man sich jedoch fragen muss, wie tiefgreifend und nachhaltig sie ist.

„Unvollendete Revolution?“ Unvollendet bleibt auch die Erklärung dafür: Was wäre denn die Vollendung in der damaligen Perspektive gewesen? Die Revolution der Kommunisten? Dass dies in der DDR so gesehen wurde, war nur logisch, verwunderlich ist dies aber in der Bundesrepublik. Der „Ebert-Groener-Pakt“ vom 10.11.1918 zwischen Friedrich Ebert, dem SPD-Vorsitzenden und zu dem Zeitpunkt Chef der provisorischen Regierung („Rat der Volkskommissare“, was sehr kommunistisch klingt, es aber nicht war), und Wilhelm Groener, dem Nachfolger Ludendorffs an der Spitze der Obersten Heeresleitung, brachte die Reichswehr zur Akzeptanz der Revolution in ihrer sozialdemokratischen Mäßigung, wofür die SPD die Bekämpfung der Linksradikalen zusagte. Es war ein historischer Kompromiss, der nicht die kommunistische Revolution verhinderte, die nie ernsthaft drohte, sondern einen Militärputsch gleich zu Beginn.

Unruh schließt sich, wie schon erwähnt, der Kontinuitätsthese an, wonach die Prägung durch das Kaiserreich eine Belastung für die Republik war und den Nationalsozialismus vorbereiten half – „von Bismarck zu Hitler“ war eine griffige Formel dafür, später auch ein Buch des sehr einflussreichen Zeitzeugen und Historikers Sebastian Haffner (1907-1999)⁴⁰, und der innere Militarismus der Deutschen war sozusagen das Bindeglied, das zusammen mit radikalen Machtphantasien bei Unruh im Mittelpunkt seiner Erklärung steht. Die Gegnerschaft zur Republik erfasste die Rechten wie die Linken (gemeint ist links von der SPD) und im propagandistischen Kreuzfeuer von beiden Seiten sank die Mitte darnieder, so die allgemeine Erklärung. In seinem ersten Exil in Frankreich plagte selbst Unruh das Gewissen, „Fratzen der Versuchung“, „Dämonen in den eigenen Gliedern“ (S. 32) – das Gegenstück zu „Gott in der Brust“ –, ob er denn Recht hatte, wenn so viele Andere anderer Meinung waren.

In der allgemeinen historischen Erinnerung an die Weimarer Republik erfolgt meistens ein Sprung von der Krise am Anfang zur Krise am Ende, von der Hyperinflation 1922-23 zur Weltwirtschaftskrise ab 1930. Die Stabilisierung der Republik in den „Goldenen Zwanzigern“ hat politisch

⁴⁰ Sebastian Haffner: *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*. München (Kindler) 1987.

scheinbar keine Bedeutung, außer für die Außenpolitik Stresemanns, doch das war ein Highlight, das dann aufgrund der innenpolitischen Entwicklung schnell wieder verblasste. Auch Unruh springt vom Anfang zum Ende und betont die doppelte Gefahr von links und rechts, die sich in beiden Krisen manifestierte, in Wirklichkeit aber nur eine Gefahr von rechts war, die sich auch durchsetzte.

Die Nachkriegsdebatte betrachtete im engeren politischen Sinne nicht die Details der Entwicklung bis 1933, sondern nur deren Ergebnis. Das „Scheitern der Weimarer Republik“ wurde einerseits ihren Institutionen zugeschrieben, andererseits einem nicht demokratisch gefestigten Volk. Dies können und sollten wir heute differenzierter beurteilen.

a) Von der Revolution in die Krise (1918-1923/24)

Vergessen, übersehen oder geringgeschätzt war und ist bei all dem, dass die angeblich so autoritätshörigen Deutschen 1918 eine Revolution gegen die Autorität zustande brachten, die zwar von den kriegsunwilligen meuternden Soldaten ausging, aber breite Schichten der Bevölkerung und vor allem die Arbeiterklasse erfasste. Die Arbeiter- und Soldatenräte folgten jedoch nicht dem russischen Vorbild, sondern waren in ihrer großen Mehrheit SPD-orientiert und befürworteten den Weg zur Gründung einer Republik durch eine Nationalversammlung. In dieser kam 1919 eine demokratische Mehrheit von 75% der Abgeordneten zustande: die „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrums- und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei. Die Rechtsliberalen der Deutschen Volkspartei (ein seltsamer Name für eine Partei, die als Unternehmerpartei galt) hätte gerne eine parlamentarische Monarchie gehabt, stimmte also gegen die Verfassung und wird daher in den Schulbüchern und nicht nur dort pauschal bei den antirepublikanismen Kräften eingeordnet – vollkommen absurd und Ausdruck von geschichtswissenschaftlicher Inkompetenz, denn durch den (missglückten) Kapp-Putsch 1920 stellte sie sich eindeutig auf die Seite der Republik und ihr Vorsitzender Gustav Stresemann wurde deren wichtigster Politiker. Als Reichskanzler meisterte er 1923 zusammen mit Reichspräsident Friedrich Ebert die existenzielle Krise und war später als langjähriger Außenminister geradezu das Aushängeschild der Weimarer Republik.

Ein Stimmtransfer nach links und rechts bei der Reichstagswahl 1920, Ausdruck des Protests gegen den Versailler Vertrag, den alle ablehnten, die vorherige Regierung aber unterzeichnen musste, drückte die „Weimarer Koalition“ unter 50%, womit immer wieder argumentiert wird, es habe da schon keine demokratische Mehrheit mehr gegeben. Dies stimmt aber nicht, weil man eben die DVP auch dazurechnen muss. Schwer lasteten die vergangenen Krisenjahre auch noch auf der Wahl 1924, als die extreme Rechte (Deutsch-Nationale Volkspartei und die NSDAP⁴¹) sowie extreme Linke zusammengenommen ihr erstmaliges Maximum von 38,6% erreichten. Die extreme Linke bestand zu diesem Zeitpunkt noch aus den Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich während des Weltkriegs wegen der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten von ihr abgespalten hatten, doch die Partei stand zwischen KPD und SPD und löste sich dann auf, als ca. zwei Drittel der Mitglieder der Wiedervereinigung mit der SPD folgten, die Reichstagsfraktion hatte schon vorher eine Arbeitsgemeinschaft mit der SPD-Fraktion gebildet. Auch wenn dies das Resultat einer zunehmenden Konfrontation mit der KPD war, so kann die USPD, zumal ihre Reichstagsfraktion, somit nicht als grundsätzlich antidemokratisch eingestuft werden.

Umgekehrt entfernte sich die Bayrische Volkspartei, die sich 1919 aus föderalistischen Motiven heraus vom Zentrum abgespalten hatte, bei der Reichspräsidentenwahl 1925 von der Mitte, als sie sich für Hindenburg aussprach (der überhaupt erst im 2. Wahlgang als Kandidat antrat!) und damit gegen den Zentrums kandidaten Wilhelm Marx, der von der SPD unterstützt wurde. Ihre Unterstützung verhalf Hindenburg durch die bayrischen Stimmen wohl zum Sieg⁴², während alle anderen katholisch geprägten Regionen für Marx votierten.

Entgegen aller Befürchtungen bei der SPD übte der alte Feldmarschall Hindenburg, der als Kaisertreuer ein Gegner der Republik war, sein Amt als Reichspräsident aber erst einmal jahrelang loyal aus. Im Rückblick, geprägt von der Rolle Hindenburgs in der Endphase der Weimarer Republik, wird zu Unrecht die Wahl Hindenburgs als Einläuten des Endes der Weimarer Republik interpretiert, weil die Bevölkerung ihn als „Ersatz-

⁴¹ Damals in einem Bündnis mit anderen Rechtsextremen und dem Titel Nationalsozialistische Freiheitspartei angetreten.

⁴² Hindenburg 48,3%, Marx 45,3%, 6,4% Thälmann (KPD).

kaiser“ wählte (mit nur 48,3%⁴³), und die Sozialdemokraten waren auch damals schockiert. Dem Zeitgenossen Sebastian Haffner zufolge war Hindenburg aber ein Glücksfall, „denn mit dem Weltkriegsheros und kaiserlichen Feldmarschall an der Spitze sah die Republik für die Rechte, die sie bis dahin eisern abgelehnt hatte, plötzlich akzeptabel aus, etwas wie eine Versöhnung bahnte sich an.“⁴⁴ Tatsächlich wurde die DNVP in den kurzlebigen Kabinetten der damaligen Zeit mehrfach Mitglied der Regierung.

Hindenburgs Loyalität ging sogar so weit, dass er 1928 den Sozialdemokraten Hermann Müller zum Reichskanzler ernannte, alles andere als ein Wunschkandidat, und obwohl damals rechnerisch weiterhin mit der Mitte und der Rechten bis hin zur DNVP, wie zuvor auch schon, eine relativ starke Minderheitenregierung ohne die SPD möglich gewesen wäre.

b) Reichstagswahl 1928 / Regierungskrise 1930

Doch die Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Müller war Ausdruck eines Linksrucks bei der Reichstagswahl 1928, der nach vier Jahren „Goldenen Zwanzigern“ die SPD auf 29,8% brachte und den Anteil der Links- und Rechtsextremen 1928 auf 27,5% senkte, die Rechte kam auf ihren Tiefstpunkt seit 1920 mit 16,9% (davon NSDAP 2,6%). Die Weimarer Koalition, also ohne DVP, kam schon auf 49,7% der Stimmen und 256 von 491 Sitzen, die BVP einberechnet. Doch wurde die DVP hinzugeholt, zum einen wegen Außenminister Stresemann, zum anderen aber auch, weil die BVP dadurch das Gewicht der SPD in der Koalition mindern wollte.

1929 starb Gustav Stresemann und ohne ihn vollzog seine Partei eine Entwicklung nach rechts, die ihre Mitarbeit in der Regierung mit der SPD zunehmend infrage stellte. Schon am 13.3.1929, knapp sieben Monate vor seinem Tod, musste Stresemann seine Partei aufrufen, die ein Jahr zuvor gebildete Große Koalition weiterhin zu unterstützen.

Ohne die Weltwirtschaftskrise wären die Nazis nicht an die Macht gekommen. 1928 hatten sie 2,6% und eine innere Krise, 1930 einen raketenhaften Aufstieg auf 18,3%. Nichts war „von Anfang an“ vorherbestimmt, kein ständiger Zustrom der Wähler, keine Existenzkrise der Republik. Dennoch wäre es auch falsch, alles nur auf die Wirtschaftskrise zu schie-

⁴³ Im zweiten Wahlgang blieben drei Kandidaten: Marx, Hindenburg und der Kommunist Thälmann, so daß die relative Mehrheit reichte. Marx erzielte 45,3%.

⁴⁴ Sebastian Haffner: *Anmerkungen zu Hitler*. München (Kindler) 1978, S. 72.

ben. Der größere Faktor am Anfang des Untergangs war eine Vertrauenskrise der Politik.

Weltwirtschaftskrise im Anflug, aber noch nicht angekommen

Die erst 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung hatte durch die noch nicht dramatische, aber deutliche Steigerung der Arbeitslosigkeit Anfang 1930 ein Finanzierungsproblem und so stand eine Erhöhung der paritätischen Beitragszahlungen zur Diskussion. Die DVP lehnte eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage ab und forderte überdies Steuersenkungen für die Wirtschaft. Dieses Problem stand zudem im größeren Rahmen der Deckung des Haushalts, in dem Defizite auszugleichen waren. Es bestand die klassische Konfrontation, wie auch heute noch, zwischen Steuererhöhungen für Besserverdienende und Ausgabenkürzungen, auch im sozialen Bereich. Nach heutigen Maßstäben war das Haushaltsdefizit relativ gering, aber die Angst vor einer Inflation wie 1923 durch die „Gelddruckmaschine“ prägte eine im Nachhinein gesehen weit übertriebene Vorsicht. Hinzu kamen die Belastungen durch die zwar angepassten, aber immer noch auf den Haushalt drückenden Reparationszahlungen aus dem Versailler Vertrag. Vergessen wir auch nicht, dass das *deficit spending* des späteren Nobelpreisträgers Kenneth Galbraith auch in den USA erst durch den *New Deal* von Roosevelt ab 1933 eingeführt und auch dort heftig bekämpft wurde. Hitler hat das Prinzip der Arbeitsbeschaffung durch Verschuldung sogar noch erfolgreicher adaptiert mittels einer Schuldenaufnahme in Form von heimlichen Zwangsanleihen bei den Banken und Sparkassen. Damit soll gesagt sein, dass das ab 1930 zunächst ein objektives Problem war; niemand hatte zu diesem Zeitpunkt ein Rezept gegen die Wirtschaftskrise, die sich wohlgerne erst anbahnte, aber dennoch gab es einen Spielraum von Handlungsmöglichkeiten, und darum ging es.

In Deutschland ging der Anstieg der Arbeitslosen um die Jahreswende 1929/30 vielleicht noch nicht einmal zur Hälfte auf die amerikanische Entwicklung (sinkende Nachfrage usw.) zurück, mindestens aber zur Hälfte auf binnenwirtschaftliche Faktoren und auch auf die demographische Entwicklung, die 0,6 Mio neue Arbeitskräfte auf den Markt brachte. Ein besonderes, wenn auch nicht neues Problem war die unrentable Landwirtschaft vor allem im ostelbischen Osten mit dem unwirtschaftlichen Großgrundbesitz („Rittergüter“). Die Auslandskapitalien, die seit 1924

den wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichten, flossen erst nach der Reichstagwahl im September 1930 wieder ab, dann begann auch eine deutsche Kapitalflucht⁴⁵ – ab diesem Zeitpunkt hat sich die amerikanische Krise massiv globalisiert, aber eben erst *nach* der Septemberwahl.

Die Krise vor der Krise: Bruch der Koalition

Bei der Arbeitslosenversicherung ging es im März 1930 nur um eine Erhöhung der Beiträge von 3,5% auf 4%, von Wirtschaftsminister Brüning (Zentrum) auf den Kompromiss von 3,75% reduziert, doch die DVP lehnte ab, andere Möglichkeiten wie einen steuerfinanzierten Zuschuss waren ebenfalls nicht verhandelbar. Für die DVP-Führung war diese Bagatelle ein willkommener Anlass, die Koalition platzen zu lassen. Später wurden unter der Minderheitsregierung Brünings weitaus stärkere Erhöhungen der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von der DVP mitbeschlossen.

Tatsächlich wird aber der Fokus auf die DVP als allein Schuldigem der Wahrheit nicht gerecht. Auch das Zentrum unter Kaas (Parteivorsitzender seit 1928) und Brüning (Fraktionsvorsitzender seit 1929) wollte einen Kurswechsel weg von der bislang vorherrschenden Linie der „Linkskatholiken“ Wirth und Marx, die als Kanzler und Minister lange Zeit die Regierungspolitik geprägt hatten. Mit Brüning liefen schon vor dem Ende der Koalitionsgespräche geheime Kontakte aus dem Umkreis Hindenburgs für eine Übernahme der Regierung und auch wenn Brüning in der Tat bis zuletzt nach einem Kompromiss in der Koalition suchte, so hatte er die Alternative schon im Petto.

Die DVP trat aus der Regierung aus, Finanzminister Moldenhauer (Zentrum) erklärte, dass die Regierung „keine Mehrheit mehr“ habe, was gar nicht stimmte, es sei denn, Zentrum und/oder BVP schlossen sich der DVP an. Das taten sie jedoch nicht von sich aus. Die SPD tat ihnen den Gefallen, Kanzler Müller trat am 27. März zurück; einen Versuch, die Regierung ohne DVP weiterzuführen, was rechnerisch möglich gewesen wäre, gab es nicht. Vielleicht rechnete die SPD mit einer neuen Beauftragung zur Regierungsbildung durch den Reichspräsidenten, wie es schon oft nach einem Koalitionsstreit der Fall gewesen war. Doch die Zentrums-partei stand dafür nicht mehr bereit, orientierte sich weiter nach rechts

⁴⁵ Friedrich Stampfer: Weltwirtschaftskrise und Bankenkrach, 1929-1931, in: *Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik*. Prag 1936, 2. Aufl. Offenbach/Darmstadt (Bollwerk) 1947, S. 585f.

und ihr bisheriger Fraktionsvorsitzender Heinrich Brüning bildete eine Minderheitsregierung, die mit Hilfe der Macht des Reichspräsidenten, Notverordnungen zu erlassen, vom März bis zum Juni weiterregierte.

„Es gibt ein Maß von Einsichtslosigkeit, das zur Schuld wird“, begann am 28.3.1930 der Leitartikel im Abendblatt der *Frankfurter Zeitung*, der sich primär gegen die SPD-Reichstagsfraktion richtete aufgrund des Rücktritts von Reichskanzler Müller und ihrer Haltung, wegen des Streits um die genannte Bagatelle die Große Koalition platzen zu lassen. Er richtete sich aber auch gegen die Koalitionspartner, vor allem die DVP, genau darauf aus gewesen zu sein. Gewiss, wäre es nicht zu diesem Zeitpunkt geschehen, so vermutlich bei der nächsten Gelegenheit.

Schon im Anflug der *wirtschaftlichen und sozialen Krise*, die Deutschland noch nicht mit Wucht erfasst hatte, kam es somit zur *politischen Krise*. Der Leitartikler der FZ sah dabei weitsichtiger in die Zukunft als die Politiker:

„Die künftige Regierung, wie sie auch aussehen möge, muß aus Männern bestehen, die die Verfassung zu wahren entschlossen sind und sich auf Parteien und Gruppen stützen, die dafür ihrerseits Gewähr leisten. [...] Da hat man ein Problem der Verfassungstreue, das unmittelbar akut ist.“⁴⁶

Offenbar befürchtete er einen Ruck nach rechts mit Einbeziehung der DNVP, die nach dem Austritt einiger Gemäßigter zu jener Zeit wieder klar auf Kurs gegen die Republik ging, und damit hatte er auch Recht.

Demokratie ohne Mehrheit?

Die Verfassungskrise begann bereits mit der extensiven Nutzung der präsidialen Vollmachten um mangels Mehrheit das Parlament zu übergehen. Der Egoismus der demokratischen Parteien versperrte den Blick auf das Ganze. Im Juni 1930 verband die SPD dann die Ablehnung des Haushaltsplans mit einem Misstrauensvotum gegen die Regierung Brüning, für das sie zusammen mit KPD, DNVP und NSDAP im Reichstag votierte. Auf den Sturz der Regierung folgte die Parlamentsauflösung durch den Reichspräsidenten und die Neuwahl im September brachte den Durchbruch der NSDAP von 2,3% zuvor auf 18,6%, was sie zur zweitstärksten Fraktion nach der SPD machte. Die Hoffnung von SPD wie Zentrum, von der Krise zu profitieren, hatte sich nicht erfüllt, im Gegenteil.

⁴⁶ Regierungskrise – und was dann? *Frankfurter Zeitung und Handelsblatt*, 74. Jg, Nr. 235, 28.3.1930, Abendblatt, S. 1.

Die sich auf Deutschland langsam auswirkende Weltwirtschaftskrise war somit zwar der Hintergrund für den Wahlerfolg der NSDAP, aber noch nicht der eigentliche Grund, wie bei der katastrophalen Lage zwei Jahre später. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war schon zuvor im Winter 1928/29 in ein konjunkturelles Tief geraten und hatte sich 1929 wieder erholt. 1930 trat zwar ein erkennbarer wirtschaftlicher Abschwung ein, doch vor der Reichstagswahl am 14.9.1930 stand die Arbeitslosigkeit mit ca. 2,6 Mio Arbeitslosen (die Statistiken sind ein Problem⁴⁷) noch unter vorherigen Winter-Tiefs und nicht so gravierend über der konjunkturellen Flaute von 1926 mit mehr als 2 Mio Arbeitslosen im Jahresmittel. Der Anstieg darüber hinaus begann erst im Winter 1930 und der deutsche Banken-Crash erst im Juli 1931.

Die Wahrnehmung der amerikanischen Ereignisse war in der deutschen Presse auch 1930 noch weitgehend auf den Wirtschaftsteil der Zeitungen beschränkt. Es gab zwar eine Krisenstimmung, aber bis zu der Septemberwahl noch keine allgemeine Katastrophenstimmung, wie man sie sich für die Zeit ab dem „Schwarzen Freitag“ vorstellt. Die Krise wurde zunächst noch als amerikanische Krise gesehen und war es erst mal auch noch. Die Auswirkungen auf Deutschland hatten noch nicht den notwendigen „Nachrichtenwert“⁴⁸ für eine entsprechende Platzierung auf der Titelseite der Zeitungen erreicht. Der einflussreiche Schriftsteller und Journalist Theodor Wolff schrieb am Tag der Reichstagswahl in der Morgenausgabe des *Berliner Tageblatts*, das sich als die publizistische Speerspitze der Republik verstand, über die Demagogie der NSDAP und ihren Versuch, in Verbindung mit rechtsorientierten Wirtschaftskreisen (Hugenberg) von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu profitieren, betonte dabei aber nur die von Politik und Wirtschaft hausgemachten deutschen Probleme, ohne jede Erwähnung einer besonderen sozialen Problematik oder einer internationalen Krise.⁴⁹

⁴⁷ Aufgrund der erst 1927 eingeführten allgemeinen Arbeitslosenversicherung und der verschiedenen, z.T. vorher schon existierenden Unterstützungsmaßnahmen, gibt es keine exakten Zahlen. Die in heutigen Darstellungen genannten Zahlen und v.a. Prozentrechnungen widersprechen sich von einer zur anderen.

⁴⁸ Cf. Jürgen Wilke: Finanz- und Wirtschaftskrisen in der deutschen Tagespresse, in: *Communicatio Socialis* 44 (2011), Nr. 4, S. 462–484, hier S. 463f, https://ejournal.communicatio-socialis.de/index.php/cc/issue/view/11/44_4_2011

⁴⁹ Cf. Theodor Wolff: Politische Demagogie und ihre Nutznießer, in: *Berliner Tageblatt*, 1930, Morgenausgabe Nr. 434, 14.9.1930, S. 11. Zit. nach: Karl-Egon Lönne (Hrsg.): Die

Anders als allgemein dargestellt spielte die Arbeitslosigkeit auch im Wahlkampf 1930 nicht die entscheidende, ja nicht einmal eine herausragende Rolle, die Parteien propagierten weiterhin ihre grundsätzlichen Ziele.⁵⁰ Unter den demokratischen Parteien listete die DDP die Arbeitslosigkeit unter mehreren Problemen auf wie „Wohnungsnot“, „Teuerung“, „Steuerdruck“..., die nichts mit der neuen Krise zu tun hatten, ebenso das Zentrum mit einem pauschalen „Familie - Heimat - Arbeit“.⁵¹ Für die SPD stand der politische Kampf gegen die Regierung Brüning im Mittelpunkt, durch deren Sparpolitik zwar ein Bezug zur sozialen Lage bestand, es war aber nicht die wirtschaftliche Problematik als solche, sondern nur, wer deren Lasten zu tragen habe. Auch für die SPD war übrigens die Etatsanierung als solcher Konsens.⁵²

Eine systematische Panikmache betrieb die kommunistische Presse, die den Untergang des Kapitalismus ankündigte, was sie jedoch ständig tat, während die rechtsextreme Presse dieses Thema längere Zeit gar nicht zur Kenntnis nahm, dann aber auch in ihre ähnliche Standardpropaganda einordnete. Trotz ihrer Untergangsprophezeiungen gaben KPD und NSDAP der *aktuellen* wirtschaftlich-sozialen Entwicklung keine Priorität, sondern bekämpften sich gegenseitig in der Konkurrenz um den richtigen Widerstand gegen die „Knechtung“ durch den Versailler Vertrag (Reparationszahlungen, Young-Plan 1929⁵³) beide priorisierten also den natio-

Weimarer Republik 1918-1933. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert – Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Band VIII, Darmstadt (WBG) 2002, S. 378-380.

⁵⁰ Cf. Wilke, Finanz- und Wirtschaftskrisen..., op. cit., S. 475f. Zum Wahlkampf vgl. u.a. <https://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1930/>. Die Zusammenstellung der dort abgebildeten Plakate ist allerdings nicht ganz korrekt.

⁵¹ Vgl. Anm. 50 oder in einer allgemeinen Bildsuche zu den Wahlplakaten im Internet.

⁵² Cf. Nikolaus Kowall: Die orthodoxe Wirtschaftspolitik der SPD zwischen 1929 und 1933, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, H. 4/2023, S. 269-276, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/4/beitrag/die-orthodoxe-wirtschaftspolitik-der-spd-zwischen-1929-und-1933.html>

⁵³ Cf. Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Proklamation des ZK der KPD vom 24. August 1930, <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/thaelmann/1930/08/natsozbef.htm>; <http://www.wahlplakate-archiv.de/wahlen/reichstagswahl-1930/>. – Der nach dem US-Diplomaten Owen D. Young benannte Plan setzte neue Zahlungsmodalitäten für die Reparationen und andere Bestimmungen des Versailler Vertrages (besetztes Rheinland) neu fest, nicht in allen Einzelheiten, aber unter dem Strich vorteilhaft für Deutschland, v.a., weil es die Kriegsschuldenfrage endgültig löste. Durch die Weltwirtschaftskrise wurde das nur zwei Jahre

nalistischen Aspekt dabei. Der Chefpropagandist der NSDAP, Goebbels, notierte in seinem Tagebuch in jenen Jahren gar nichts zur Arbeitslosigkeit, und zur Wirtschaftskrise nur anlässlich des Konjunkturtiefs 1926.⁵⁴ Die NSDAP thematisierte zwar mit „Freiheit und Brot“ auf ihren Wahlkampfplakaten wohl die Agrarkrise, aber nur sehr allgemein. Zwei Tage vor der Wahl sprach z.B. die Dresdner Tageszeitung der NSDAP zwar die gestiegene Arbeitslosenzahl und die schwächelnde Wirtschaft an, ordnete das aber ganz wie die KPD in ihre allgemeine Standardpropaganda ein, jetzt in Verbindung mit dem Young-Plan:

„Seit zwölf Jahren geht es mit Deutschland sittlich und wirtschaftlich bergab. Tausende von Vampiren nagen am Lebensnerv unseres Volkes [...]. Fast 3 Millionen Erwerbslose! Dauernd steigende Ziffern! Weiteres Zusammenbrechen der Wirtschaft! Not, Elend, Hungertod oder Helotendasein*, das ist der ‚Segen‘ des Youngplans! [...] Wir sehen ja alle Tage, wie weit der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft schon gediehen ist.“⁵⁵

Diese Panikmache erfasste jedoch nicht die Arbeiter, also die von der Arbeitslosigkeit am meisten Betroffenen oder zu dem Zeitpunkt noch Bedrohten. Ihr Anteil unter den Wählern, die am 14. September zur NSDAP strömten, unterschied sich nicht von anderen sozialen Schichten, etwa den Beamten, denen zwar im Haushaltsplan von Brüning Einbußen durch die Sparpolitik angekündigt wurden, denen aber keine Arbeitslosigkeit drohte.⁵⁶ Stärker profitierte die NSDAP von der Krise im Agrarsektor mit überproportionalen Wahlerfolgen in den ländlichen Regionen.⁵⁷

später obsolet, aber das wusste man damals noch nicht. Eine von DNVP und NSDAP durchgesetzte und von der KPD befürwortete Volksabstimmung gegen den Young-Plan scheiterte.

⁵⁴ Cf. Josef Goebbels: *Tagebücher 1924-1945*, herausgeg. von Hans Georg Reuth. Band 2, München (Piper), 32003.

⁵⁵ Aus: *Der Freiheitskampf!* Amtliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen, 12.9.1930, S. 1, digital https://digital.slub-dresden.de/data/kitodo/DerFr_417175655-19300912/DerFr_417175655-19300912.tif/jpegs/DerFr_417175655-19300912.pdf – * Heloten waren im antiken Sparta die versklavten Bewohner der umliegenden Gebiete.

⁵⁶ Peter Borowsky: *Wer wählte Hitler und warum? Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse 1928 bis 1933*. Hamburg (Univ. Press) 2005, S. 246. – Vgl. auch <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1138901/umfrage/nsdap-waehler-nach-berufsgruppen/>

⁵⁷ Jürgen W. Falter: *Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1924-1933*. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Frankfurt / New York (Campus) 2020, S. 132-134.

Nach der Reichstagswahl beschloss die weiter amtierende Regierung Brüning eine Gehaltskürzung und eine zusätzliche monatliche Sondersteuer für Beamte sowie einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommenssteuer, der sie auch betraf, wie der eifrige Tagebuchschreiber Victor Klemperer, Professor in Dresden, am 26.9.1930 bestürzt feststellte.⁵⁸ Das waren alles Forderungen der SPD, die im März noch von den Koalitionspartnern vehement abgelehnt worden waren, jetzt aber von ihnen selbst durchgeführt wurden.

Die sozioökonomische Entwicklung für die Septemberwahl war also noch nicht so ausschlaggebend, wie man im Nachhinein immer denkt und deswegen zu wenig auf die *politischen* Faktoren für die *politische* Krise geachtet hat. Die NSDAP wurde als Protestpartei gewählt, doch Protest wogegen? Ihr Konkurrent im Wahlkampf war zwar die KPD, ihr Hauptfeind aber die SPD, gegen die sie mobilisierte um deren Rückkehr in die Regierung zu vereiteln. Ihre Wahlhochburgen lagen jedoch im agrarischen Osten und in agrarisch geprägten Regionen im Westen und Süden, dort aber nur mit protestantischer Bevölkerung.⁵⁹ Vorausgegangen waren im Frühjahr schon Landtagswahlen, bei denen der Aufstieg der NSDAP begann, vor allem in Sachsen mit 14,4% und Thüringen mit 11,3% (schon im Dezember 1929). In Thüringen bildeten bereits die DVP, DNVP und die mittelständische Wirtschaftspartei eine Koalition mit der NSDAP. Das war ein politisches Signal, blieb aber trotzdem die Ausnahme.

Auf Reichsebene diskreditierten sich die demokratischen Parteien in der Märzkrise und danach selbst. Die bürgerlichen Parteien *regierten* nun unter Führung des Zentrums mit Hilfe der präsidialen Notverordnungen ohne parlamentarische Mehrheit und *reagierten* auf die wahrgenommenen, aber in ihrer drohenden Dimension noch nicht erkannten wirtschaftlichen Probleme vor allem durch Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Es gab auch keine Anzeichen, dies ändern zu wollen und es wurde ja dann nach der Wahl auch fortgesetzt. Nicht übersehen werden darf dabei, dass in Preußen, und somit in zwei Drittel des Reichsterritoriums mit den wichtigsten industriellen Zentren vom Ruhrgebiet bis Schlesien, weiterhin eine „Weimarer Koalition“ unter Führung der SPD regierte. Diese wurde aber von Reichskanzler Brüning mit der Drohung

⁵⁸ Cf. Victor Klemperer: *Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1925-1932*. Berlin (Aufbau) 1996, Eintrag vom 26.9.1930, S. 659.

⁵⁹ Cf. Falter, *Hitlers Wähler*, op. cit., S. 315.

eines Austritts des Zentrums aus der preußischen Regierung erpresst, seine Politik im Reich nicht zu konterkarieren.⁶⁰

Die NSDAP holte ihre Stimmen offenbar durch eine Wanderung von DNVP-Wählern zu ihr hinüber, denen die DNVP nicht mehr radikal genug war, sowie von der DVP, für die sich ihre Obstruktionshaltung in der Großen Koalition nicht auszahlte: DNVP und DVP halbierten ihre Ergebnisse von 1928. Hinzu kamen bisherige Nicht- und neue Jungwähler für die NSDAP, was sich dann vor allem 1933 massiv verstärken sollte.⁶¹

Brüning und die ihn unterstützenden Parteien machten weiter wie zuvor und angesichts der sich jetzt dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise mit immer mehr Zwangsmaßnahmen, innerlich geschwächt, aber dadurch gestärkt, dass die SPD jetzt die Minderheitsregierung tolerieren musste um eine weitere Neuwahl zu verhindern.

Dennoch hätte es eine Alternative gegeben, wenn die Demokraten noch einmal zueinander gefunden hätten. Die Rechtsextremen hatten 1930 zusammen nur 25,3%, die KPD 13,1, beide Extreme also 38,4%, das war immer noch 0,2% weniger als 1924! Allerdings hatte sich die Zahl der Klein- und Splitterparteien im Reichstag erhöht, doch die Große Koalition hätte noch über 47,6% oder 280 von 577 Sitzen verfügt und zusammen oder unter Tolerierung von nur einer von zwei Kleinparteien aus dem bürgerlich-demokratischen Spektrum (eine Bauern- und eine Mittelstandspartei) sogar eine absolute Mehrheit gehabt.

Erst 1932 war durch das Anwachsen der NSDAP keine demokratische Mehrheit mehr möglich. Bis dahin war die Entwicklung nicht unausweichlich, wie der rückblickende Fatalismus immer suggerieren will. Doch, um noch einmal das Wort der Frankfurter Zeitung aufzugreifen, die *Einsichtslosigkeit* der demokratischen Politiker führte zur *Aussichtslosigkeit* für immer mehr Wähler, weil sie in den demokratischen Parteien keine Perspektive mehr sahen und noch nicht einmal mehr in der Volksvertretung als solcher, da die Regierung weiterhin über Notverordnungen über sie hinweg regierte – und dies zudem noch erfolglos.

Die Schwäche der Demokratie war die Schwäche der Verfassung, die so etwas zuließ, kombiniert mit der Schwäche der Demokraten, die das für ihre egoistischen Ansprüche und politischen Illusionen missbrauch-

⁶⁰ Cf. Wolfgang Geiger: *Weimar / Bonn / Berlin. Lehren aus der Geschichte*. Frankfurt/M. (Humanities Online) 2019, S. 92ff.

⁶¹ Cf. Falter, op. cit., S. 186ff., 230ff.

ten. Die NSDAP, die von Anfang an das „System“ Demokratie bekämpfte, fand gerade durch diese Fundamentalopposition Zulauf. Die Regierung konnte mit ihren Maßnahmen die Wirtschaftskrise nicht bekämpfen, die NSDAP hatte aber außer Kampfpapieren auch kein Konzept dagegen, für sie reichte die Mobilisierung gegen die diskreditierte Demokratie. Die Demokratie wurde für das Versagen der Demokraten schuldig gesprochen.

d) Das letzte Versagen: Das Ermächtigungsgesetz

Als Hitler von Hindenburg zum Kanzler ernannt wurde, hatte er noch lange nicht das, was er wollte und brauchte. Die sofort herbeigeführte Neuwahl des Reichstags fand unter den besten Bedingungen für die Nazis statt: Der Reichstagsbrand, wohl von einem holländischen Anarcho-Kommunisten verübt, wurde den Kommunisten als Aufstandsversuch in die Schuhe geschoben, mit großer öffentlicher Wirkung. Notverordnungen schafften die Grundrechte ab, die Kommunisten wurden verhaftet, wenn sie nicht untergetaucht waren, und auch einige Sozialdemokraten, es fand eine Pressezensur statt, der SPD-„Vorwärts“ wurde verboten. Im am 5.3.1933 gewählten neuen Reichstag bekam Hitler trotzdem keine absolute Mehrheit für seine Partei, sondern nur 43,9%, und war weiterhin auf den kleinen Koalitionspartner DNVP angewiesen. Zur definitiven Ausschaltung des Reichstags als Institution wurde diesem selbst das Ermächtigungsgesetz zur Abstimmung vorgelegt. Dafür war eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die beiden Regierungsfractionen brachten aber nur 51,9% zusammen. Hermann Göring als Reichstagspräsident ließ durch eine Änderung der Geschäftsordnung die Mandate der nicht anwesenden, weil verhafteten oder untergetauchten Kommunisten annullieren, was das Quorum für zwei Drittel senkte, denn er befürchtete Gegenstimmen gegen das Ermächtigungsgesetz, die aber nur von der SPD kamen. Die Führung der Zentrumsfraction war in den Tagen zuvor durch zwei Gespräche mit Hitler davon überzeugt worden zuzustimmen und zwei Zentrumsabgeordnete, die sich ihm als Informanten zur Verfügung stellten und an den Gesprächen mit Hitler dabei waren, berichteten ihm von der darauffolgenden Fractionssitzung des Zentrums, dass die Zustimmung erfolgen werde, wie es dann auch kam. Hitler konnte sich also gewiss sein, die Zweidrittelmehrheit zu bekommen.

Seit etlichen Jahren wird in der historischen Darstellung, zumal in Schulbüchern, die Bedeutung des Ermächtigungsgesetzes heruntergespielt, als habe es nichts mehr wirklich zu entscheiden gegeben oder es sei ohnehin nur eine Formalie gewesen. Wie die Zentrumsabgeordneten damals und nach 1945 alle, die zugestimmt haben, sagten: Hitler hätte sich auch so (ohne förmliches Gesetz) das genommen, was er gewollt hätte.⁶² „Im Zentrum war die Stimmung von vornherein mehrheitlich auf Entgegenkommen gegenüber der Reichsregierung bis zur Grenze des Erträglichen eingestellt“ und mit Hitler aus und Hitler brauchte die Zweidrittelmehrheit und dafür die Zustimmung der Zentrumsparterie, weil dies „eine Prestigestärkung gegenüber dem Ausland“ brachte.⁶³

Es ging mehr als nur um Prestige, Hitler brauchte die Zweidrittelmehrheit um sowohl innerhalb, aber auch außerhalb Deutschlands seine diktatorische Macht schein-demokratisch zu legitimieren. Im Inneren musste die „Gleichschaltung“, das Parteienverbot usw., erst noch vollendet werden, das Ausland musste beruhigt werden, militärisch hätte eine Invention der Versailler-Vertrags-Staaten den Spuk sofort beenden können. Gewiss hätte er weiter mit seiner parlamentarischen Mehrheit und den Grundrechtseinschränkungen quasi diktatorisch regieren können, aber trotzdem nicht so absolut.

„Das Gros der deutschen Justizbeamtenschaft – der Richter, Staatsanwälte und Ministerialbeamten“, schreibt Lothar Gruchmann über die damalige Justiz, „folgte 1933 der Hitler-Regierung schon aus dem Grunde, weil sie ‚legal‘ zur Macht gekommen war und somit in der Kontinuität des Rechts stand. Vor allem das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 [...] wirkte sich als eine ‚Pauschal-Legalisierung‘ auch für die zurückliegenden Vorgänge vom Februar und März aus.“⁶⁴

Ähnliches gilt für das Stillhalten der Reichswehrrführung, die auf den Reichspräsidenten vereidigt war, und vor allem für Hindenburg selbst,

⁶² Vgl. die Beratung der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz, <https://www.geschichtslehrerforum.de/html/ermges-quellen.html>

⁶³ Georg May: *Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz*. Bd. 3, Amsterdam (Grüner), 1982, S. 335. – Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler I, 20. März 1933: Ministerbesprechung, zit. nach Morsey, siehe oben, S. 32.

⁶⁴ Lothar, Gruchmann: *Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*. München (Oldenbourg), ³2001, S. 1113. – Mit den „Vorgängen vom Februar und März“ sind die Notverordnungen, das Außerkraftsetzen der Grundrechte und politischen Verfolgungen gemeint.

der einzige, der Hitler noch gefährlich werden konnte, solange die Verfassung in diesem Punkt – Reichspräsident – noch gültig war. Und weil Hitler das Ermächtigungsgesetz deswegen brauchte, wissen wir heute, dass er mit dem Wagnis, die Zweidrittelmehrheit zu verfehlen, das Ermächtigungsgesetz nicht zur Abstimmung gestellt hätte. Durch seine Spione beim Zentrum konnte er sich aber sicher sein.⁶⁵

e) Führer und Verführte

Bemüht, in Nürnberg den Kollektivschuldvorwurf an die Deutschen für sich und gewiss auch für das Militärtribunal von sich zu weisen, betonte US-Chefankläger Jackson zum oben genannten Statement (S. 11) auch:

„Wir wissen, daß die Nazi-Partei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gelangt ist. Wir wissen, daß ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat, ein Bündnis, zu dem sich die Besessenen des wütenden Umsturzwillens unter den Nazi-Revolutionären mit der Hemmungslosigkeit unter den deutschen Reaktionären und der Angriffslust unter den deutschen Militaristen zusammengetan hatten.“⁶⁶

Mit den „Militaristen“ und den „Reaktionären“ sind wohl Partner gemeint, die nicht zur Wahl standen, jedoch hinter Hitler; zumindest einige der „Reaktionäre“ waren Hitlers Koalitionspartner in der Regierung Anfang 1933. Oft wurde auch später noch gesagt, dass Hitler keine Mehrheit bei der letzten Reichstagswahl hatte, doch wer für die DNVP stimmte, stimmte zumindest auch für die Regierung Hitler. Dass Hitler seine Koalitionspartner als hinderlich empfand und auch sie durch das Ermächtigungsgesetz loswerden wollte, gereicht ihnen im Umkehrschluss noch zum Ansehen, aber sie waren deswegen keine Demokraten. Sie stimmten am 24.3. für ihre eigene Entmachtung und wähnten sich dabei auf der richtigen Seite, doch die verbliebenen Abgeordneten der demokratischen Parteien stimmten damit der Abschaffung der Demokratie zu, für die sie gewählt worden waren: Zentrumspartei, Staatspartei (ehem. DDP) und DVP – nur die SPD stimmte dagegen.

⁶⁵ Cf. Rudolf Morsey: *Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“*, Düsseldorf (Droste), 2000, S. 32ff. – Dieser ganze Zusammenhang wird mit Verweis auf die dazu erfolgten Nachforschungen dargestellt in Geiger, *Weimar / Bonn / Berlin* (siehe Anm. 35), S. 98-105.

⁶⁶ Nürnberger Prozeß, op. cit. (Anm. 12), S. 120 / 1377.

So ist die Frage, wo „die Deutschen“ zu diesem Zeitpunkt standen, nicht ganz einfach zu beantworten. Die meisten fügten sich schlicht nach Lage der Dinge, aber taten sie es widerwillig, gleichgültig oder mit zunehmendem Einverständnis? Atmeten sie auf, dass das „Chaos“ der Demokratie durch die „Ordnung“ der Autorität abgelöst wurde, die nicht mehr in Frage gestellt werden konnte?

Karl Jaspers schrieb zur Eröffnung des ersten Heftes der Zeitschrift *Die Wandlung* im November 1945 über die Verführung durch die Führer (hier im Plural, um dies nicht alleine auf die Person Hitler zu reduzieren):

„Alle ‚Führer‘ sind unheilvolle Phantome gewesen. Sie haben die Freiheit geraubt, erst innerlich, dann äußerlich. Aber sie waren möglich, weil so viele Menschen nicht mehr frei, nicht mehr selbstverantwortlich sein wollten.“⁶⁷

Während die gängige Abwehrparole von der Verführung die äußere Beraubung der Freiheit voransetzt, um damit die innere zu entschuldigen, hat dies Jaspers sehr scharfsinnig umgedreht: Man hat die innere Freiheit von selbst aufgegeben, noch bevor der Zwang von außen kam. Dies entspricht einer strukturell ähnlichen Schlussfolgerung von Kogon, hier direkter auf den „Terror“ bezogen, bezüglich einer „tragischen Mitschuld des deutschen Volkes“:

„Ein solches Volk konnte hohe Individualitäten von überragendem Kulturrang hervorbringen, sie mußten aber, bei aller Wirkung wieder auf einzelne, doch isoliert bleiben. [...] Es konnte rechtlich gesinnt sein und sich doch, als Volk, jeder autoritätsverkleideten Gewalt unterwerfen, so daß es den Terror schon fürchtete, ehe er überhaupt in Aktion trat.“⁶⁸

Dies entspricht ungefähr der Erkenntnis der umfragebasierten Studie unter Arbeitern und Angestellten 1929-31, die Erich Fromm mit Mitarbeitern im Auftrag des Instituts für Sozialforschung unternahm und deren Ergebnisse, bei allen Unzulänglichkeiten ihrer Konzeption, er 1941 im amerikanischen Exil in seinem Buch *Escape from Freedom* publizierte, das erst viel später in Deutschland herauskam.⁶⁹ Die Furcht vor der Freiheit der Selbstverantwortung war (und ist) der Grund für die Flucht ins Auto-

⁶⁷ Karl Jaspers: Geleitwort, in: *Die Wandlung*, 1. Jg., H. 1, November 1945, S. 4.

⁶⁸ *SS-Staat*, 1946, S. 334; *FH*, 1. Jg., S. 33f.

⁶⁹ Erstmals in deutscher Übersetzung aus dem Englischen: Erich Fromm: *Die Furcht vor der Freiheit*. Zürich (Steinberg) 1945; Neuauflage Frankfurt/M. (EVA) 1966.

ritäre. Der englische Titel, „Flucht vor der Freiheit“ oder „aus der Freiheit“, bringt diese Konsequenz besser zum Ausdruck.

Am 13.1.1935, noch nicht einmal zwei Jahre nach Hitlers „Machtergreifung“, durften die Saarländer nach der Bestimmung des Versailler Vertrages darüber entscheiden, ob sie aus der Abhängigkeit von Frankreich als Völkerbunds-Mandat nach Deutschland zurückkehren, den Status Quo beibehalten oder ganz zu Frankreich gehören wollten. Es war eine freie Abstimmung, SPD und KPD warben für den Status Quo, alle anderen Parteien – Zentrum, DVP... –, die in Deutschland verboten worden waren, riefen zusammen mit der NSDAP zum „Heim ins Reich!“ auf. Bei einer fast hundertprozentigen Wahlbeteiligung stimmten 90,7% der Saarländer für die Rückkehr. Sie gaben damit freiwillig nicht nur ihre bisherigen Überzeugungen auf, sondern auch ihre Freiheit, denn sie wussten, wie es damit in Deutschland bestellt war. Gewiss spielte der Erfolg der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland durch Arbeitsdienst und schuldenfinanzierte Arbeitsbeschaffung eine große Rolle dabei, kann aber sicher nicht die hohe Zustimmung erklären. Hier entschieden sich freie Menschen, die Zugehörigkeit zum Heimatland durch den Verlust der Freiheit zu erlangen.

Experiment in der Schule: Wie hätte ich 1935 entschieden?

Viele Jahre lang habe ich in meinen Geschichtsklassen, in der Oberstufe und in der Klasse 10, durchspielen lassen, wie sie damals als Saarländer entschieden hätten. Dieses Sich-Hinein-Versetzen in die Vergangenheit ist immer problematisch und kann nie wirklich gelingen, wir sehen gleich warum – und trotzdem. Wir klärten vorher ab, was die Leute damals von der Realität in Deutschland wissen konnten: Abbau der Arbeitslosigkeit, aber Verlust der Freiheit, KZs für politische Gefangene: SPD-, Zentrums-wähler etc. würden nie mehr ihre Partei wählen können und sich auch nicht politisch in diesem Sinne äußern, überhaupt die Verhältnisse nicht kritisieren dürfen. Von den weitergehenden als den bisherigen antisemitischen Maßnahmen, vom Krieg usw., haben sie nichts gehahnt. Die Umfrage mit den Optionen von damals habe ich immer anonym machen lassen und nach der Auswertung freiwillige Stellungnahmen im Rahmen einer offenen Diskussion erlaubt. Niemand musste sich persönlich outen. Das Ergebnis der Befragung war stets, nur zuletzt nicht mehr so ganz, dass in der Oberstufe ca. ein Drittel auch für den „Anschluss“ gestimmt

hätten, in der Kl. 10 bis an die Hälfte. Die Diskussion in der Oberstufe war vor allem interessant: Da äußerte einmal ein Schüler: „Es gibt Wichtigeres als die Freiheit.“ Und man konnte bei den anderen Befürwortern merken, dass sie ähnlich dachten, was ja auch nur logisch war. Und hier kam eben der Effekt des Verschmelzens von damals und heute zum Tragen und zeigte sich letztlich die Absurdität dieses Sich-Hineinversetzen-Wollens: Nur wenige sagten klar, nur in der Situation von damals hätte ich so gewählt, käme so etwas heute wieder, würde ich das nicht tun. Das heißt, die anderen drückten ihre generelle Meinung aus: Es gibt wichtigeres als die Freiheit. Vor der Corona-Krise ist der Anteil der Befürworter gesunken, ich konnte aber nicht verstehen, woran das lag. Vielleicht lag es daran, dass bei uns seit einiger Zeit in der Oberstufe im Fach Politik und Wirtschaft ein Ausflug in die Euro-Region Saar-Lor-Lux gemacht wurde und sie sehen konnten, wie diese Grenzregionen heute zusammenwachsen (– was ja aber kein Kriterium gewesen wäre). Doch das ist spekulativ.

4. Nach der Katastrophe: Besinnung, Verdrängung, Neuanfang

„Die Welt erscheint in einer anderen Sicht, wenn man liegt, – in der Niederlage. Der Zustand hat seine Vorteile und birgt Gefahren. Die Tagesgedanken werden flüchtiger, Vordergründiges tritt zurück, die Masse des Aufdringlichen; das Wesentliche weckt die Besinnung. [...] Aber dort, im Kern unseres Selbst, gleitet das Denken auch leicht in das Unwirkliche hinüber, in das Täuschende, in Traum und Illusion.“

Eugen Kogon, Januar 1947.

Nach dem Krieg vergaben die Besatzungsbehörden Lizenzen für Bücher, die Tagespresse und politisch-kulturelle Zeitschriften. Letztere widmeten sich an oberster Stelle der *Besinnung*, ferner politischen und kulturellen Themen, einer Wiederbegegnung mit ausländischer oder deutscher Literatur, die in den letzten 12 Jahren verboten oder nicht zugänglich war, aber auch Themen des Alltags. Christlich inspirierte oder sogar kirchliche Zeitschriften waren überproportional vertreten und unter ihnen wiederum katholische führend. Der Schwerpunkt dieser neuen Zeitschriften lag in Süd- und Westdeutschland. Die namhaftesten nicht-kirchlichen unter ihnen, die sich ausführlich mit der Schuldfrage befassten, waren die *Frankfurter Hefte* von Walter Dirks und Eugen Kogon und *Die Wandlung* (Heidelberg) von dem Philosophen Karl Jaspers und dem Journalisten Dolf Sternberger. Andere wären noch zu nennen, wie *Der Ruf – Unabhängige Blätter der jungen Generation*, von Alfred Andersch und Hans Werner Richter, aber wir müssen uns hier auf das für den vorliegenden Kontext Wichtigste beschränken.

Ein thematischer Oberbegriff in der damaligen Debatte war der „Geist“, das „Geistige“, unter dem Besinnung und Erneuerung weitgehend standen, nachdem den Deutschen zunächst politische Entscheidungen aus den Händen genommen waren.⁷⁰ Das schloss zwar nicht aus, sich

⁷⁰ Zu den Zeitschriften insgesamt cf. Iris Vielberg / Ingrid Laurien (Hrsg.): *Politisch-kulturelle Zeitschriften in den deutschen Besatzungszonen 1945-1949. Eine Sammlung bibliographischer Daten*. Universität Göttingen 1986. – Ingrid Laurien: *Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945-1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit*.

Gedanken über eine neue Demokratie zu machen, Kogon und Dirks sahen darin aber eine Tendenz typisch deutscher Flucht vor der Wirklichkeit ins Geistige aus Furcht vor der konkreten Verantwortung.

Die Schuldfrage

Wenige Autoren prägten herausragend die Diskussion über die politische Frage nach der Schuld: Eugen Kogon selbst in den *Frankfurter Heften* und mit seinem Buch *Der SS-Staat*, ferner der Philosoph Karl Jaspers in *Die Wandlung* und durch sein Buch *Die Schuldfrage*, sowie Hannah Arendt, damals noch relativ unbekannt, mit Beiträgen in der *Wandlung*, alles 1946/47. Unter den unabhängigen Autoren und Nicht-Historikern sind noch hinzuzunehmen der protestantische Theologe Karl Barth mit seinem Buch *Zur Genesung des deutschen Wesens* und – wenn auch umstrittener – der Psychoanalytiker Carl Gustav Jung mit seinem Aufsatz „Nach der Katastrophe“. Die beide Letzteren konnten 1945/46 von der Schweiz aus unter den ersten, weil ohne Lizenzpflicht, die deutsche Debatte beeinflussen.

Mit der Ablehnung der Kollektivschuldanklage entließ Kogon, wie schon gesagt, die Deutschen nicht aus der Verantwortung. Er erklärte nur ihre Reaktion darauf – mit Verständnis, aber nicht mit Einverständnis. Da waren die Widerständler, Exilanten, Inhaftierten..., die in der Betrachtung der Deutschen als Kollektiv übergangen wurden, und das übrigens von beiden Seiten: Auch die Deutschen selbst wollten von Exilanten, KZ-Überlebenden und Widerständlern nicht viel wissen, begegneten ihnen sogar feindlich, wie Eugen Kogon am eigenen Leibe verspüren konnte:

„So ist es also gekommen, das ich Leuten begegnen konnte, die kaltblütig meinten, es wäre wohl besser gewesen, wenn alle ‚Kazetler‘ zugrunde gegangen wären! Und daß kein vernünftiger* Mensch mehr in Deutschland ohne Abwehrreaktion – gegen uns bleibt, wenn er den berüchtigten Klang ‚KZ‘ hört! Und daß zum seelischen *Hindernis der inneren Erneuerung* geworden ist, was der Anfang der Besinnung hätte sein können!“⁷¹

Frankfurt/M. u.a.o. (Lang) 1991; darin zum Thema „Geist: Erziehung zum „Geist“, S. 112-122.

⁷¹ *SS-Staat*, 1946, S. 330f.; *FH*, H. 1/1946, S. 30f. – *, „vernünftiger Mensch“ ist hier nicht streng im Wortsinne zu verstehen, sondern im Sinne von „normaler Mensch“, die Allgemeinheit.

Doch sie erklärten sich, wenn nicht zu „Verführten“, dann zu Unwissenden oder sogar innerlichen Widerständlern. Der gemeinsame Nenner war die Unschuld. Die Kollektivanklage brachte „die Deutschen“

„in der Selbstverteidigung auf die feinsten Ausfluchtunterscheidungen, so zum Beispiel, daß moralische Schuld – gar als Voraussetzung einer juristischen! – immer an ein Individuum, das heißt an ein persönliches Gewissen gebunden sei, nie an ein Kollektivum, das nicht Person sein kann. (Als ob die Verwerfung des Wortes ‚Kollektivschuld‘, das der moraltheoretischen Kritik nicht standhält, die Schuld selbst aufheben könne, die eben die Anteilnahme jedes einzelnen des nationalen ‚Kollektivs‘ gewesen wäre!).“⁷²

Mit anderen Worten: Die Zurückweisung der Kollektivschuld erfolgte mit ihrer Umkehrung zur Kollektiventschuldigung und dem Argument, dass das Gewissen individuell sei, was es auch ist, aber es ist auf eine Moral bezogen, also auf die kollektive Wertegemeinschaft. Es gab eine Anteilnahme jedes Einzelnen – Widerständler etc. hier ausgenommen – am nationalen Kollektiv, und sei es durch Passivität.

Kogon vertrat somit durchaus *auch* eine Kollektivanklage, aber eine moralische, keine juristische (und sei es nur deklamatorisch). Verbrechen wurden im strafrechtlichen Sinne von Einzelnen, auch organisatorisch zusammen, verübt oder verantwortet, nicht vom Kollektiv. Dass es aber so weit kommen konnte, diese Schuld daran war weiter zu fassen und nicht nur moralisch, sondern auch politisch. Konkret bedeutet das, dass man mit der Ermöglichung des Nazi-Regimes auch alles Weitere ermöglicht hat, das man damals noch nicht ahnen konnte, aber in Kauf genommen hat, wenn man die NSDAP wählte und schon damit, später aber explizit Hitler dann bewusst zu allem Weiteren ermächtigte. Man hat dies schuldhaft ermöglicht, indem man durch die Aufgabe der eigenen Freiheit der Diktatur freie Bahn gab.

Ein entscheidender Punkt moralisch-politischen Urteils: *Wir sind auch für das (mit-)verantwortlich, was durch uns ermöglicht wird.*

Welche Schuld?

Doch welche Schuld? Schuld woran? „Auschwitz“, emblematischer Begriff für den Völkermord an den Juden, der alles in sich barg und gleich-

⁷² *Der SS-Staat*, 1946, S. 328; *FH*, 1/1946, S. 289. – Der Konjunktiv am Ende des Satzes in Klammern folgt formal der Logik der Hypothese des „Als ob...“ Tatsächlich war ja aber diese Anteilnahme gegeben und hätte besser im Indikativ stehen sollen.

zeitig weit weg schien, war im Debattenraum der politisch-kulturellen Zeitschriften damals quantitativ kaum ein Thema, selbst in dem beschränkten, aber ausreichenden Maß der Kenntnisse, die vorhanden waren, schon durch den Nürnberger Prozess, spätestens aber seit dem Erscheinen des *SS-Staats* im Spätsommer 1946.⁷³ Ein anderer Buchenwald-Häftling, der nach vorherigen Inhaftierungen noch im Dezember 1944 dorthin kam, schrieb 1946 in seinem Buch von einem Transparent, dass Häftlinge in Buchenwald nach ihrer Befreiung aufhängen: „Vergeßt die Gaskammern, die Millionen Toten von Auschwitz nicht!“⁷⁴ Die Kenntnis davon hatten sie offensichtlich von zuvor in Buchenwald eingelieferten Überlebenden der Todesmärsche aus dem Osten.⁷⁵ Insgesamt gab es eine ganze Reihe von frühen Berichten von KZ-Überlebenden, darunter auch einige aus Auschwitz.⁷⁶ Und schon die Anklage im Nürnberger Prozess enthielt alles Wissenswerte bis hin zu den Gaskammern und Opferzahlen. Doch für diejenigen, die dies gerne übersehen wollten, versteckte der „Kriegsverbrecherprozess“ dies unter dem Oberbegriff der Kriegsverbrechen. Es war insofern ein Manko, dass die Verbrechen der Massenvernichtung unabhängig vom Kriegsgeschehen nicht von vornherein ein gesonderter Anklagepunkt wurden, auch wenn *Völkermord* noch kein eigener Straftatbestand war, sondern erst daraus entstand.⁷⁷ Gleichwohl war (Massen-)Mord ein Straftatbestand als solcher, nicht nur, sondern *umso mehr* unabhängig vom Kriegsgeschehen.

In einer 1983 erschienenen Dokumentation in kollektiver Herausgeberschaft, darunter Eugen Kogon, *Nationalsozialistische Massentötungen durch Gas*, heißt es in der kurzen Einführung zur „Klarstellung der historischen Wahrheit“: „Bei den Nürnberger Prozessen kamen zwar auch diese Verbrechen zur Sprache. Aber, erdrückt von der dort abgehandelten Fülle von Fakten, nahm die schockierte Öffentlichkeit von den Gaskammern

⁷³ Bezüge zur systematischen Vernichtung gibt es v.a. auf S. 130-132, 202ff., 161-182 dokumentarisch und anhand von Berichten Überlebender.

⁷⁴ Udo Dietmar: „Häftling ...X... in der Hölle auf Erden!“ Mainz (Rheinischer Volksverlag) 1946, S. 147.

⁷⁵ Cf. David A. Hackett (Hrsg.): *Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar*. München (C.H. Beck) 1996, 2002, S. 363

⁷⁶ Vgl. die Sammlung „Frühe Texte der Holocaust- und Lagerliteratur 1933 bis 1949“ der Arbeitsstelle Holocaustliteratur: <https://www.fruehe-texte-holocaustliteratur.de/wiki/Fr%C3%BChe%20Texte%20der%20Holocaust-und%20Lagerliteratur%201933%20bis%201949>

⁷⁷ Cf. Hans-Christian Jasch / Wolf Kaiser: *Der Holocaust vor deutschen Gerichten. Amnestieren, Verdrängen, Bestrafen*. Ditzingen (Reclam) 2017, S. 18ff.

kaum Notiz.“⁷⁸ Bis zur öffentlichen Wahrnehmung der schon vorangegangenen Massenerschießungen vor Ort in der besetzten Sowjetunion unter Mitwirkung der Wehrmacht sollte es noch einmal lange dauern, obwohl auch dies schon in Nürnberg bekannt war. Doch dafür war das Tabu der „unschuldigen“ Wehrmacht zu brechen. Die Fokussierung auf die Vernichtungslager und die Vergasungen, auch durch die „Gaswagen“, trug unwillentlich dazu bei, zwischen beidem, SS und Wehrmacht, Massenverbrechen in den Vernichtungslagern und hinter der Front zu trennen und die Wehrmacht von der Anklage fernzuhalten.

Das Kriegsthema des Nürnberger Hauptprozesses deckte sich auch mit der Wahrnehmung, den Krieg als die „deutsche Katastrophe“ zu sehen – paradigmatischer Buchtitel von Friedrich Meinecke⁷⁹ –, und zwar zuerst für die Deutschen selbst als Opfer der NS-Führung, des Krieges als solchem und infolgedessen auch der alliierten Kriegsführung. Die von Deutschen verübten Verbrechen fanden fern auf dem Kriegsschauplatz statt, die der Alliierten trafen die Deutschen zuhause, wenn auch infolge eines von Hitler verantworteten Krieges.

„Es ist äußerst schwierig, dies dem gewöhnlichen Deutschen, selbst wenn er ein Nazi-Gegner ist, begreiflich zu machen“, schrieb Michael Salzer, ein emigrierter österreichischer Jude und Korrespondent des Nürnberger Prozesses für den *Toronto Star*, was Robert Jackson, nach der Erinnerung Salzers, erklärte:

„Wir müssen den Deutschen klarmachen, daß das Vergehen, dessentwegen man ihre ehemaligen Führer vor Gericht stellt, nicht darin besteht, daß sie den Krieg verloren haben, sondern darin, daß sie ihn begonnen haben.“⁸⁰ (Hervorheb. von mir)

Das interessegeleitete Gedächtnis des Berichterstatters hat dies wohl extrapoliert, denn tatsächlich sagte Jackson in seiner Eröffnungsrede:

„Die Männer der Wehrmacht stehen nicht vor Ihnen, weil sie ihrem Lande gedient haben. Sie sind vielmehr hier, weil sie es zusammen mit den anderen beherrscht und in den Krieg hineingetrieben haben. Sie stehen auch

⁷⁸ *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation.* Herausgegeben von Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl u.a., Frankfurt/M. (S. Fischer) 1983, (Fischer TB) 1986, S. 9.

⁷⁹ Friedrich Meinecke: *Die deutsche Katastrophe.* Wiesbaden (Brockhaus) 1946.

⁸⁰ Michael Walzer: Deutsches Schuldbewußtsein, in: *Toronto Star*, 19.11.1945, zit. nach *Der Nürnberger Lernprozess. Von Kriegsverbrechern und Starreportern*, zusammengestellt und eingeleitet von Steffen Radlmaier. Frankfurt/M. (Eichborn) 2001, S. 36.

nicht hier, weil sie den Krieg verloren, sondern weil sie ihn begonnen haben.“⁸¹ (Hervorheb. von mir)

Trotzdem ist die wörtlich verfälschende Ausweitung auf „die Deutschen“ insofern nicht ganz falsch, als die meisten wohl die damit angeklagte Auffassung teilten.

Und darin waren die „Kriegsverbrechen“ noch gar nicht eingeschlossen. In einer Umfrage in der Französischen Besatzungszone im Oktober 1947 erklärten 59% der Befragten, dass sie nicht glaubten, was in den Medien, d.h. in der lizenzierten deutschen Presse und evtl. im noch der direkten Kontrolle der Besatzungsmächte unterstehenden Rundfunk, über die Vernichtungslager gesagt wurde, nur 20% glaubten es.⁸² Was vermuten lässt, dass sich die hohe Zahl der Unentschiedenen aus schlechtem Gewissen enthielt. In einer amerikanischen Umfrage zum Nürnberger Prozess im Dezember 1945 gaben 64% der Befragten an, aus den Berichten Neues über die Konzentrationslager erfahren zu haben, aber nur 23% über die Judenvernichtung.⁸³ Dies deutet auf eine schon selektive Wahrnehmung oder auf ein verschämtes Verschweigen des schlimmeren Teils der Wahrheit hin, denn KZs als solche waren ja auch vorher schon weithin bekannt – zumindest von außen –, aber die Vernichtungslager waren weit weg. Inwiefern diese partiell selektive Wahrnehmung nur für die Leser oder auch für die journalistische Berichterstattung galt, kann ich mangels Kenntnis einer genauen Untersuchung dazu nicht sagen. Heike Krösche bilanziert generell, „dass die NS-Prozesse in der Regel ein großes Medienecho hervorriefen,“ aber auch, „dass die öffentliche Reaktion von einer Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und Bevölkerungsmeinung bestimmt war.“⁸⁴ Hinsichtlich des Themas „KZ“ und besonders „Auschwitz“ war dies in den allermeisten der 15 als die wichtigsten geltenden politisch-kulturellen Zeitschriften (von 67), die ich schon vor

⁸¹ Der Nürnberger Prozeß, op. cit. (Anm. 12), S. 179-180/1493.

⁸² Marlis G. Steinert: Zwischen gestern und morgen. Volksmeinung und öffentliche Meinung in der französischen Besatzungszone, 1945-47, im Spiegel französischer Quellen, in: Klaus Manfrass / Jean-Pierre Rioux (Hrsg.): *France-Allemagne 1944-1947*, Cahier de l'IHTP (CNRS) N°13/14, décembre 1989 – janvier 1990, S. 52.

⁸³ Merritt, *OMGUS Surveys* (Anm. 24) S. 34.

⁸⁴ Krösche, Abseits der Vergangenheit, op. cit. (Anm. 21), S. 93.

vielen Jahren durchsucht habe⁸⁵, eher ein verhaltenes, punktuelles und jedenfalls kein herausragendes Echo.

Unter den wenigen Artikeln in jenen Zeitschriften, wo davon gesprochen wurde, war zum Beispiel der von Gertrud Bäumer in der katholisch-konservativen Zeitschrift *Neues Abendland* 1946, doch pauschal: „[...] in den Gaskammern, in den Konzentrationslagern, [...], im Massenmord von Menschen, die dem Regime im Wege waren [...]“; von Alex von Frankenberg in der *Wandlung* 1946 mit der Frage angesichts der Flucht aus der Verantwortung, ob nichts gelernt werde: „Umsonst die Millionen Toter, Verbrannter, Verkohlter, Vergaster, Verstümelter, Verhungerte [...]“; und in der *Wandlung* dann erst 1948 von Hannah Arendt, wo sie unter Rückgriff auf die Bücher von Eugen Kogon und David Rousset das KZ-System und die Vernichtungsmaschinerie zu einem Punkt ihrer Überlegungen zum Totalitarismus macht, nachdem sie dies zuvor schon 1946 in derselben Zeitschrift gestreift hat. Und Hans Paeschke machte 1947 im *Merkur* die KZ-Frage zum Angelpunkt der Schuldfrage: „Wie viele wollen heute nicht an die Greuel der Konzentrationslager glauben, weil sie fürchten, ihr Wissen könne dadurch nachträglich schuldhaft werden?“⁸⁶

In Unkenntnis der unveröffentlichten OMGUS-Umfragen dazu beschrieb Kogon seine persönlichen Erfahrungen: „Berichte aus den Konzentrationslagern erwecken in der Regel höchstens Staunen oder ungläubiges Kopfschütteln“, und dabei ging es gar nicht um die Vernichtungslager, sondern „nur“ um KZs wie Buchenwald oder Dachau, „sie werden kaum zu einer Sache des Verstandes, geschweige denn zum Gegenstand aufwühlenden Empfindens.“⁸⁷ Stattdessen sorgten sich die Deutschen um

⁸⁵ Cf. Wolfgang Geiger: Le débat intellectuel sur la culpabilité et le renouveau culturel en Allemagne occidentale (1945-1949), in: *Revue de Littérature comparée*, n°2/1997 (avril-juin), Écrire après les totalitarismes 1945-1995, hrsgg. von Emmanuel Bouju, S. 139-150. Es ging um „die intellektuelle Debatte über die Schuld und die kulturelle Erneuerung in Westdeutschland 1945-1949“.

⁸⁶ Gertrud Bäumer: Zur Problematik der Schuldfrage, in: *Neues Abendland*, Okt. 1946, S. 18. – Alex von Frankenberg: Umsonst? in: *Die Wandlung*, 1. Jg. März 1946, S. 215. – Hannah Arendt: Organisierte Schuld, in: *Die Wandlung*, 1. Jg., H. 4, 1945/46, S. 333-344. Zuerst: Organized Guilt and Universal Responsibility, in: *Jewish Frontier*, 12. Jg., No. 1, January 1945, S. 19-23; Dies., Konzentrationslager, in: *Die Wandlung*, 3. Jg., 1948, H. 4, S. 309-330. – Die bis dahin erschienen beiden Bücher von David Rousset lagen nicht auf Deutsch vor. – Hans Paeschke: Verantwortlichkeit des Geistes? in: *Merkur*, 1. Jg., H. 1, Jan. 1947, S. 104.

⁸⁷ *SS-Staat*, 1946, S. 330f.; *FH*, H. 1/1946, S. 30f.

ihre Kriegsgefangenen und trauerten um ihre Toten – verständlich, aber nicht nur einseitig, sondern auch kompensatorisch: Opfer, nicht Täter.

Dies vollzog sich in einem komplexen Spannungsverhältnis zwischen Wissen und Gewissen, Anklage von außen und Reue von innen, die sich gegenseitig ausschlossen – nicht für alle wohlgemerkt –, statt zueinander zu finden. Kogon wurde nicht müde, die dialektische kontraproduktive Wirkung des Kollektivschuldtraumas anzuprangern. Wie viele gab es, fragte Fritz von Unruh in seiner Paulskirchenrede und sprach auch damit die tausend Zuhörer an, die „sich selbst in der stillsten Zelle ihrer Selbsterkenntnis noch immer scheuen einzugestehen: ‚Wie schlecht wir es machten, als wir noch handeln konnten...‘“ (S. 42), und sich den Konsequenzen ihres Schlecht- oder Nicht-Handelns zu stellen? Wie viele waren unter ihnen, die, wie Kogon im *SS-Staat* und später in den *Frankfurter Heften* detailliert ausführt, wussten, dass es KZs gab und wissen konnten, im Großen und Ganzen jedenfalls, was darin vor sich ging, und nach 1945 nichts davon wissen wollten? Und sogar, wie viele, die es *nicht* wussten, die Wahrheit darüber aber trotzdem ablehnten?

Auch in den *Frankfurter Heften* wurde das größte der NS-Verbrechen, der Völkermord an den Juden, nicht so herausragend thematisiert, wie wir es aus heutiger Sicht erwartet hätten. Es wurde zwar desöfteren angesprochen, aber kaum ausgeführt, sondern auch eingebettet in die Schulddiskussion, wie im September 1946 in „Christen und Juden“ von Eugen Kogon, das so beginnt:

„Ist denn das Thema erneut spruchreif? In den Öfen von Auschwitz, von Treblinka, Maidanek, Starzisko Kamienno* und so vielen anderen Ostlagern, wo die Todesbahnen der sechs Millionen Juden aus allen Teilen Europas, die unter deutsche Herrschaft geraten waren, ihr bitteres Ende gefunden haben, ist die völkische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Problematik, die häufig genug zwischen Christen und Juden bestand, mitverbrannt. Übriggeblieben ist nur eine religiöse und eine menschliche Frage, die heute ausschließlich an uns gerichtet ist: Wie können wir die Schuld gutmachen, die wir auf uns geladen haben? Unsere Kirchen müßten erfüllt sein von Sühnegebeten, unsere Herzen voll von Geduld gegenüber allen Gefühlen der Ablehnung, ja, des Abscheus, von der und jener Überlebende sich leiten läßt – erstaunlich wenige übrigens –. Stattdessen: Gleichgültigkeit weit und breit, neu sich belebende Reste des Antisemitismus da und dort. Wie tief hat doch der Nationalsozialismus in der

deutschen Seele Wurzel geschlagen, welch geheime Quellkräfte hat er erreicht!“⁸⁸

Kogon stellt dann dagegen, wie in anderen Ländern Christen Juden vor dem Tod retteten. Immerhin präzierte die Einleitung die Orte der Vernichtung und beließ das Geschehen nicht irgendwo vage im Osten und auch nicht nur unter der Sammelüberschrift Auschwitz, ein Name, der für die Deutschen in umgekehrter Relation fast schon so ein ominöser Ort war wie das imaginäre Pitchipoi (verschiedene Schreibweisen), von dem polnische und französische Juden als Zielort der Transporte sprachen.⁸⁹

Doch nicht nur das frühere *Wissen*, auch das *Nichtwissen* wurde verleugnet. „Die Erkenntnis ist erschreckend“, schrieb Kogon bereits Ende 1945 in seinem Buch,

„daß so viele Deutsche jetzt, da sie die Möglichkeit haben, die Tatsachen aus den Konzentrationslagern zu kennen, sie nicht anerkennen wollen, nur weil sie fürchten, ihr früheres Nichtwissen könnte durch diese Aufklärung schuldhaft gemacht werden.“⁹⁰

„Schuldhaft gemacht“ durch Presseartikel wie jenem aus den *Nürnberger Nachrichten* vom 20.10.1945, neun Tage zuvor als eine der ersten Zeitungen in deutscher Hand herausgekommen, vor Eröffnung des Nürnberger Prozesses. Darin wurde aus den *Basler Nachrichten* zitiert, wohl um sich aus der Verantwortung für den Inhalt zu nehmen (gleichsam: So denkt das Ausland):

„Menschen, die sicher sind, ein reines Gewissen zu haben, verstehen nicht, daß sie für die Schuld der anderen zu zahlen haben. Ein Grund mehr, die Einrichtung des internationalen Gerichts gutzuheißen, das die Aufgabe hat, den Urteilsspruch über die wahren Schuldigen zu fällen. Dies ändert freilich nichts an der Tatsache, daß das deutsche Volk die Rechnung für diesen zweiten Weltkrieg zu zahlen haben wird, für den seine Regierung verantwortlich ist.“⁹¹

⁸⁸ Eugen Kogon: Christen und Juden, in: *FH*, 1. Jh, H. 6, Sept. 1946, S. 6. – * Skarżysko-Kamienna war kein Vernichtungslager, sondern Ort von Erschießungen polnischer Widerständler und auch von Juden (insges. über 1000) (vgl. Wikipedia).

⁸⁹ Cf. Wikipedia (engl.): Pitchipoi; Rubin Katz: *Gone to Pitchipoi. A Boy's Desperate Eight for Survival in Wartime*. Boston (Academic Studies Press) 2012, S. 85

⁹⁰ *Der SS-Staat*, 1946, S. 331; vgl. auch Gericht und Gewissen, in: *FH*, 1. Jg., H. 1, S. 31.

⁹¹ *Nürnberger Nachrichten*, 20.10.1945, zit. nach: *Der Nürnberger Lernprozess*, op. cit. (Anm. 80), S. 24.

So wurden zwar die „wahren Schuldigen“ in Nürnberg gesehen, das deutsche Volk aber nicht deswegen freigesprochen. Die anlaufende Entnazifizierungskampagne machte das für fast jeden spürbar. Abgesehen davon, dass die meisten erklärten, nichts davon gewusst zu haben, ihnen nicht geglaubt wurde und diejenigen, für die dies zutraf, es nicht glaubhaft machen konnten, so machte auch wirkliches Nicht-Wissen insofern mitschuldig aus Scham vor sich selbst oder für andere, indem man sich nachträglich fragte, inwiefern man Verantwortung dafür trug, dass durch eigenes Tun oder auch Nicht-Tun Dinge geschahen, die man nicht vorausgesehen hatte, aber vielleicht hätte sehen können. Die Schuldfrage war in der Tat komplexer, als es nachträgliche Pauschalaussagen von der Verdrängung berücksichtigen, die sie als Schuldeingeständnis interpretieren und damit noch zu einer nachträglichen Kollektivschuldanklage machen. Schweigen aus Scham im Sinne von C. G. Jung (siehe oben, S. 18) war aber etwas anderes als aus Verdrängung eigener Schuld.

In dem Zwiespalt zwischen Eingeständnis, Relativierung und Verdrängung standen auch die Intellektuellen, die sich in den Zeitschriften damit befassten. Was lag näher, als die Schuld wo ganz anders zu suchen?

Auf der Suche nach anderen Schuldigen „entsteht die Gefahr“, führt Paeschke in seinem oben zitierten Artikel im *Merkur* weiter aus, „daß man unter Verleugnung einer relativen Verantwortlichkeit des Individuums vorschnell nach überpersönlichen Prinzipien greift, die als ‚Das Schicksal‘ oder ‚Die historische Notwendigkeit‘ alles Geschehene schlechthin rechtfertigen und nichts ändern.“ (ebd.). Und genau dies geschah.

„Kein Volk der Welt hat [...] so Schweres und Grauensvolles über sich ergehen lassen müssen wie Deutschland unter der Herrschaft Hitlers“, schrieb der Jesuit Johann Schuster in den *Stimmen der Zeit*, es war die „raffinierte Unterdrückung und Vernichtung des gesamten Volkes, seines Landes, seiner Kultur, seines christlichen Erbes.“⁹² Weniger drastisch war dies Konsens unter den meisten auf der Suche „nach den tieferen Ursachen der furchtbaren Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen ist.“⁹³ Friedrich Meinecke, der damalige „Alterspräsident“ der Historiker, gab hierbei den Ton an, sein Buch *Die deutsche Katastrophe* fand auch durch seinen kulturgeschichtlichen und weltbürgerlichen Horizont in Übersetzungen international große Verbreitung.

⁹² Johann B. Schuster S.J.: Kollektivschuld, in: *Stimmen der Zeit*, Nr. 2, Nov. 1946, S. 82.

⁹³ Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, op. cit., S. 9.

Zur „deutschen Katastrophe“ wurde jedoch nicht selten auch noch die Besatzung oder sogar die alliierte Kriegführung hinzuaddiert, wie noch im September 1949 bei der ersten Sitzung des Bundestags durch Alterspräsident Paul Löbe (SPD), ehemaliger Reichstagspräsident:

„Das deutsche Volk litt unter zwiefacher Geißelung. Es stöhnte unter den Fußtritten der eigenen Tyrannen und unter den Kriegs- und Vergeltungsmaßnahmen, welche die fremden Mächte zur Überwindung der Naziherrschaft ausgeführt haben.“⁹⁴

Dieses Ressentiment nahm also mit dem Ende der Besatzungszeit nicht ab, im Gegenteil, es wurde mit Aussicht auf deren Ende nur bestärkt. 1949 wurden die Nürnberger Prozesse im Rückblick nicht mehr so positiv gesehen wie zu Beginn: „Nun vertrat nur noch ein gutes Drittel der Befragten die Auffassung, dass die Nürnberger Prozesse gerecht gewesen seien. Ebenso viele hielten die Strafen jetzt für zu hoch.“⁹⁵

Die Deutschen fühlten sich ungerecht behandelt, schon im April 1947 wandte sich Eugen Kogon auf drastische Weise gegen diese Tendenz, so wie auch die *Frankfurter Hefte* die einzige Zeitschrift waren, die konsequent eine mahnende und anklagende Haltung beibehielten.

„Waren es Deutsche, die, wenn auch entartet, Verbrechen über Verbrechen gehäuft haben? Wir können nicht sagen, daß wir mit ihnen nichts gemein gehabt hätten. Denn es war die Mehrheit des deutschen Volkes, die sie zur Macht gebracht und, als sie sich längst wie Verbrecher benahmen, nicht wieder aus der Macht geworfen hat.“

Und nun fordern wir laut Gerechtigkeit — für uns! Wissen wir denn, was wir damit tun und was das heißt? Auch die Verantwortung gehört zur Gerechtigkeit, nicht nur die Schuld. Die meisten leugnen diese wie jene. Selbst hinterher wollen sie nicht hören, nicht wissen, nicht glauben und nicht anerkennen, trotz allen lebendigen Zeugen und unwiderleglichen dokumentarischen Zeugnissen, was grausige Wahrheit ist. Sie fordern Gerechtigkeit — für sich. Die Geschichte wird sie uns weiter in vollem Maße geben, wenn wir so fortfahren; denn zur totalen Gerechtigkeit gehört totale Sühne, dann aber wehe uns!“⁹⁶

⁹⁴ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 1. Sitzung vom 7.9.1949, S. 2.

⁹⁵ Peter Reichel: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München (Beck) 2001, S. 69f.

⁹⁶ Eugen Kogon: Der Kampf um Gerechtigkeit, in: *FH*, 2. Jg., H. 4, April 1947, S. 373.

Die Täter

In „Organisierte Schuld“ hat Hannah Arendt in der *Wandlung* erstaunlich scharfsinnig aus der Distanz heraus, und schon Ende 1944 für die jüdisch-amerikanische Zeitschrift *Jewish Frontier*, analysiert, wie das deutsche Volk von den Nazis mit in die Schuld gezogen wurde. Dies basierte darauf, dass die *Jewish Frontier* schon im November 1942 ein ganzes Heft über die Vernichtungspolitik herausgegeben hatte mit Informationen von Augenzeugen, die sie über das Netzwerk des Jüdischen Weltkongresses erreichten, sowie einer Auswertung von Zeitschriften, an die man gelangen konnte, darunter *Die Polizei*, „eine der aufschlussreichsten Aufzeichnungen, die aus Deutschland kommen. [...] Die Autoren sind keine Nazi-Theoretiker, es sind nicht einmal untergeordnete Nazi-Führer. Sie sind gewöhnliche Polizisten verschiedener Dienstgrade, die für das schreiben, was man ihre berufliche Zeitschrift nennen kann.“⁹⁷

Darin schrieb ein „Dr. Albert“ schon im Januar 1941, dass das „Deutschtum hier im Osten kulturelle Aufgaben hat, die, wenn sie dauerhaften Wert haben sollen, ihre Vollendung sowohl in einem biologischen als auch sozialen Sinn finden müssen.“ (ebd., rückübersetzt aus dem Englischen). Arendt weist darauf hin, dass der „biologische Sinn“ sich darauf bezog, die „am meisten judaisierte“ und dadurch „kriminellste Stadt“ Polens (damals Generalgouvernement), Litzmannstadt/Lodz, „judenfrei“ zu machen, mit einem offenen Ende der Art und Weise, aber bereits gedanklich auf alles Kommende vorbereitend. Weitere Berichte nach dem Angriff auf die Sowjetunion verschärften dann Sprache und Botschaft zum Umgang mit den dortigen „Untermenschen“. Der Autor war Wilhelm Albert, Polizeipräsident der Stadt und zugleich hoher SS-Offizier, also kein „gewöhnlicher“ Polizist, aber er schrieb dies gleichwohl in einer Zeitschrift, die die „gewöhnlichen“ Polizisten darauf vorbereitere, Ungewöhnliches zu tun. Und dies geschah in diesem Auftakt-Artikel wie auch in späteren mit der Parole „Ordnung“ gegen „Chaos“, womit an die ureigenste Aufgabe der „gewöhnlichen“ Polizisten appelliert wurde, um diese Aufgabe in einem „*upside-down moral universe*“, wie Arendt formuliert, pflichtbewusst in der Selbsttäuschung eines guten Gewissen zu erfüllen.

⁹⁷ Marie Syrkin: German Police testifies, in: *Jewish Frontier*, Vol. IX, No. 10, Nov. 1942, S. 9. Das ganze Heft ist online verfügbar unter https://archive.org/details/sim_jewish-frontier_1942-11_9_10

Es sind diese „Normalmenschen“, wie sie Christopher Browning Jahrzehnte später am Beispiel eines zur Judenvernichtung abgeordneten Polizeibataillons beschrieb und eine neue Debatte darüber auslöste.⁹⁸ Dies kann aber auch verallgemeinert werden, wie titelte doch so treffend eine auch später erschienene Dokumentation von Aussagen der Angeklagten in NS-Prozessen: „Lauter pflichtbewusste Leute“.⁹⁹ Und dies war so, weil Kogon dies als ein Charakteristikum des „deutschen Wesens“ sah:

„Fragen wir einmal, was Deutschland selbst unter den ‚Ordnung‘ verstand, die es der Welt als politisches und soziales System bringen wollte. Fleißige und genaue Arbeit, tüchtiges Zupacken, diszipliniertes Verhalten in allen Lagen, Sauberkeit, Pünktlichkeit, sparsames Leben, unbedingte Einordnung, militärische Übung, – ist das nicht ungefähr der Inhalt seiner Vorstellung von ‚Ordnung‘ gewesen? [...] Es steht außer Zweifel, daß seit 1933 diese Eigenschaften fast ausschließlich einem System der Unterjochung dienstbar gemacht worden sind.“¹⁰⁰

Die Informationen über die „Judenvernichtung“, wie sie intern genannt wurde, waren 1942 ganz neu, auch in den USA. Im Januar 1943 schrieb der Herausgeber des *Jewish Frontier*, Hayim Greenberg, „unter dem Titel ‚The Christian World Must Act‘ [Die christliche Welt muß handeln] einen verzweiferten Leitartikel über diese Berichte. [...] Aber die ‚christliche Welt‘ weigerte sich, diesen Berichten zu glauben, geschweige denn zu handeln, und die nationale Presse blieb sehr zurückhaltend“, schreibt die Biographin Hannah Arendts.¹⁰¹

In ihrem Artikel für *Jewish Frontier*, der im Januar 1945 erschien und dann auf Deutsch im Februar 1946 in *Die Wandlung*, zog Arendt weitreichende Schlussfolgerungen aus diesen neuen Erkenntnissen:

„Die totale Mobilmachung hat in der totalen Komplizität des deutschen Volkes geendet. [...] Die totale Politik, welche die Atmosphäre von Neutralität, in der das tägliche Leben von Menschen sich abspielt, total zerstört

⁹⁸ Christopher Browning: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*. Reinbek (Rowohlt) 1993. – Vgl. auch Hans-Christian Harten: *Die weltanschauliche Schulung der Polizei im Nationalsozialismus*. Paderborn (Brill / Schöningh) 2028, sowie das Interview https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/weltanschauliche-ausrichtung-der-polizei-an-der-ss?nav_id=7823

⁹⁹ Ulrich Renz: *Lauter pflichtbewußte Leute. Szenen aus NS-Prozessen*. Köln (Bund) 1989.

¹⁰⁰ Eugen Kogon: Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte, in: *FH*, 1. Jh, H. 3, Juni 1946, S. 54.

¹⁰¹ Elisabeth Young-Bruehl: *Hannah Arendt – Leben, Werk und Zeit*. Erweiterte Ausgabe mit neuem Vorwort. Frankfurt/M. (Fischer) 2015, S.351.

hat, hat es erreicht, die private Existenz jedes Individuums auf deutschem Boden davon abhängig zu machen, daß es Verbrechen entweder begeht oder ihr Komplize ist.“¹⁰²

„Dies sind die realen politischen Verhältnisse, die der Behauptung von einer Gesamtschuld des deutschen Volkes zugrunde liegen“, ist die Bilanz aus ihrer weiteren Darlegung. Trotzdem kritisiert sie die ideologischen, wie selbst sagt, Auswüchse der Kollektivschuldthese:

„Die ernsteren Diskussionen zwischen den Advokaten der ‚guten‘ und den Anklägern der ‚bösen‘ Deutschen reden nicht nur an dem Kern der Sache vorbei, sondern haben offenbar von dem Ausmaße des Verhängnisses kaum eine Vorstellung. Sie werden entweder in die Trivialität einer allgemeinen Feststellung über gute und böse Menschen und in eine phantastische Überschätzung der ‚Erziehung‘ gedrängt, oder sie nehmen ohne weitere Besinnung die Rassentheorien der Nazis an und kehren sie um.“ (S. 337).

Die Kollektivschuld ist also nicht volkpsychologisch aus den Deutschen herauszulesen und auch nicht *Voraussetzung* für den Nationalsozialismus, sondern *Ergebnis* von dessen totalitärer Herrschaft. In der Vorschau auf den Umgang mit den Deutschen nach dem Sieg fragt sie sich,

„welche Haltung man einnehmen kann, wie man es ertragen kann, sich mit einem Volke konfrontiert zu finden, in welchem die Linie, die Verbrecher von normalen Menschen, Schuldige von Unschuldigen trennt, so effektiv verwischt worden ist, daß morgen niemand in Deutschland wissen wird, ob er es mit einem heimlichen Helden oder einem ehemaligen Massenmörder zu tun hat.“ (ebd.).

So sah es auch die Besatzungsmacht selbst (vgl. oben S. 20). Die Schuldfrage bezieht sich hier bei Arendt auf die Verbrechen innerhalb einer

„ungeheuerlichen Maschine des ‚Verwaltungsmassenmordes‘, zu deren Bedienung man nicht Tausende und nicht Zehntausende ausgesuchter Mörder, sondern ein ganzes Volk gebraucht hat und gebrauchen konnte. [...] Daß in dieser Mordmaschine jeder auf diese oder jene Weise an einen Platz gezwungen ist, auch wenn er nicht direkt in den Vernichtungslagern tätig ist, macht das Grauen aus.“ (S. 24).

Hannah Arendt hat in der „Totalität“ übertrieben, Vorgriff auf die Entwicklung ihrer Totalitarismustheorie, die sie zu jener Zeit zu entwickeln begann und die sie begrifflich aus der Nazi-Propaganda vom „Totalen“ in

¹⁰² Arendt, Organisierte Schuld, siehe Anm. 86, S. 334, 336.

all seinen Varianten entlehnte. Die „Organisierte Schuld“ ist nur die Adaption des „Führer befehl, wir folgen dir!“ mit der Logik, dass das Volk bewusst zum Komplizen von Verbrechen gemacht werden wollte, so dass selbst die insgeheime Hoffnung auf den Sieg der Alliierten durch die Angst vor der Kollektivbestrafung überlagert wurde.

Das ist das eine. Diese *totale* Vereinnahmung des deutschen Volkes gab es aber gewiss nicht und zu diesem Zwecke auch nicht die sukzessive Offenlegung der Verbrechen. Das exakte Gegenteil aber auch nicht und so war die Frage extrem schwierig, wo die Grenze auszumachen war.

Das andere ist, was die Täter zu Tätern machte. In der „Organisierten Schuld“ klingt schon an, was Arendt zum Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 die „Banalität des Bösen“ genannt hat und dafür heftig kritisiert wurde. So charakterisierte sie 1944 Himmler bereits ähnlich wie Eichmann, wenn auch nicht als ganz so „banal“, aber als „normalen“ Menschen, keinen Perversen, keinen Fanatiker und auch keinen Ideologen, sondern als einen Spießer – ein heute nicht mehr geläufiger Begriff.¹⁰³ In Unkenntnis von Arendts Artikel beschrieb Kogon Himmler ganz ähnlich:

„Der Einfluß der Persönlichkeit des Reichsführers-SS ist das einzige an der SS, was sehr schwer zu begreifen ist. Der Mann war lächerlich unmilitärisch und die SS wußte es. Er war ein Tugendbold, wie er im Buche steht, ordentlich, kleinbürgerlich, fleißig, pedantisch, kein Feldherr, kein Staatsmann, kein Denker, kein Wüstling, kein Narr, – was hat die SS an ihm eigentlich imponiert? Sie nannten ihn selbst überall kaum anders als den ‚Reichs-Heini‘. [...] Die Leistung Himmlers aber war ihnen auf den Leib gemessen: ein allseitiges System der Macht.“¹⁰⁴

Abgesehen von den Triebtätern – in jeder Nuance des Begriffs – des SS-Kerns bestand die ausgebaute Maschinerie größtenteils aus solchen „Normalmenschen“, denen es nur um sich selbst, ihre eigene Sicherheit und das ihrer Familie ging, schreibt Arendt. Es war der Typus, der bereit war,

„um der Pension, der Lebensversicherung, der gesicherten Existenz von Frau und Kindern willen Gesinnung, Ehre und menschliche Würde preiszugeben. [...] Die einzige Bedingung, die er von sich aus stellte, ist, daß man ihn von der Verantwortung für seine Taten radikal freisprach“ (S. 341).

¹⁰³ Vgl. dazu die Definition und Etymologie bei Wikipedia: „Spießbürger“

¹⁰⁴ *SS-Staat*, 1946, S. 294f.

Deren Charakterisierung, die Arendt an zwei Fällen exemplifiziert, die ihr durch Berichte zugetragen wurden, deckt sich in weiten Teilen, aber nicht hundertprozentig, mit der intensiveren Analyse, die Kogon durch jahrelangen Aufenthalt in Buchenwald machen konnte, zwar nicht in einem Vernichtungslager, aber in einem KZ, wo trotzdem gemordet wurde.

Arendt greift auch weiter historisch zurück, wenn sie das Fehlen von Moral oder deren Unterentwicklung durch die Aufspaltung in ein verkümmertes öffentliches Leben und ein ausgeprägtes Privatleben erklärt, das in Deutschland ein Resultat des 19. Jahrhunderts sei, die „Biedermeierzeit“ wäre das beste Beispiel dafür (von ihr allerdings nicht zitiert) und der „Biedermann“ eine bessere Bezeichnung als der „Spießer“. „Kaum ein anderes der abendländischen Kulturländer ist von den klassischen Tugenden des öffentlichen Lebens so unberührt geblieben; in keinem haben privates Leben und private Existenz eine so große Rolle gespielt.“ (S. 342). Und Kogon formuliert als Konsequenz dieser historischen Prädisposition:

„Die deutsche Welt war längst zur Welt des Herrn Biedermeier geworden, der höchstens noch murrte, gelegentlich einmal mit einem radikal klingenden Schrei aufbegehrte, um sofort wieder erschreckt in sich zusammenzusinken oder, ertappt, den Mut in Ironie abzureagieren. [...] Das deutsche Volk war im Grunde apolitisch, mangelhaft politisch, ohne sicheren Instinkt. Daher die vielen unaufgelösten Widersprüche in ihm [...].

Die politische Kraft des deutschen Geistes, der keine Machtpositionen besaß, reichte niemals aus, um sie sich zu schaffen. Der deutsche Geistesträger [...] hatte selbst kein reales Verhältnis zur Politik außer dem des Untertanen.“¹⁰⁵

Mit dieser Voraussetzung, so auch Arendt weiter, hat der Deutsche

„die Zerteilung von Privat und Öffentlich, von Beruf und Familie so weit getrieben, daß er noch nicht einmal in seiner eigenen identischen Person eine Verbindung zwischen beiden entdecken kann. Wenn sein Beruf ihn zwingt, Menschen zu morden, so hält er sich nicht für einen Mörder, gerade weil er es nicht aus Neigung, sondern beruflich getan hat. Aus Leidenschaft würde er nicht einer Fliege etwas zu Leide tun.“ (ebd.).

In der Generalisierung auf das ganze Volk kommen Kogon und Arendt jedoch der Typisierung eines deutschen Nationalcharakters sehr nahe, die

¹⁰⁵ Zusammengestellte Zitate aus Eugen Kogon: Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus, in: *FH*, 1. Jg., H. 2, Mai 1946, S. 69; Gericht und Gewissen, *FH*, H. 1, April 1946, S. 334; Die deutsche Revolution. Gedanken zum zweiten Jahrestag des 20. Juli 1944, in: *FH*, 1. Jg., H. 4, Juli 1946, S. 21.

sie eigentlich kritisieren. In der Konkretisierung auf die „Normalmenschen“ als Täter hat der Arzt Max Picard, der seit 1919 in der Schweiz lebte, in seinem Buch mit dem explikativen Titel *Hitler in uns selbst* in einer fulminanten imaginären Szene die Wirklichkeit erspürt:

„Man verlangt von den Deutschen, daß sie bereuen. Aber dieser deutsche Mensch kann sich an nichts erinnern, und nur wo der Mensch im Innern das bei *sich* hat, was er getan hat, da kann er seine vergangenen Handlungen durchschauen, sie prüfen und Reue haben über das Sündhafte. [...]

Dieser Menschenvergaser gewöhnt sich leicht, allzu leicht wieder an die rechte Ordnung. Sie treffen ihn, wenn Sie in München Briefmarken kaufen, am Schalter bei der Post, oder er verkauft Ihnen Zigarren in einem Geschäft, oder er ist Hoteldirektor und begrüßt sie freundlich, und falls Sie, wenn Sie die Rechnung bezahlen, dem Vergaser durch einen Irrtum 50 Pfennig zu viel gegeben haben, so wird er Ihnen nachspringen, eine Viertelstunde lang sogar, um Ihnen die 50 Pfennig zurückzubringen.“¹⁰⁶

Kogons Charakterisierung der SS-Männer in Buchenwald im *SS-Staat* unterschied stärker zwischen den „wirklichen SS-Leuten“ und jenen, die „in die SS zufällig Verschlagene oder Kommandierte waren, die sich dem schwarzen Korps nie assimilieren konnten.“ (S. 87). Ab der zweiten, der Berliner Ausgabe 1947, differenzierte dies Kogon weiter, indem er deutlicher unterschied zwischen dem Kern der SS-Leute, bei denen es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen ihren inneren triebhaften Veranlagungen und dem erwarteten Barbarentum gab, und den anderen mit einer gespaltenen Moral:

„Wurde Grausamkeit für nützlich oder erforderlich gehalten – ‚notwendige Härte gegen andere‘ nannte sich das –, so galt Mitleid – ‚Humanitätsduselei‘ – eben als Regung des ‚inneren Schweinehundes‘, die unterdrückt werden mußte.“¹⁰⁷

Dies entspricht dem Kern der „Posener Rede“ Himmlers 1943 (und war vielleicht davon beeinflusst), die dieser allerdings nicht vor „gewöhnlichen“ SS-Leuten hielt, sondern vor den für die Vernichtungsaktion verantwortlichen SS-Gruppenführern (entspricht einem unteren Generalsrang) vor Ort. Die Rede offenbart, dass es selbst bei ihnen galt, residuell noch vorhandene moralische Skrupel („menschliche Schwächen“) bei der Judenvernichtung zu überwinden. Sie ist ein wichtiges Dokument für die

¹⁰⁶ Max Picard: *Hitler in uns selbst*. Erlenbach-Zürich (Rentsch) 1946, S. 31, 36f.

¹⁰⁷ *SS-Staat*, Berlin (Verlag ds Druckhauses Tempelhof) 1947, S. 315.

„Umwertung aller Werte“, frei nach Nietzsche, die sich in der Neudefinierung klassischer Tugenden durch deren exaktes Gegenteil vollzog und in der Rede Himmlers im zentralen Begriff des „Anstands“ kulminierte:

„Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.“¹⁰⁸

Dies und noch viel mehr konnte man 1946 nicht wissen, so ist es aber gerade interessant, wie grundsätzlich nahe Arendt und Kogon aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus dem Problem der Charakterisierung der Tatschuldigen kamen. Die Unterscheidungen zwischen den Überzeugungstätern und den „Gewöhnlichen“, mit dem Gewicht bei Arendt mehr auf den letzteren, bei Kogon mehr auf den ersteren, waren in Wirklichkeit fließende Übergänge. Das „natürliche Minderwertigkeitsbewußtsein des Sozialdeklasierten“, das zum Beispiel die Mitglieder der „Totenkopfverbände“ auszeichnete und das sie durch die Macht über noch viel „Minderwertigere“ kompensieren konnten, unterschied sich nicht strukturell von der Disposition zum Machtwillen der gebildeten, aber gesellschaftlich nicht arrivierten SS-Offiziere, denen es weniger um Macht über „Minderwertige“ als um Macht über Gleichrangige und vor allem ihnen bislang Höhergestellte ging. Himmler machte ihnen und sich selbst oft genug deutlich, dass sie die Elite und die Zukunft Deutschlands seien. Allen gemeinsam war, „daß ihren Instinkten freier Lauf gelassen wurde.“¹⁰⁹

Das Volk

Die Schwierigkeit einer Differenzierung in der Schuldfrage ist deutlich geworden, die schematische Trennung von unmittelbaren Tätern, darunter wiederum Verantwortlichen und Befehlsempfängern, und all jenen, die deren Taten auf die eine oder andere Weise ermöglichten, war politisch-moralisch nur graduell machbar, nicht prinzipiell. Selbst die juristische Frage war schwierig, wie die verschiedenen Nürnberger Nachfolge-

¹⁰⁸ Rede des Reichsführers SS bei der SS-Gruppenführertagung in Posen am 4. Oktober 1943, „Die Judenevakuierung“ https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0008_pos&object=context&cl=de

¹⁰⁹ Cf. *SS-Staat*, 1946, S. 290-295.

prozesse und dann auch die Verfahren vor deutschen Gerichten zeigten – bis hin zum Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963, der gewiss nicht wegen der dort ausgesprochenen Strafmaße in die Geschichte eingegangen ist. So wurde oft die Mittäterschaft auf Beihilfe reduziert und diese niedrig bewertet oder später sogar revidiert.¹¹⁰ Nicht nur die „Tat von eigener Hand“, sondern auch ein „Täterwille“ musste nachgewiesen werden, so dass selbst in Zweifelsfällen „falsch verstandenes Pflichtbewußtsein bei der reibungslosen Durchführung der Vernichtungsaktionen“ noch strafmildernd ausgelegt werden konnte.¹¹¹ Die bundesdeutsche Rechtsprechung blieb dabei um einiges hinter den Prozessen der Alliierten zurück, was zeigt, wie die Kontinuität der Justiz wirkte, in der es fast keine Entnazifizierung gab, und zwar nicht nur personell, sondern darüber hinaus auch im Geiste, während die Verfahren in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch zumindest in „unbelastete Hände“ gelegt wurden.¹¹²

Die Entnazifizierung in der Breite der Bevölkerung mit dem „Fragebogen“ war eine hybride Aktion, die Juristisches mit Politisch-Moralischem verband, deutlich wird dies vor allem an der Kategorie des „Mitläufers“. Die Frage „Wie konnte es dazu kommen?“ schloss aber alle Deutschen ein und diese Diskussion wurde in den Zeitschriften und Buchpublikationen hauptsächlich geführt, nicht über die konkrete Schuld, die zeitgleich in den Prozessen verhandelt wurde. Dabei ging es auf der einen Seite stark in die schon angesprochene, weit zurückgreifende historische Herleitung, verbunden mit Anleihen an die Völkerpsychologie, die seit dem 19. Jahrhundert im Zuge des Nationalismus in allen Ländern en vogue war und sich dann zum völkischen Rassismus des Nationalsozialismus zuspitzte.

Die Disposition zum Autoritären wurde in jenen intellektuellen Kreisen der Autoren, die nicht mit der Bevölkerung gleichgesetzt werden dürfen, fast unisono aus dem Kaiserreich und vom preußischen Militarismus hergeleitet, wie es übrigens auch die Alliierten sahen. Auch Kogon, schon erwähnt, hat sich mehrfach darauf bezogen. Dabei ergänzt sich die

¹¹⁰ Cf. Werner Renz: *Fritz Bauer und das Versagen der Justiz. Nazi-Prozesses und ihre »Tragödie«*. Hamburg (CEP Europäische Verlagsanstalt) 2015, S. 7.

¹¹¹ Fritz Bauer Institut u.a. (Hrsg.): *Der Auschwitz-Prozeß. Tonbandmitschnitte, Protokolle und Dokumente*. Berlin (Directmedia) 22005, Das Verfahren: Die Straftaten der Angeklagten. Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozeß, S. 37361, 37361, 37347, vgl. Blatt 595 a-74f., 70, S. 454f., 450.

¹¹² Cf. Edith Raim: *Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949*. München (Oldenbourg) 2013.

historische Herleitung der Autoritätshörigkeit aus einer längeren Geschichte mit der Flucht der Zeitgenossen aus der Verantwortung durch den Verweis auf eben jene Autorität, wenn „allzu viele Deutsche“ die Schuld nur den Nazis und der „Verführung“ Hitlers zuschreiben.

„Mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge der Geschichte und eine untergründige Ablehnung der Möglichkeit, in gemeinsame tiefere ‚Schuld‘ verstrickt zu sein, verführt sie zu der Auffassung, das Regime dieser zwölf Jahre sei ihnen bloß durch eine kleine Clique verbrecherischer Abenteurer aufgezwungen worden [...]“¹¹³

Kogons Rückblick auf die preußisch-deutsche Geschichte sieht dort, aus heutiger Sicht wenig überraschend, zwei Quellen der Schuld: (1.) Die preußische Großmachtpolitik, verbunden mit ihrem Militarismus und dem Prinzip „Gewalt vor Recht!“ (S. 47), und, mit beidem verbunden, (2.) den preußischen Untertanengeist, anders gesagt: den Mangel an demokratischem und überhaupt Selbst-Bewusstsein. Dies weitete sich auf das gesamte Kaiserreich aus. Anders, als wir dies heute hinsichtlich der Außenpolitik sehen, stellt er dabei Bismarck und Wilhelm II. auf eine Stufe:

„Das Dritte Reich war darin der direkte und entartete Erbe der Zielvorstellungen und der Methoden der Bismarck'schen und Wilhelminischen Epoche, die in der Weimarer Republik unterirdisch weiterbestanden hatte, bis sie in der neuen, schrecklichen Gestalt hervorbrechen konnten.“ (S. 45).

Diese Kontinuitätsthese haben wir schon bei Unruh angesprochen.

In der Nachkriegszeit jedoch nicht opportun war es, das Militär mit auf die Anklagebank zu setzen, selbst die Ankläger in Nürnberg wurden dabei von ihren Regierungen oder Militärgouverneuren in Deutschland zurückgehalten.¹¹⁴ Lediglich die Generäle Keitel und Jodl wurden als Hauptkriegsverbrecher mit zum Tode verurteilt. In der jungen Bundesrepublik sollte Jodl sogar 1953 noch post mortem quasi rehabilitiert werden, was die US-Besatzungsbehörde¹¹⁵ aber verhinderte. Jahrzehntelang noch sollte, wie wir wissen, die Wehrmacht sakrosankt sein in Sachen Kriegsverbrechen, dabei hatte die Reichswehrrführung schon lange vor den Verbrechen Mitschuld an der Vorbereitung eines Angriffskrieges, Anklagepunkt in Nürnberg, seit sie sich drei Tage nach Hitlers Ernennung zum Reichs-

¹¹³ Kogon, *Das Dritte Reich...* (vgl. Anm. 100), S. 44.

¹¹⁴ Cf. Kevin Jon Heller: *The Nuremberg Military Tribunals and the Origins of International Criminal Law*. Oxford (Univ. Press) 2001, S. 61.

¹¹⁵ Das Besatzungsstatut galt noch bis zum Mai 1955.

kanzler seine Pläne zur Liquidierung des „Krebsgeschwürs der Demokratie“ und der „Eroberung von Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“ vortragen ließ und dies ganz offensichtlich billigte.¹¹⁶ Sie war das „eiserne Rückgrat“ von Hitlers Staat, wie Kogon schreibt (S. 55), und daher für alles mitverantwortlich, was geschah.

Kogon ging es jedoch weniger um die preußischen Offiziere als um den Geist des Militarismus, der sich in die Volksmentalität eingepägt hatte:

„Den Rest normalen zivilen Lebens gab das deutsche Volk gern dahin für *Uniformen*. Es ist schon so, daß die Deutschen von allen Kleidern, die ein Mensch tragen kann, die Uniform am heißesten begehrten. [...] Die Geltungssüchtigen wie die Masse der politisch Unsicheren fühlten sich durch die Uniform in eine feste Hierarchie aufgenommen, die sie schützte und sie der Mühe enthob, allein, auf sich gestellt, Hirn und Herz bewähren zu müssen; die Stiefel ersetzten den Charakter, die Kappen individuelles Denken, — es war entschieden leichter so.“¹¹⁷

Die Suche nach den Wurzeln des Übels in der fernerer Vergangenheit folgte dem Wunsch nach Erklärung des Unbegreiflichen, das nicht aus dem Nichts gekommen sein konnte. Doch nicht nur die kritisierte Einnegung auf den Nationalsozialismus war eine psychologische Strategie der Ausflucht, auch die Ausdehnung des Schuldhorizonts konnte dies bewirken. Nicht bei Kogon, wohlgemerkt: Während er die Verführten und mental Konditionierten nicht aus ihrer Vernunftfähigkeit und Gewissenspflicht entließ, neigten andere genau dazu und relativierten die Schuld der Zeitgenossen dadurch, sie als Opfer eines Schicksals gleichermaßen zu be- und entlasten. Dies gelang der Dichterin Marie-Luise Kaschnitz auf besondere Weise in der *Wandlung*: Sie erklärte dort die Deutschen „als die vornehmlichsten Träger eines geschichtlichen Willens, mit der Schuld einer ganzen Epoche beladen.“¹¹⁸ Damit wurde der nationalistische Wahn eines von einer geschichtlichen Vorsehung auserwählten Deutschlands noch in der Umkehrung zum Opfer dieses Verhängnisses – ein oft gebrauchtes Wort – reproduziert. Wir kommen darauf zurück.

¹¹⁶ Es gibt zwei unterschiedliche, aber nicht wesentlich divergierende Mitschriften, cf. <https://www.ns-archiv.de/krieg/1933/03-02-1933.php> und https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Rede_Adolf_Hitlers_vor_den_Spitzen_der_Reichswehr. Zum Kontext und zur Interpretation cf. Wikipedia: Liebmann-Aufzeichnung.

¹¹⁷ Kogon, *Das deutsche Volk...* (vgl. Anm. 105), S. 63.

¹¹⁸ Marie Luise Kaschnitz: *Von der Schuld*, in: *Die Wandlung*, 1. Jg., Nr. 2, Januar 1946, S. 147.

Verbreitete Tendenzen waren auch, die Schuld zeitlich auf die vorherigen Generationen zurück- und/oder geographisch in „den Osten“ zu projizieren. Letzteres war eine west- und süddeutsche und zudem stark katholisch geprägte Revanche gegen den preußischen Imperialismus, der Deutschland erobert hatte. Das erste und bleibende Resultat der Aufteilung Deutschlands in die Besatzungszonen und Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße war ja das Verschwinden Preußens von der Landkarte, förmlich bestätigt durch einen Kontrollratsbeschluss. Dessen westlich der Oder verbliebenes Territorium wurde zudem einer neuen Diktatur, noch östlicherer Herkunft, unterworfen, so dass ein pauschales Ressentiment gegen „den Osten“ mehrere Fliegen mit einer Klappe schlug.

Die Gründung des Weststaates wurde mental schon 1946 vorbereitet auch als Revanche des politischen Katholizismus über den preußischen Protestantismus und Bismarcks „Kulturkampf“ gegen die Zentrumsparterie zu Beginn des Kaiserreichs. Ein einflussreicher Vertreter des Antiprussianismus war der exilierte Marburger Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke, der mit seinem im Schweizer Exil 1945 veröffentlichten Buch *Die deutsche Frage*¹¹⁹ vielleicht den ersten Impuls dazu setzte. Damit fand er sofort Anklang bei Konrad Adenauer und wurde übrigens auch durch seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen ein Mitbegründer der später so genannte Sozialen Marktwirtschaft.

Ein Beispiel aus der *Deutschen Rundschau* illustriert die Verbindung von Vergangenheit und Aktualität im Ressentiment gegen den Osten:

„Daß es der Osten Europas war, in dem der Krieg sich entschied, daß es der Osten Deutschlands war, über den die furchtbarste Not kam, das war kein Zufall. Auf den Osten hin war Preußen ausgerichtet, vor dem Osten hatte es versagt, im Osten mußte die Entscheidung fallen, nicht nur militärisch und politisch, auch sozial. [...] Mit dem Osten dringen die Kräfte Asiens herein [...]“¹²⁰

Der Antiprussianismus argumentierte nicht nur historisch-politisch sondern auch über weiten Strecken völkisch-rassistisch und kehrte die NS-Ideologie, die das Preußentum in ihrem Nationalismus vereinnahmt hatte, gegen sich selbst. Federführend waren hier kirchliche Zeitschriften wie die der Dominikaner, wo erklärt wurde:

¹¹⁹ Wilhelm Röpke: *Die deutsche Frage*. Erlenbach-Zürich (Rentsch) 1945.

¹²⁰ Otto Heinrich v. d. Gablentz: Die Tragik des Preußentums, in: *Deutsche Rundschau*, 1. Jg., Mai 1946, S. 120.

„Preußen wurde immer geleitet von Ostelbien her und durchweg von Ostelbiern. [...] Der Ostelbier trägt slavische und germanische Erbanlagen in sich. [...] Die Gesamtheit des Volkes ist eine germanoslavische Mischung und trägt als Volk die Charakterzüge einer solchen Mischung. [...] Der Slave ist in hervorragendem Maße zum Leiden angelegt. Es ist unverkennbar, daß dieser Wesenszug höchste ethische Werte zu entfalten vermag. [...] Andererseits ist nicht zu leugnen, daß diese Leidensanlage zur Verkümmern führen kann.“¹²¹

Diese völkisch-psychologische, ja, geradezu rassenbiologische Darlegung erlaubte, die Untertanen-Mentalität der Slawen mit der Herren-Mentalität der Germanen in Einklang zu bringen und aus dieser hybriden Vermischung das Preußentum zu erklären. Darauf gab es heftige Reaktionen, die zum Teil in der Zeitschrift selbst abgedruckt wurden, zum Teil in anderen erschienen. Der Kern der Kritik daran war nicht von der Hand zu weisen: Fast alle NS-Führer kamen aus Süd- und Westdeutschland. In diesem Sinne wurde auch Kogons Analyse der preußisch-deutschen Geschichte als „Preußenhass“ kritisiert, auszugsweise in den *Frankfurter Heften* abgedruckt, und dabei auch die Ablehnung angesprochen, der den ostpreußischen Flüchtlingen damals im Westen entgegenschlug.¹²² Tatsächlich aber hat auch Kogon in seinem Artikel über die preußisch-deutsche Geschichte in dasselbe Horn gestoßen, wenn auch nur punktuell, wenn er das Ziel eines „preußisch-deutschen Einheitsdeutschlands“ durch „die ostelbische Brutalität“ erklärte.¹²³

Das Verhängnis über dem Abendland

Die Schuldzuweisung an „den Osten“ war nur eine Richtung der Verdrängung, die andere weitete den Schuldhorizont in alle Richtungen aus, denn es gab „eine Gesamtschuld der abendländischen Völker- und Kulturgemeinschaft.“¹²⁴ Man bedauerte die Entstehung des Nationalismus generell und überall und nicht erst in dessen eigentlichen Epoche (19. Jh.),

¹²¹ Laurentius Siemer: Das deutsche Volk und der Militarismus, in: *Die neue Ordnung – Zeitschrift für Religion, Kultur, Gesellschaft*. Herausgeber: Albertus-Magnus-Akademie der Dominikaner, Walberberg b. Köln, 1. Jg. 1946/47, S. 158-160.

¹²² Cf. in: „Preußens Macht und Politik – nein, deutsches Land und deutsche Menschen – ja!“ in: *Frankfurter Hefte*, 2. Jg., H. 7, Okt. 1946, S. 672-674.

¹²³ Kogon, Das Dritte Reich... (vgl. Anm. 100), S. 52.

¹²⁴ Hans Eduard Hengstenberg: »Der Übel größtes ist die unbeweinte Schuld, in: *Neues Abendland*, 1. Jg., Okt. 1946, S. 4.

sondern schon in seiner geistigen Vorbereitung. Während die säkularen Autoren auf Humanismus, Aufklärung und Vernunftdenken als Ziel des *Zurück zu den Wurzeln* rekurrten, stand dies für die religiösen Autoren bereits infrage, nämlich „inwiefern der moderne Mensch im Zuge der Rationalisierung [ratio = Vernunft] Schaden nehmen mußte an seiner Seele“¹²⁵, und sie sahen dort den Beginn des Abfalls von Gott und beriefen sich auf das christliche Fundament des Abendlandes. Für beide aber ging es um transnationale Werte, Europa oder Abendland, gegen das nationale Prinzip. „Die europäische Geschichte ist doch wohl erst dann ‚explosiv‘ geworden, namentlich im 19. und 20. Jahrhundert, als autonom menschliche Bestrebungen zunehmend zu einer Säkularisierung und Entchristlichung führten.“¹²⁶ Der weitestgehende Rückgriff erfolgte im *Neuen Abendland* im Eröffnungsartikel des erstens Hefts auf der ersten Seite: „Abaelard*, als der Begründer rationalistischer Denkungsweise, war der Anfang der Lockerung einer einheitlichen Geistesverfassung des Mittelalters, war der Vater der Irrungen.“¹²⁷

Schicksal und Verhängnis durchzogen auf die eine oder andere Weise die meisten Analysen, die „tiefere“ Gründe für die Katastrophe suchten, in welcher Richtung auch immer. In seiner ersten Vorlesung an einer deutschen Universität sagte der Historiker Siegfried Kaehler in Göttingen in einer Mischung aus Kritik und einfühlendem Verständnis unter dem Titel „Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte“:

„Das Verhängnis der Geschichte würde vom denkenden Menschen unserer Tage leichter zu ertragen sein, wenn er sich sagen könnte, daß unser Schicksal abhängt von großen und unbekannten Mächten unbekannter Art, deren Walten von außen in das Geschick der Menschheit hineingriffe.“¹²⁸

¹²⁵ Philipp Lersch: Der Mensch in der Gegenwart, in: *Geistige Welt*, 1. Jg., Nr. 1, April 1946, S. 2.

¹²⁶ O.M. von Nostitz: »Überwindung des Nihilismus?« in: *Stimmen der Zeit*, 1. Jg., 1946/47, N°8, Mai 1947, S. 146.

¹²⁷ Johann Wilhelm Naumann: „Neues Abendland“, in: *Neues Abendland*, 1946/47, 2. Jg., Nr. 1, März 1946, S. 1. – *Abaelard, literarisch bekannt aus der Liebesgeschichte Héloïse und Abaelard, war ein Theologe des 12. Jh.s, cf. <https://www.deutschlandfunk.de/petrus-abaelard-und-die-gesinnungsethik-100.html>

¹²⁸ Siegfried A. Kaehler: Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte. Eröffnungsstunde der Vorlesung über „Das Zeitalter des Imperialismus“ am 18.9.1945, in: *Die Sammlung*, 1. Jg., H. 3/1946, S. 140. Zit. nach Bernhard Zeller (Hrsg.): „Als der Krieg zu Ende war“.

Teufel, Dämonen, Infektionen

Von der christlichen Warte aus war es nicht weit, als Gegenbild auf den Antichristen zu verweisen: Der Teufel „ist der eigentliche Erreger der Geschichte. Ohne den Abfall, den Aufruhr wäre Geschichte nicht möglich“¹²⁹, schrieb im ersten Heft des *Neuen Abendlands* Reinhold Schneider, der herausragendste Vertreter der katholischen „inneren Emigration“, eine unklare Klassifizierung, da er aktiv seine oppositionelle Literatur verbreitete und sich am Ende vor der Gestapo verstecken musste. „Geschichte“ wird hier verstanden als vom Menschen in eigener Verantwortung gemachte und damit auch in ihrer Verirrung verantwortete Geschichte und somit als eine Art zweiter Sündenfall.

Radikaler konnte man von katholischer Warte aus nicht urteilen, doch auch säkulare Autoren äußerten sich ähnlich, wenn auch konkreter zum Thema. Meinecke schrieb bereits im Juni 1945 in der von der Militärregierung herausgegebenen *Münchener Zeitung* zu den Reichstagsbrandfolgen:

„Und dann kam der Terror über uns, und wir, die wir in dem blendend begonnenen Werke Hitlers von vornherein etwas Satanisches, dem Geiste christlich-abendländischer Kultur Feindliches spürten, mussten fortan schweigen. Man hat dieses Schweigen im Auslande vielfach missverstanden und als bloßen Mangel an Mut angesehen. Aber es war doch ein in der Geschichte niemals vorher so ingeniös geübter und unentrinnbarer Terror, der uns überwältigte.“¹³⁰

Das Adjektiv „blendend“ verrät allerdings auch, dass man sich bis dahin vom „Satanischen“ Hitlers blenden ließ und dass es folglich auch eine Möglichkeit zum Handeln vor dem Terror gab, die jedoch ausgeblendet wird (um im Bild zu bleiben): Erst war man ge- oder verblendet, dann wurde man terrorisiert. Eine andere Richtung, Hitler möglichst in die Ferne zu entrücken, war die Umkehrung der Rassenideologie gegen ihn selbst, und Meinecke zitierte hierzu einen anderen großen Historiker, Otto Hintze, über Hitler: „Dieser Mensch‘, so sagte mir Otto Hinze

Literarisch-politische Publizistik 1945.1950. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs im Schiller-Nationalmuseum Marbach a. N., München (Kösel) 1973, S. 59.

¹²⁹ Reinhold Schneider: Der Mensch vor dem Gericht der Geschichte, in: *Neues Abendland*, 1. Jg., Nr. 1, März 1946, S. 15.

¹³⁰ Friedrich Meinecke: Ein Wort zur Selbstbesinnung, in: *Münchener Zeitung*, 16.6.1945, übernommen in *Ausblick – Zeitfragen im Lichte der Weltmeinung*. Herausgegeben vom Alliierten Informationsdienst, H. 5/1945, S. 10. Zit. nach Zeller: „Als der Krieg zu Ende war“, op. cit., S. 40.

einmal, „gehört ja eigentlich gar nicht zu unserer Rasse. Es ist etwas ganz Fremdes an ihm.“¹³¹ Das „rassisch Fremde“ sei das „Balkanische“ in Hitler aus dem Habsburger Völkergemisch, erklärte ein anderer Historiker 1949 in der *Historischen Zeitschrift* Hintzes Ansicht.¹³² Der Balkan begann damit schon in den Alpen.

Der Teufel als „Erreger“ konnte auch quasi virologisch verstanden werden. „Der Nationalsozialismus war die widerlichste Erscheinungsform einer Krankheit, welche die gesamte Menschheit ergriffen hat“, schrieb Rudolf Pechel in der *Deutschen Rundschau*, Hitlers Machtergreifung „läßt sich nur ohne Rest begreifen, wenn man die letzte Konsequenz zieht und das Walten dämonischer, ja satanischer Kräfte anerkennt.“¹³³ In der *Gegenwart*, einer von renommierten Journalisten geführten, zweiwöchentlich auflagenstark erscheinenden Zeitschrift, charakterisierte Robert Haerdter die notwendige Entnazifizierung als „politischen Säuberungsprozeß [...], die Ausscheidung jenes antidemokratischen Giftstoffes aus dem deutschen Volkskörper, der ihn mit der verheerendsten Krankheit seiner ganzen Geschichte verseucht hatte.“¹³⁴ Deutlich kommt auch hier heraus, wie sehr die NS-Sprache adaptiert wurde.

„Das Dämonische in der Geschichte“ war ebenfalls Thema nicht nur eines Artikels in der *Wandlung*.¹³⁵ Der Soziologe Alfred Weber, jüngerer Bruder Max Webers und Mitherausgeber der Zeitschrift, erklärte das Phänomen einer „vorher für unmöglich gehaltenen Massenerscheinung“ der Umkehrung alles Moralischen, wonach „vorher ruhige, vielleicht nicht sehr urteilsfähige, harmlose Leute [...] sich nicht nur einem Haß-Begeisterungstaumel hingaben, nein, auch in realistisch-zynischer Überlegung nach dem Vollzug ihrer Haß-Instinkte suchten.“ Und zwar dadurch:

„Eine verdeckt und angekettet gewesene kollektive überpersönliche Macht war plötzlich aus ihrem Gefängnis ausgebrochen. [...] Es war das

¹³¹ Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, (Anm. 79), S. 89.

¹³² Gisbert Beyerhaus: Notwendigkeit und Freiheit in der deutschen Katastrophe, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 169, 1949, S. 74.

¹³³ Rudolf Pechel: »Das Wesen der deutschen Widerstandsbewegung«, in: *Deutsche Rundschau* n°5-6/1947, S.108. Auszug aus dem Buch von R. Pechel: *Deutscher Widerstand*. Zürich-Erlenbach (Rentsch) 1947.

¹³⁴ Robert Haerdter: Im Labyrinth der Säuberung, in: *Die Gegenwart*, 2. Jg., 31.5.1947, S. 9.

¹³⁵ Joseph Bernhardt: Das Dämonische in der Geschichte, in: *Die Wandlung*, 1. Jg, Nr. 5-6/1946, S. 502-521.

Hervorbrechen gewiß psychologisch stimulierbarer, gewiß unter besonderen Bedingungen geweckter, aber aus größern als psychologisch auslotbaren Tiefen kommender Kräfte. Es war wie eine plötzliche Verfinsterung, die eintrat, in der man den unheimlichen Flügelschlag der Mächte spürte, von deren Wirkungen man in den Geschichtsbüchern als von dem Auftreten von seelischen Massenepidemien gelesen hatte, die man aber niemals als wirklich, geschweige denn im eigenen Volkskörper möglich realisiert hatte. Der Flügelschlag dunkel dämonischer Mächte, es gibt keinen anderen Ausdruck, um ihre überpersönliche [...] Art zu bezeichnen.“¹³⁶

Mit solch einer okkulten Erklärung wird der ansatzweise vulgarisierte sozialpsychologische Ansatz, der weit hinter dem zurückblieb, wie ihn die Frankfurter Schule im amerikanischen Exil entwickelt hatte, der aber 1946 in Deutschland noch nicht bekannt sein konnte, von Weber durch das Unerklärliche „dunkel dämonischer Mächte“ selbst ad absurdum geführt, weil er statt einer Erklärung de facto eine Ent-Schuldigung liefert. Als Opfer seiner dunkelsten, ungeahnten Triebe gilt man als schuldunfähig, zumal wenn die Aktivierung dieser Triebe von außen kommt. Dies wird dann konsequent auch auf eine allgemeine politisch-historische Ebene übertragen, wonach

„die Massen offensichtlich, ohne daß sie es selbst verschuldet haben, infolge der historischen Verhältnisse weitgehend inkompetent geblieben sind zur Selbstregierung, nicht etwa bloß wegen der Enge des sachlichen Horizonts, der die Grundlage ihrer Urteilsbildung darstellt, sondern aus Defiziten der charakterlichen Formung.“ (S. 61f.).

Was nichts anderes heißt als: unfähig zur Demokratie. Webers Konzept einer Umerziehung, das er anschließend ausbreitet, beruhte somit auf einer Besinnung ohne Schuld.

Masse und Verführung

Das „Dämonische“ der „Masse“ führt uns zur je nach Autor mehr oder weniger vulgarisierten sozialpsychologischen Variante der Erklärungen. Sie verband alle Ansätze miteinander, die eine Überwältigung „von außen“ zur Ursache dessen machten, „was dem deutschen Volke widerfahren ist“, so paradigmatisch Hans Windisch mit seinem Buchtitel *Führer*

¹³⁶ Alfred Weber: Unsere Erfahrung und unsere Aufgabe, in: *Die Wandlung*, 1. Jg., Nr. 1, Nov. 1945, S. 54.

und Verführte.¹³⁷ Und dieser Ansatz verband die Macht von außen mit der Macht von innen (das Un- oder Unterbewusste), die sich gegenseitig stimulierten und die Kontrolle über das Ich übernahmen. Man erklärte das Phänomen der „Masse“ – ohnehin „ein Gespenst der europäischen Geschichte“¹³⁸ – als „Vermassung“, „Massenwahn“, „Massenhysterie“... im Spannungsbogen „zwischen Rausch und Panik“¹³⁹ zur Massenpsychose unter anderem mit den Handbüchern, die Hitler (und anderen) als Instruktion gedient hatten, allen voran die *Psychologie der Massen* (deutsch 1908) von Gustave Le Bon, aber auch, in der Nachkriegszeit viel beachtet, José Ortega y Gasset *Der Aufstand der Massen* (deutsch 1930).¹⁴⁰ Diese Psychose hatte nicht nur, aber vor allem die Deutschen ergriffen, für Windisch „ein Schulbeispiel für Massenbewegungen und Massenerregung“ (S. 72), und er konnte damit erklären, warum sie, vom Dämon befreit, wieder normal wurden. Deswegen

„das vergebliche Suchen jener Soldaten aus Übersee, die in Deutschland nach einem aus Bösartigkeit und Tücke bestehenden Volkes suchten und es nicht finden konnten, – erklärterweise, denn die Masse war wieder in die Ruhelage zurückgefallen. [...] Das Primat der Persönlichkeit war wieder in seine Rechte getreten. Wir wissen, daß die Siegersoldaten darüber fast verblüfft waren. Doch ist der Vorgang ein sehr natürlicher.“ (S. 76f.).

Die Deutschen waren gleichsam im Wortsinne „außer sich“ gewesen, Opfer einer „psychischen Umschaltung des Individuums in der Masse“ (S. 77), und daher individuell nicht schuldfähig. Die Beobachtung der „fast verblüfften“ Amerikaner war nicht falsch, das „fast“ offenbart aber untergründig, dass ihnen Zweifel bei dem kamen, was sie da sahen, und das war einer der Gründe für eine tiefgehendere Untersuchung durch die Entnazifizierung.

Wie die anderen wissenschaftlicheren Analysen des Phänomens Masse verstand es auch C. G. Jung in der Verknüpfung zwischen einer soziologischen und psychologischen Analyse. Die Anonymität der Masse läßt das individuelle Ich und seine moralische Kontrolle über sich selbst verschwinden, ja, kann das Moralische sogar in sein Gegenteil umkehren,

¹³⁷ Hans Windisch: *Führer und Verführte. Eine Analyse deutschen Schicksals*. Seebuck am Chiemsee (Heering) 1946.

¹³⁸ Stefanie Middendorf: „Masse“, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2013, <https://docupedia.de/zg/Masse>

¹³⁹ Windisch, ebd.

¹⁴⁰ Ausführlicher zu diesem Thema Laurien, op. cit. (Anm. 70), S. 148ff.

wonach Dinge, in Gedanken oder im Tun, gerechtfertigt werden, die man als individuell selbst nie gedacht oder getan hätte, das Aufgehen des Individuums im Ganzen hebt seine eigene Verantwortung für sich selbst auf. Eine rechtfertigende, weil die Verantwortung tragende Instanz von außen befreit unterdrückte Triebe und Leidenschaften des Inneren. Was jedoch eine allgemeine Entwicklung der industrialisierten Gesellschaft war und als solche oft genug analysiert wurde, traf in Deutschland nun auf eine besondere Empfänglichkeit dafür. Jung leitet diese aus einem kollektiven Minderwertigkeitskomplex der Deutschen ab, wie sie schon lange zuvor, wenn auch in anderen Worten, von Dichtern und Denkern festgestellt wurde – freilich nicht ohne selbst an dem Phänomen beteiligt zu sein. Die Germanomanie der Wagnerianer als Symptom der deutschen Mentalität hat Jung schon 1936 in einem anderen Aufsatz kritisiert¹⁴¹, in diesem hier kommt er auf Goethes Faust als Inkarnation des Deutschen zu sprechen, wie es ja auf der Gegenseite auch die Enthusiasten des „Faustischen“ durchaus sahen. Für Jung ist Faust jedoch nicht der Forscher des Sturms und Drangs, der die Welt erkennen und dadurch beherrschen will (...positiv gesehen!), sondern der in allem Gescheiterte, dem um alles zu erreichen nur der Pakt mit dem Teufel bleibt. (Zur selben Zeit hat Thomas Mann auch seinen *Doktor Faustus* geschrieben, der allerdings weiter weg von der historisch-literarischen Vorlage ist.) Und eine drastische pathologische Zuspitzung dessen war Hitlers Wahn, so gilt folgende Aussage auch verallgemeinernd: „Mir scheint, die Geschichte der letzten zwölf Jahre sei die Krankengeschichte eines Hysterischen. [...] Wunsch-erfüllendes Lügenglauben ist ein bekanntes hysterisches Symptom.“ (S. 80/100). Minderwertigkeitsgetriebene müssen sich über aus ihrer Sicht Minderwertige beweisen, in letzter Instanz durch deren Vernichtung.

Diese Logik leuchtet ein, aus dem Phänomenologischen heraus kommt Jung in vielem (nicht in allem) zu einleuchtenden Schlussfolgerungen, doch die Gründe für dieses kollektive Minderwertigkeitsgefühl bleiben vage. Ein Anknüpfungspunkt findet sich in dem von Kogon genannten Problem des „Geschichtsverständnisses“ der Deutschen, auf das wir noch genauer zu sprechen kommen.¹⁴² Auch verbleiben nicht wirklich aufgelöste Widersprüche hinsichtlich der Schuldfrage zwischen dem univer-

¹⁴¹ Carl Gustav Jung: Wotan, in: *Neue Schweizer Rundschau*, Neue Folge, 3. Jg., H. 11, März 1936, übernommen in: *Aufsätze...*, op. cit., S. 1-24.

¹⁴² Siehe nachfolgend, S. 73ff., ferner S. 81ff., 91f.

sellen (westlichen) Vermassungs- / Deindividuationsprozess und der speziellen deutschen Ausprägung, zwischen der entfesselten Macht der Triebe und des Unterbewusstseins auf der einen und den widerstehenden Instanzen des moralischen Instinkts und des Vernunft-Bewusstseins auf der anderen Seite; wie Fausts „zwei Seelen“ ist der Deutsche in besonderem Maße in sich gespalten: „Der Inhalt des kollektiven Unbewußten, die Archetypen, um die es sich bei psychischen Massenerscheinungen handelt, sind immer *bipolar*, d. h. *sie haben eine positive und eine negative Seite*.“¹⁴³ Im Nachwort im Buch kommt dann noch mehrfach zur Sprache, dass die gute Seite die böse im Menschen besiegen muss, doch das betrifft das Sich-wieder-gerade-Richten (S. 123). Das vorherige Unglück ist Verhängnis, kollektive Schuld im exkulpatorischen Sinne für das Individuum. So schreibt er es zwar nicht, aber so kann man es aber lesen.

In all dem unterscheidet sich auch die Analyse des Psycho-Wissenschaftlers nicht grundsätzlich von der anderer Autoren.

Fast alle dieser Exkulpationsriten – man kann es kaum anders nennen – hatte im Frühjahr 1945 bereits der in der Schweiz lebende protestantische Theologe Karl Barth phänomenal vorausgesehen:

„Man muß einmal damit rechnen, daß wahrscheinlich die übergroße Mehrzahl der deutschen Menschen noch heute faktisch kaum eine Ahnung davon hat, in welchem kollektiven Wahnsinn sie nun so lange gelebt haben [...] Man muß aber auch mit etwas Anderem rechnen, nämlich mit der merkwürdigen deutschen Eigenschaft, gerade über unangenehme politische Erinnerungen nachher großzügig hinwegzuleben und sie in ihr Gegenteil umzudeuten. [...] Man muß ferner damit rechnen, daß die Deutschen es lieben, auf jede politische Anklage alsbald mit einer Gegenanklage [...] zu antworten. Man muß weiter mit dem geschichtsphilosophischen Tiefsinn der Deutschen rechnen: sie lieben es überaus, sich bald als die Vollstrecker, bald auch als die Opfer großer, schicksalsmäßiger geschichtlicher Notwendigkeiten zu verstehen [...] Und man muß endlich mit dem religiösen Tiefsinn der Deutschen rechnen, der der Anerkennung eigener konkreter Schuld allzugerne damit ausweicht, daß er auf die große Wahrheit hinweist; vor Gott seien schließlich alle Menschen und Völker gleich schuldig [...]“¹⁴⁴

¹⁴³ Jung, *Aufsätze...*, Nachwort, S. 121.

¹⁴⁴ Karl Barth: *Zur Genesung des deutschen Wesens*. Stuttgart (Mittelbach) 1945, S. 41f. (»Die Deutschen und wir«, Vortrag in der Schweiz im Frühjahr 1945.)

Nach dem ersten Jahr der Zeitschriften ging der Stellenwert der „Besinnung“ bereits rapide zurück, quantitativ auch in den *Frankfurter Heften*, aber nicht qualitativ. Das heißt, nicht nur die Frage der äußeren Demokratie, der institutionellen Verfassung, sondern auch der inneren Demokratie, der geistigen Verfassung, blieb dort präsent und unterschied sich damit gravierend vom allgemeinen Trend. Kogons Bilanz im Januar 1948 sah in der, wie man heute sagen würde, „toxischen“ Mischung aus a) Verdrängungsdrang in der deutschen Bevölkerung, b) Umerziehungskampagne der Alliierten mit der „Eisenbart-Kur einer Zwangsbesinnung“ und c) materieller Not – alles zusammengefasst zu einer „allgemeinen materiellen und geistigen Entbehrungs-Pädagogik“, eine schwere Hypothek für die Zukunft und, was die geistigen Folgen der materiellen Situation angeht, durchaus auf europäischer Ebene:

„Bei einigen Völkern unseres Kontinents, zum Teil beim deutschen Volk, hat die Not des Lebens schon so sehr die baren Voraussetzungen des Lebens angegriffen, daß das politische Denken breiter Schichten schwer beeinträchtigt, in manchen Fällen sogar unter die Schwelle des Interesses überhaupt und damit in den erstickenden Sumpf irrationaler Empfindungen abgedrängt wurde.“¹⁴⁵

Darin verwies er auch auf seine im Jahr zuvor verfasste Feststellung, wie die Deutschen die Schwelle zum neuen Jahr überschritten hatten:

„Nur im Herzen ein Licht – bei weitem nicht alle, sondern nur die wenigsten –, den Verstand auf das Dunkel vor uns gerichtet, von dem wir in jedem Falle wissen, daß es bedrohlich ist. Es wird alles noch schwieriger werden, da der Anfang im Frühjahr 1945 so falsch war und die ungereinigte Luft unserer Nacht noch phosphoresziert vom verwesenden Nationalsozialismus. Das Alte besteht, es ist nicht beseitigt, es vergiftet, in Fehlern, Unterlassungen, Schwächen und vielerlei Irrsinn auf allen Seiten, das Dasein, lähmt unser Denken.“

Aber in einem unvergleichlich poetischen Bild erkannte er auch noch die Chance und die Risiken der Lage, in der sich Deutschland befand:

„Die Welt erscheint in einer anderen Sicht, wenn man liegt, – in der Niederlage. Der Zustand hat seine Vorteile und birgt Gefahren. Die Tagesgedanken werden flüchtiger, Vordergründiges tritt zurück, die Masse des Aufdringlichen; das Wesentliche weckt die Besinnung. [...] Aber dort, im

¹⁴⁵ Eugen Kogon: Das Jahr der Entscheidungen, in: *FH*, 3. Jg., H. 1, Jan. 1948, S. 17f., 20.

Kern unseres Selbst, gleitet das Denken auch leicht in das Unwirkliche hinüber, in das Täuschende, in Traum und Illusion.“¹⁴⁶

Demokratische Wiedergeburt¹⁴⁷

Für Kogon war der Blick zurück unabdingbar für den Blick nach vorn. Und dabei ging es auch um das Verständnis von Geschichte überhaupt:

„Die geistige Wiedergeburt Deutschlands setzt einen gründlichen Wandel der Geschichtsauffassung voraus, einen Rückblick, der die Kräfte des Unheils aufzeigt, damit sie nicht unerkannt in die Zukunft weiterzuwirken vermögen. Das staatsrechtliche Gefüge des neuen Deutschland, seine soziale Entwicklung und seine künftige Stellung im Kreise der europäischen Völker, die ihm heute auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit zutiefst mißtrauen, wird vom politischen Ergebnis dieser Selbstbesinnung mitabhängig sein.“¹⁴⁸

Natürlich beschäftigten sich auch die *Frankfurter Hefte* nicht nur mit den Lehren aus der Vergangenheit, den „Kräften des Unheils“, sondern auch mit Alltagsfragen, politischen und praktischen, dem Aufbau der neuen demokratischen Institutionen und der beunruhigenden politischen Entwicklung im Vorzeichen der Teilung Deutschlands und Europas.

Fritz von Unruh sah in der institutionellen Erneuerung geradezu eine Versuchung *gegen* die geistige Erneuerung, um die es ihm wie Kogon so sehr ging, und so rief er in seiner Rede in den Saal der Paulskirche:

„Widerstehen wir, wenn uns die ewigen Kompromißler und Ablasskrämer unserer Epoche das Gewissen wieder einlullen und korrumpieren wollen. Wenn sie uns von rechts und links zukreischen ‚Stecke deinen Wahlzettel in unseren Kasten hinein. Dann werden wir dir alle begangenen Sünden erlassen.‘“ (S. 43).

Das Bild des Ablasses hat der Luther-Verehrer gut getroffen. Tatsächlich erschien die Wiedererrichtung der Demokratie wie eine manifeste Absolution für die Sünden der Vergangenheit.

Dabei durchzog aber auch Skepsis die intellektuelle und politische Diskussion über eine neue Verfassung, zunächst auf Länderebene: Skepsis hinsichtlich des Souveräns dieser neuen Demokratie, dem Wahlvolk.

¹⁴⁶ Eugen Kogon: Über die Situation, in: *FH*, 2. Jg., H. 1, Jan. 1947, S. 17.

¹⁴⁷ Vgl. hierzu auch meinen Aufsatz: Robert Kempner, Eugen Kogon und die Demokratie „im Reagenzglas“ nach 1945, <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/analysen/>

¹⁴⁸ Kogon, *Das Dritte Reich...* (vgl. Anm. 100), S. 44f.

Dahinter stand die Erkenntnis, dass die Nazis zwar nicht in letzter Instanz an die Macht, aber bis zur vorletzten durch freie Wahlen gekommen waren, von der aus sie die Abschaffung der Demokratie einleiten konnten. Hinter der Skepsis versteckte sich aber auch die sublimierte Kollektivschuldthese, wonach man dem Volk doch nicht so trauen konnte. Die ganze Diskussion um die Verführbarkeit drehte sich letztlich darum.

Karl Jaspers schrieb über die Prinzipien der Demokratie im April 1946:

„Die Freiheit wird gesichert durch eine geschriebene oder ungeschriebene Verfassung. Es gibt jedoch keine absolut zuverlässige Maschinerie, die die Freiheit aufrecht erhielt. Daher besteht in freien Zuständen die Sorge, etwas Wesentliches, die Freiheit selbst, die Menschenrechte, den Rechtsstaat als unantastbar zu schützen, auch gegen vorübergehende Mehrheiten. Es muß etwas geben, was auch einer Entscheidung durch Wahlen entzogen bleibt.

Dadurch soll verhindert werden, daß durch demokratische Mittel die Demokratie vernichtet wird, daß durch Freiheit die Freiheit aufgehoben wird. Nicht abstrakte absolute Geltung demokratischer Techniken, daher auch nicht die mechanische Mehrheit an sich sind in jedem Fall der verlässliche Weg zum Ausdruck des dauernden, eigentlichen Volkswillens. Wenn diese demokratischen Techniken auch zumeist gültig sind, so bedarf es doch einer Einschränkung dort, aber auch nur dort, wo die Menschenrechte und die Freiheit selbst bedroht sind.“¹⁴⁹

Man erkennt hier den Grundgedanken, dass die (amerikanisch oder französisch) *unveräußerlichen* oder (deutsch) *unantastbaren* Menschenrechte auch verfassungsrechtlich *unveränderbar* sein mussten, was dann im Grundgesetz als Lehre aus der Weimarer Verfassung berücksichtigt wurde durch die Ewigkeitsklausel (Art. 79,3) für Art. 1 (Würde des Menschen), der übergeordnet alle nachfolgenden einzelnen Grundrechte einschließt. Eine Grundsatzbedeutung dieses Artikels, die durch zahlreiche spätere Urteile des Bundesverfassungsgerichts nur noch bestärkt wurde.

Allerdings erkennt man bei Jaspers hier auch das Dilemma des „dauernden, eigentlichen Volkswillens“, das die Geschichte der Demokratietheorie seit ihren Anfängen in der Antike und dann seit dem 17. Jh. beschäftigt hat, man denke an den „(All-)Gemeinwillen“ bei Rousseau. Es gilt die Volkssouveränität, das Mehrheitsprinzip – kann aber die Mehrheit des Volkes auch irren? Ja, leider. Der Gemeinwille zielt „auf das

¹⁴⁹ Karl Jaspers: Thesen über politische Freiheit, in: *Die Wandlung*, 1. Jg., Nr. 6, April 1946, S. 404.

öffentliche Wohl ab [...], woraus allerdings nicht folgt, daß die Beschlüsse des Volkes immer die gleiche Richtigkeit haben. Zwar will man immer sein Bestes, aber man sieht es nicht immer. [...] Oft wird es [das Volk] irregeführt, und nur dann scheint es das Schlechte zu wollen.“¹⁵⁰

Fast schon eine Exkulpation im Geiste der Nachkriegszeit! Schon in der Antike wurde sehr treffend die Verführbarkeit des Volkes durch die Demagogen („Volksverführer“) erkannt. Wer dies kritisierte, vertrat dann doch eine eher aristokratische Position oder jedenfalls eine demokratische Variante davon, die innerhalb der Demokratie auf die Führung der „Besten“ nach Fähigkeit setzte, bereits Perikles tat dies (wobei er wohl an sich selbst dachte). Das Prinzip der repräsentativen Demokratie sollte später eigentlich diesen Gedanken institutionalisieren.

Die fragliche Mündigkeit des Volkes für die neue Demokratie beschäftigte die Intellektuellen nach 1945 sehr, der Soziologe Alfred Weber folgte in seinem erwähnten Artikel in der *Wandlung* daraus die Notwendigkeit einer Massenerziehung durch eine gebildete Führungselite, die von der Verirrung unter den Nazis unberührt geblieben sei. Zweifellos dachte er da auch an sich selbst, doch die Bildungselite hatte sich mehrheitlich durch ihre, mindestens opportunistische, Selbstgleichschaltung an den Universitäten ad absurdum geführt – wer sollte nun diese Elite wiederum bilden (im doppelten Wortsinne)? So absurd dieser Gedanke erscheint, er war doch ein Grundproblem von Entnazifizierung und Um-erziehung. Auch Friedrich Meinecke plädierte für eine Volkserziehung durch „Goethe-Gemeinden“¹⁵¹ in jedem Ort, die die humanistischen Werte innerhalb einer Rückbesinnung auf das christliche Abendland wieder vermitteln sollten. Charakteristisch hierfür war, dass es dabei gar nicht um Demokratie ging, sondern um die Rückkehr ins Unpolitische, zur „Größe des deutschen Geistes“, und Meinecke letztlich weiterhin einer alt-konservativen Politikvorstellung anhing, wonach Politik die Aufgabe einer politischen Elite war, die zwar gewählt werden musste, die sich aber dem schuldig Triebhaften der Volksmassen möglichst entziehen sollte.

¹⁵⁰ Jean-Jacques Rousseau. *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. Herausgegeben von Hans Brockhad. Stuttgart (Reclam) 1977, S. 30. (Du Contrat Social, Amsterdam 1752).

¹⁵¹ Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Anm. 79), S. 174-176.

Radikal, aber eben auch pauschal, war dagegen die Erkenntnis im *Buchenwalder Manifest*: „Uns kann niemand umerziehen, wenn wir es nicht selbst machen.“ (Siehe oben, S. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**).

Nationalstaat, Föderalismus und Illusionen

Mit der Etablierung der Verfassungen in den Ländern 1946/47 schwand diese Skepsis gegenüber dem Wahlvolk verständlicherweise. Doch die damit verbundene Frage nach der Sicherung von Freiheit und Demokratie gegen ihre Aushöhlung von innen heraus wurde auch auf anderen Ebenen diskutiert und beantwortet. So gilt die Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes auch für die föderale Ordnung laut Art. 20 und den davon abhängigen weiteren Artikeln. Und tatsächlich war der Föderalismus ein Hauptthema der politischen Nachkriegsdiskussion, zunächst in den Zeitschriften, deren geographischer Schwerpunkt im süddeutschen Raum umso mehr dazu beitrug, dann auch auf der politischen Bühne.

Im Föderalismusgedanken konnte man mit antipreußischer Stoßrichtung an das (ur-)alte Deutschland erinnern, damit verbunden auch an vordemokratische Traditionen einer „organischen Verfasstheit“, wie es die Katholisch-Konservativen z.B. des *Neuen Abendlands* befürworteten, inklusive modernisierter „ständischer“ Aspekte; es konnte aber auch in Richtung einer relativ „direkten“ Demokratie im geographisch kleinen Raum durch regionale Autonomie gehen, indem man die Entscheidungsinstanzen so nah am Wahlvolk wie möglich hielt; und eine weitere Idee war eben eine Kontrolle zentralstaatlicher Institutionen durch die föderale Mitsprache, wie sie dann auch kam und Bedingung der Alliierten war. Die Auseinandersetzung dabei zwischen einer eher zentralstaatlichen Gewichtung, wie sie die norddeutsche SPD vertrat, und süddeutschen föderalistischen Idealen bestimmten längere Zeit die Auseinandersetzung im Parlamentarischen Rat und auch mit den Alliierten.¹⁵²

Der Nationalstaat stand noch unter anderen Aspekten in Frage. Zum einen konnte man sich kaum vorstellen, wie ein deutscher Staat so einfach wieder von den Alliierten zugelassen werden könnte. Dann zeichnete sich nach und nach die Teilung Deutschlands ab, schon mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946, deren Konsequenzen

¹⁵² Cf. Michael F. Feldkamp: *Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Die Entstehung des Grundgesetzes*. Göttingen (V&R) 2019, S. 18f., 36ff. – Ders., *Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz*. München (Langen Müller) 2023, S. 38-95.

jedoch nicht gleich gesehen wurden, obwohl Kurt Schumachers Kampf gegen die Kommunisten nichts zu wünschen übrigließ. Aber im Laufe des Jahres 1947 wurde dies schon deutlicher, zumal sich eine entsprechende Teilung Europas vollzog. Die Westdeutschen blieben also auf doppelte Weise den Westalliierten unterworfen, noch als besetztes Land, aber auch schon als beschütztes Land im Kalten Krieg. Durch die Teilung des Kontinents war der Blick auf die westlichen Nachbarn – von Adenauer schon 1945 gefordert – und der Ruf nach Europa eine logische Antwort auf diese Herausforderungen. Die *Frankfurter Hefte* waren da vorne dran: Angesichts des Ergebnisses des Weltkrieges, aber auch spezifisch von der deutschen Lage aus, schrieb Walter Dirks gleich zu Beginn: „Wir proklamieren das Ende des souveränen Nationalstaats“¹⁵³, und die Zeitschrift verfolgte stringent den Europa-Gedanken, Kogon selbst war Mitbegründer der Europa-Union Deutschland und deren erster Vorsitzender 1949-54.

Zu den Illusionen des Anfangs gehörten Vorstellungen von einem christlichen oder allgemeiner einem freiheitlichen Sozialismus. Ein anti-kapitalistischer Impuls war auch in Westdeutschland breit aber diffus in der Gesellschaft präsent, zum Teil wegen der Mitverantwortung für die NS-Herrschaft und den Krieg – hier weitgehend in Übereinstimmung mit den Alliierten –, zum Teil aber auch, weil man sich inmitten der Trümmerlandschaft ohnehin keine Neuauflage des Alten vorstellen konnte. Walter Dirks und Eugen Kogon waren energische Vertreter eines christlichen Sozialismus und Mitbegründer der CDU in Frankfurt. Die *Frankfurter Leitsätze* vom September 1945 trugen deutlich ihre Handschrift:

„Wir wollen ein *neues* Deutschland. Ein *ganz* anderes, als [es] durch das vergangene Regime zu einem Gegenstand des Hasses der ganzen Welt geworden ist, ein anderes aber auch, als es vor 1933 oder vor 1914 gewesen ist. Wir wollen heute nicht einfach da fortfahren, wo unsere Vorgänger 1933 aufhören mußten, so als ob seitdem nichts geschehen wäre. Wir wollen daher zuerst und vor allem, daß die Idee der Gewalt, die in fast zwei Jahrhunderten preußisch-deutscher Geschichte immer wieder wie eine geistige Krankheit unser Volk angesteckt hat, mit ihren letzten *Wurzeln* aus unserem politischen Bewußtsein verschwinde, die Idee der Gewalt nach innen und nach außen. Sie soll ersetzt werden durch die *Idee des Rechtes*.“¹⁵⁴

¹⁵³ Walter Dirks: Die zweite Republik, in: *FH*, 1. Jg., H. 1, April 1946, S. 16.

¹⁵⁴ Politische Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union, Stadtkreis Frankfurt, Sept. 1945, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/dokumente-zur-geschichte-der-cdu/-/content/1945-frankfurter-leitsaetze-cdu>

Dies enthält auch bereits die Kerngedanken Kogons zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Der christliche Sozialismus wird dann als „wirtschaftlicher Sozialismus auf demokratischer Grundlage“ beschrieben, mit der „Überführung in Gemeineigentum“ dessen, was man dann in der hessischen Verfassung die „Grundstoffindustrien“ nannte, sowie der Großbanken, insgesamt „ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgesichtspunkten, und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen“. Dieser Kurs, der anfangs auch andernorts die CDU prägte (berühmt ist das *Ahlener Programm*¹⁵⁵), geriet bald ins Abseits und Kogon wurde zu einem heftigen Kritiker der Restaurationspolitik.

Eine weitere Illusion war leider auch der leidenschaftliche Pazifismus, den Kogon in den weiteren Jahren verfocht. Seine Kritik an der Entwicklung in Ostdeutschland und Osteuropa korrelierte nicht mit der Bedrohung, die davon ausging, bzw. die man so empfinden musste. Wie wir heute wissen, verfolgte Stalin keineswegs die Weltrevolution, anders als Mao, aber eine sowjetische Machtpolitik, gegen die in Deutschland kein politisch-militärisches Semi-Vakuum bestehen bleiben konnte, d.h. nur die Präsenz amerikanischer Truppen. Auf einem anderen Blatt stand, dass die „Wiederbewaffnung“ oder, wie es offiziell hieß, der „Wehrbeitrag“ der Bundesrepublik jedoch mit alten Wehrmachtsoffizieren erfolgte und im Zeitgeist einer Rehabilitierung auch politischer Funktionäre des NS-Regimes bis hin zu ehemals faktisch an Kriegsverbrechen Beteiligten in der Bundesregierung (Theodor Oberländer).

Innere Demokratie

Zurück zum Ausgangspunkt. Es blieb und es bleibt immer die Frage nach der Verinnerlichung der Demokratie, die Kogons ständiges Anliegen war. Wie sehr auch die Demokratie institutionell geschützt sein mag, sie ist immer nur so gut oder so schlecht wie die Demokraten selbst. Und darum war es in der Nachkriegszeit nicht gut bestellt. Am Ende dieser Zeitspanne konnte Hannah Arendt bei ihrem Besuch in Deutschland vom August 1949 bis März 1950, wo sie an der Rettung jüdischen Kulturguts

¹⁵⁵ <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/das-ahleener-programm-und-die-dueseldorfer-leitsaetze>

beteiligt war, interessante Beobachtungen vor Ort machen. Eine davon bezieht sich auch auf die kontraproduktive Wirkung der Entnazifizierung:

„Es steht außer Zweifel, daß die Entnazifizierung eine ungute neue Interessengemeinschaft unter den mehr oder weniger Kompromittierten geschaffen hat, die aus opportunistischen Gründen mehr oder weniger überzeugte Nazis geworden waren. Diese mächtige Gruppe leicht dubioser Elemente grenzt sowohl jene aus, die ihre Integrität bewahrt haben, als auch jene, die mit durchschlagendem Erfolg in der Nazi-Bewegung aktiv waren. [...] So ist es dazu gekommen, daß nicht nur aktive Nazis, sondern auch überzeugte Nazigegner heute von mächtigen und einflußreichen Positionen in Deutschland ausgeschlossen sind.“¹⁵⁶

Von November 1945 bis zum Ende der Besatzungszeit führte das *Office of Military Government of the United States* (OMGUS) die schon erwähnten Meinungsumfragen durch. Auf die Frage „War der Nationalsozialismus eine schlechte Idee oder eine gute Idee, die schlecht umgesetzt wurde?“ antworteten die Befragten relativ konstant über den ganzen Zeitraum bis Anfang 1949 zu ca. 40% mit „schlechte Idee“ (sogar leicht abschwächend, 42% anfangs, 38% am Ende), und um die 50% mit „gute Idee, schlecht umgesetzt“ (mit ca. 10% ohne Antwort). Dies wurde auch durch Umfragen in der Französischen Zone bestätigt, wo sich 44% für „gute Idee, schlecht umgesetzt“ und 38% für „schlechte Idee“ aussprachen.¹⁵⁷

Was die Befragten unter der „schlechten Umsetzung“ verstanden, kann man vermuten: Dass der Krieg verloren wurde und vielleicht überhaupt, dass er stattgefunden hatte, da er nicht gewonnen werden konnte. Entsprechend äußerten um die 90%, dass ihr Vertrauen in Hitler gegen Kriegsende schwand, nur 35% hätten Hitler nie vertraut. Eine Gesamtschuld der Deutschen für den Krieg, weil sie die Regierung an die Macht brachten, befürworteten im Durchschnitt knapp über 20%.¹⁵⁸

Dies zeigt manifest die Problematik der fehlenden aufrichtigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, wie Kogon sie zu Recht für eine unabdingbare Voraussetzung für die demokratische Erneuerung hielt,

¹⁵⁶ Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*. Mit einem Vorwort von Henryk Broder und einem Portrait von Ingeborg Nordmann. Berlin (Rotbuch) 1993 S. 42f. Orig.: *The Aftermath of Nazi Rule: Report from Germany*, in: *Commentary*, Oct. 1950, S. 342-353.

¹⁵⁷ Merritt, *OMGUS Surveys* (Anm. 24), S. 33. – [N.N.] Die öffentliche Meinung, in: *Ausprache – Deutsch-französische Hefte*, Nr. 2/1948, S. 18f.

¹⁵⁸ Merritt, S. 206, 36.

ohne Kenntnis der OMGUS-Umfragen, die geheim blieben, mit Ausnahme der Reaktionen auf den Nürnberger Prozess.¹⁵⁹ Die Anonymität der Umfragen zeigte Zustimmungswerte zum Nationalsozialismus, die nie offen geäußert wurden. So stellte auch der Chefredakteur der *Wandlung* Dolf Sternberger im Juli 1946 fest, dass die Ausflucht der Deutschen vor der Schuld-Verantwortung vor allem durch die Tarnung der Heuchelei vonstattenging. Doch diese Tarnung war nicht nur oberflächlich:

„Beim Menschen bleibt die Mimikry nicht auf der Haut, sie dringt, wie flüchtig auch immer, unter die Haut und in die Seele vor. [...] Uns will scheinen, daß der Mensch kaum vor anderen heucheln kann, ohne selbst sich in seiner Rolle zu verfangen, ihr zum Opfer zu fallen.“¹⁶⁰

Die Schuld Diskussion erforderte auch einen weiteren Horizont. Wenn zu Beginn dieses Abschnitts von Kogon zitiert wurde: „Die geistige Wiedergeburt Deutschlands setzt einen gründlichen Wandel der Geschichtsauffassung voraus“, so war dies mehr als „nur“ die Lehren aus der jüngsten Geschichte mit ihren weiter zurückreichenden Wurzeln. „Geschichtsauffassung“ war bei Kogon weiter gedacht und kann heute noch weiter in diesem Sinne ausgeführt werden.

Täter, Opfer und Schicksal waren drei Identifikationspunkte, die viel enger miteinander verbunden waren als hier bisher dargestellt. Von ihren Geschichtsprofessoren und -lehrern dazu erzogen, sahen sich die Deutschen als „Täter“ im positiven Sinne, im nationalistischen Geist eines Führungsanspruchs in Europa und einer Europa prägenden Kraft im Mittelalter, und das Kaisertum als einen Status, den es immer wieder zu erlangen galt, nur nach 1945 war dies vorbei und schlug in sein Gegenteil um. Diese Dialektik durchzieht die Geschichte und die Geschichtsauffassung. Selbst diejenigen, die die „deutsche Größe“ nur im Kulturellen meinten – das Volk der Dichter und Denker – hatten Anteil an diesem Nationalismus in Zeiten ohne Staat, in der Kleinstaaterei und unter Fremdherrschaft (v.a. in der napoleonischen Ära). Aus der Mitte Europas heraus sei Deutschland zur Führung – und für National(sozial)isten zum Herrschen – bestimmt, sei daher von Neidern, Konkurrenten und Feinden umgeben (das eine erwächst aus dem anderen...), denen es dann auch immer wieder unterlag. So wurde seine vom Schicksal auserwählte Rolle in der

¹⁵⁹ Cf. Wie reagieren die Deutschen auf den Nürnberger Prozeß? In: *Nürnberger Nachrichten*, 27.2.1946, aus: *Der Nürnberger Lernprozess*, op. cit. (Anm. 91), S. 210-213.

¹⁶⁰ Dolf Sternberger: Heuchelei, in: *Die Wandlung*, 1. Jg., Nr. 8, Juli 1946, S. 548f.

Mitte Europas auch zu seinem Verhängnis und machte es abwechselnd zum Gestalter (Täter) und zum Opfer der Geschichte. Täterschaft war also immer mit Sieg verbunden, Opfer mit Niederlage, aber alles mit Schicksal.

War das „Unpolitische“ in den Deutschen, mehrfach erwähnt, verbunden mit ihrer Autoritätshörigkeit, *Resultat* der gescheiterten Revolution 1848 und der Aufstände davor um 1830 oder der *Grund* dafür?

Zweimal brach das Politische vehement durch: in den Revolutionen im März 1848 und Ende 1918. Doch entgegen dem neuen enthusiastischen Jubel anlässlich der 175-Jahr-Feier der 1848er Revolution 2023, wo die demokratischen Helden ins Licht gerückt und die angeblich „demokratische Verfassung“ der Paulskirche hochgehalten wurden, waren die März-Revolutionäre in der Paulskirche in der Minderheit oder gar nicht dabei und die Nationalversammlung beriet seit Ende 1848 noch eine Verfassung, die keineswegs demokratisch war (nur der Grundrechtskatalog, immerhin...), als landauf, landab von Berlin bis Wien die aufrechten Demokraten bereits ins Gefängnis kamen, wenn ihnen nichts Schlimmeres widerfuhr.¹⁶¹ Auch dies hat Kogon in unnachahmlicher Kürze und Präzision auf den Punkt gebracht: Die Paulskirche „hat den liberalen Rechtsstaat und den nationalmonarchischen Machtstaat zugleich proklamiert.“¹⁶² Doch der preußische König lehnte eine Verfassung aus der Hand des Volkes ab und die meisten Paulskirchenabgeordneten zogen nach Hause.

„Heute wird die Bastille gestürmt. Kommst Du mit?“ „Freilich!“ – Diese Nachbarnbegrüßung von Fenster zu Fenster über die Leutragasse Jenas hin geschah in Folge [...]“, nämlich regelmäßig, wenn der Historiker Heinrich Luden, seit 1806 Professor in Jena, seine Vorlesung hielt, wie es einer der Teilnehmer, Friedrich Hofmann, 1880 beschrieb.¹⁶³ Der deutsche Bastillesturm fand jedoch nur im Hörsaal statt und Luden selbst vertrat gar keine demokratischen Auffassungen, war für die Freiheit des Einzelnen, aber für eine ständisch verfasste „Nationalrepräsentation“ und alles in Allem damit ein Repräsentant des Zeitgeistes. Der fehlende

¹⁶¹ Cf. Wolfgang Geiger: Revolution und Paulskirche nach Wille und Vorstellung – Ein kritischer Zwischenruf zur 175-Jahr-Feier, in: *Geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische Bildung* 4/2023, S. 43-52.

¹⁶² Eugen Kogon: Rückblick auf 1848, in: *Festschrift für Gustav Heinemann*, 1973, hier zit. nach: Hubert Habicht (Hrsg.): *Eugen Kogon – ein politischer Publizist in Hessen. Essays, Aufsätze und Reden zwischen 1946 und 1962*. Frankfurt/M. (Insel) 1982, S. 401.

¹⁶³ Friedrich Hofmann: Ein Vorkämpfer für „Kaiser und Reich“. Dem hundertjährigen Geburtsfest desselben gewidmet, in: *Die Gartenlaube*, H. 15 / 1880, S. 245.

Bastillesturm erklärt auch das Scheitern der Paulskirche, denn, anders als die Franzosen, forderten die 48er zwar eine Volksbewaffnung, führten sie aber nicht selbst durch und überließen, frei nach dem Motto Mao Tse-tungs, den Fürsten die „Macht, die aus den Gewehrläufen kommt“.

So enthusiastisch die Märzrevolution begann, so wenig nachhaltig war ihre Stimmung insgesamt im Land. Die erste Phase der Französischen Revolution brachte auch nur eine Verfassung für eine konstitutionelle Monarchie hervor und radikalisierte sich später weiter. Doch von Anfang an wurde dem König die Verfassung aufgezwungen, die Revolutionäre behielten das Heft des Handelns. Die deutsche Revolution 1848/49 war dagegen wohl die einzige in der Geschichte, die den Monarchen, den preußischen König (aber auch alle einzelnen Monarchen) ernsthaft fragte, ob er denn das Ergebnis der Revolution annehmen möchte, und dies, nachdem er die Volksvertretung in Preußen selbst bereits aufgelöst hatte.

Trotz des revolutionären Elans zu Beginn konnten sich die Revolutionäre – wenn man sie überhaupt so nennen will – in der Nationalversammlung nicht zur politischen Selbstbestimmung durchringen. Dazu hätten eben auch die entsprechenden Machtmittel gehört. Und, wie schon gesagt, während in Preußen und in Österreich, das dann ohnehin ausschied, die Revolution im Winter 1848 ganz offen unterdrückt wurde, tagte die Paulskirche weiter, als ob nichts geschehen wäre.

Nach 1945 bestand die Chance, neu anzufangen, diese Selbstwahrnehmung aufzubrechen und die Geschichte nicht als Schicksal, sondern mit eigenem Handeln, eigenen Verfehlungen und eigener Verantwortung dafür zu erklären. Doch war es schwer, sich dieser traditionellen, verinnerlichten Geschichtsauffassung zu entziehen, ja, sich ihrer überhaupt erst gewahr zu werden. Zudem half sie alles zu erklären: Die Siege und Niederlagen, die Taten und Untaten. Beispiele für die Fortsetzung dessen im Opfer- und Entschuldigungsmodus wurden schon zitiert. Noch ein weiteres, sehr prägnantes: In der *Wandlung* schrieb Marie-Luise Kaschnitz 1946 einen schon angesprochenen Beitrag zur Schuldfrage zwischen Aufruf zur Besinnung und Tröstung durch das Schicksal. Wir zitieren ausführlicher, was oben nur verkürzt kam:

„Ich weiß, daß fast alle Menschen dieser Zeit Opfer solcher geheimnisvoller und unwiderstehlicher Mächte sind. Aber es scheint mir, daß in dem Schicksal unseres Volkes wie nie und nirgendwo die Entfaltung eines urkräftig bösen und guten Willens zum Ausdruck gekommen sei. Und es scheint auch, daß wir als die vornehmlichsten Träger eines geschichtlichen

Willens, mit der Schuld einer ganzen Epoche beladen, die Straße des Untergangs ziehen [sic].“¹⁶⁴

Das sind intellektuelle Darstellungen. Für den „einfachen Menschen“ damals stellten sich diese Dinge einfacher dar, und nach 1945 führte dies zur äußerlichen Akzeptanz einer schicksalshaft durch den „Zusammenbruch“ herbeigeführten Lage, während die Besinnung auf deren Ursache und Konsequenzen weit schwieriger war und weit weniger innerlich Akzeptanz fand. Die Franzosen und Amerikaner waren verblüfft von der Servilität, mit der sich nun Deutsche (natürlich nicht alle, aber auch nicht wenige) ihnen unterwarfen und ihre Dienste anboten, Landsleute anschwärzten, die vermeintlich oder wirklich verbotene Dinge taten (Schwarzhandel usw.), um sich bei den Besatzungssoldaten einzuschmeicheln, aber gleichzeitig meinten, auch vorher nichts falsch gemacht zu haben.¹⁶⁵ Tatsächlich verhielten sie sich dabei auch nicht anders als vorher.

Die Autoritätshörigkeit hat man vielleicht zu sehr mit einem *politischen* Untertanengeist erklärt, statt mit dem *unpolitischen* Geist des Untertanen, der sie nach anderen Analysen auszeichnet – bei aller Vorsicht überhaupt gegenüber solchen massen- oder volkpsychologischen Charakterisierungen. Ist es nicht die von Kogon und anderen festgestellte, für die Deutschen typische Trennung zwischen Privat und Öffentlich und die damit verbundene Distanz zum Politischen, das ja den *Citoyen* ausmacht?

In seinem diesbezüglich wichtigsten Text „Die deutsche Revolution“ schrieb Kogon im Juli 1946 unter anderem am Beispiel Goethes, Bezug nehmend auf ein Gespräch, das dieser mit dem erwähnten Historiker Heinrich Luden nach 1806 (Niederlage Preußens), führte. Darin, schreibt Kogon,

„äußerte der Weimarer Olympier [...], es sei klüger, ‚die Welt ihren Weg gehen zu lassen und sich nicht in die Zwiste der Könige zu mischen, in welchen doch niemals auf Ihre und meine Stimme gehört werden wird... Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein; diese Ideen sind in uns; sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen... Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen ist. Bei dem Schmerz blieb es; er wurde zu Wissenschaft und erhabener Dichtung. ‚Doch eine

¹⁶⁴ Kaschnitz, Von der Schuld, op. cit. (Anm. 118), S. 146f.

¹⁶⁵ Cf. Steinert, Zwischen gestern und morgen..., (Anm. 82), S. 54. – [Lerner, Notizen von einer Reise durch das besetzte Deutschland], (Anm. 18), S- 39.

Tat, behüte Gott!’, um mit Freiligrath vom deutschen politischen Hamlet zu sprechen.“¹⁶⁶

Im Anschluss an Goethe und auch Schiller, den gleichwohl politischen, bilanziert Kogon:

„Ja die Heroen des deutschen Geistes trugen, während sie in der politischen Praxis Philister blieben, durch ihre politischen Ideen, die wenig oder nichts mit der konkreten Wirklichkeit zu tun hatten, sogar zu deren Verfestigung bei, statt sie mit der Kraft ihrer hohen Einsichten umzuwälzen. [...] Stattdessen wurde die Trennung von Politik und Geist, in der auch die Trennung von Politik und tieferer Sittlichkeit begründet ist, zu einer allmählich für Tugend gehaltenen, sorgsam gepflegten und gehegten Nationalerbschaft.“ (ebd.).

Man kann die Situation nach 1806 trotz aller Unterschiede in manchem mit der nach 1945 vergleichen. Über Deutschland, das zerfallende Kaiserreich, hatte Napoleon gesiegt, der sich inzwischen zwar auch schon zum Kaiser gekrönt hatte, weil er den seit dem Dreißigjährigen Krieg verbliebenen Glanz der Deutschen als Führungsmacht auch symbolisch für Frankreich beerben wollte. Aber mit Napoleon kamen trotzdem bürgerliche Freiheiten nach Deutschland, für die viele Deutsche, von der Französischen Revolution begeistert, zuvor verfolgt worden waren. Doch die gesellschaftliche Umgestaltung ging selbst in diesem historischen Moment der Schwäche nicht von unten aus, sie wurde entweder von Napoleon erzwungen oder die Herrschenden wurden von ihren Beratern dazu gebracht, mehr Freiheiten zu gewähren, damit, so das Argument von Minister Hardenberg in Preußen, nicht doch noch eine Revolution wie in Frankreich die Fürstenmacht ganz stürze. Eine vermutlich unbegründete, aber wegweisende Furcht, weil sie der „Revolution von oben“ den Weg wies.

In diesem historischen Moment war es kein Untertanengeist, der die zur Revolution von unten Berufenen davon abhielt, aktiv zu werden – es gab sie, aber zu wenige –, sondern, so scheint es, ein viel grundlegenderer Fatalismus, wonach die Geschichte immer über die Deutschen entschied und nicht die Deutschen über sie. Und dies zeigt sich gerade bei ihren Geistesgrößen, die, wie Schiller lieber beim „Weltgeist“ ihren „Trost suchten“, von Hegel mit höchsten philosophischen Weihen versehen, als zur irdischen Freiheit strebten, die auch Verpflichtung gewesen wäre. Die

¹⁶⁶ Kogon, Die deutsche Revolution, in: *FH*, 1. Jg., H. 4, Juli 1946, S. 19. – Bezug auf Freiligraths Gedicht „Hamlet“.

Quintessenz aus der militärischen Niederlage verleitete umso mehr zu dieser politischen Resignation, wie sie Schiller (gest. 1805) schon im Voraus 1801 in dem hinterlassenen Gedichtfragment „Deutschlands Größe“ zum Ausdruck gebracht hat, auf das sich Kogon bezieht.¹⁶⁷ Darin mahnt Schiller, dass des Deutschen Größe nicht auf dem Schlachtfeld (= in der Politik) liegt, sondern in des Geistes Größe. Dies nahm nun Fritz von Unruh wiederum positiv auf, aber pazifistisch, nicht unpolitisch.

Es ist eine Resignation, die sich angesichts der sich andeutenden und dann 1806 vollzogenen Niederlage auch in Aufbruch hätte wandeln können, der neuen Zeit zu folgen. So schreibt Kogon:

„Diese Flucht aus der politischen Wirklichkeit, welche in einer dauernden, unmittelbaren Auseinandersetzung zu bewältigen und zu gestalten war, so daß sich ein politisches Bewußtsein des Einzelnen und der Nation wie bei anderen Völkern entwickelt hätte, und der umso innigere, die Geister beglückende, direkte Trostverkehr mit dem ‚Weltgeist‘ hatten vielfach eine naive, in den Wirkungen aber bösertige Verkennung der geschichtlichen Tatsachen und Kräfte zur Folge [...]“ (ebd.).

Und im Transfer zur 1848er Revolution ergänzt er:

„Die politische Kraft des deutschen Geistes, der keine Machtpositionen besaß, reichte niemals aus, um sie sich zu schaffen. Er fand nicht einmal im Frankfurter Parlament, dieser erlauchten Versammlung des besten deutschen Liberalismus, an die sich so viele Hoffnungen geknüpft hatten, den Anschluß an die wirklichen Faktoren einer anderen deutschen Zukunft.“ (S. 21).

An diesem Punkt konvergieren und divergieren Kogon und Unruh zugleich: Beide konstatierten und bedauerten die Trennung von Geist und Gesellschaft/Politik. So fragt Unruh: „Ist zwischen der Tat-Wirklichkeit unseres Volkes und der Geist-Wirklichkeit seiner Dichter und Denker jede Bindung verloren?“ (S. 43). Doch er setzt auf die Erneuerung des Idealismus, wie Waltraud Wende-Hohenberger analysiert:

„Daß ‚Geist‘ und ‚Idee‘ die Welt bewegen, daß der ‚Wille zur Freiheit‘ – als Antithese zu Friedrich Nietzsches ‚Willen zur Macht‘ – die entscheidenden Kategorien der Märzrevolution waren, wird als bewundernswerte Leis-

¹⁶⁷ Deutsche Größe, ein unvollendetes Gedicht Schillers, 1801. Nachbildung der Handschrift im Auftrage des Vorstandes der Goethe-Gesellschaft, herausgegeben und erläutert von Bernhard Suphan. Weimar 1902, S. 5.

<https://archive.org/details/deutschegrosseeinunvollendetesgedichtschillers> – Cf. Kogon, Die deutsche Revolution, in: *FH*, 1. Jg., H. 4, Juli 1946, S. 19.

tung im Rahmen der 48er Bewegung positiv herausgestellt. [...] Der deutsche Idealismus, das Vertrauen auf die Veränderbarkeit der Welt durch Geist und Glaube, ist die Basis, von der aus er einen Angriff auf die inhumane Staatsverfassung speist.“¹⁶⁸

Doch 1848/49 zeigte auch die Grenzen dieser Macht des Geistes. „Mächtig seid ihr nicht in Waffen“, das wiederholte Credo des Pazifisten Fritz von Unruh, auf Hölderlins Prophetie bezogen – „Wo du, Germania, waffenlos Rat gibst den Königen und Völkern der Erde.“(ebd.) – so wie Kogon umgekehrt kritisch auf Schiller, war die Tragik der 1848er Revolution. Das Aufscheinen des Politischen in der Geist-Wirklichkeit vermochte noch keine ausreichende Politisierung in der Tat-Wirklichkeit herbeizuführen. Die Entpolitisierung zuvor, so kann man Kogon folgen, schwächte das Momentum der Politisierung 1848.

„Die Deutschen lieben die Verwirklichung nicht“, begann Walter Dirks zunächst rätselhaft in der ersten Ausgabe der *Frankfurter Hefte* seinen Eröffnungsartikel „Die Zweite Republik“, und meinte damit die Furcht, das Ideal durch Kompromisse mit der Realität zu verraten. Da war er nah bei Kogon. „Sie neigen dazu, an die Selbstverwirklichung des gepredigten Ideals zu glauben.“¹⁶⁹ Es fehlt nicht an Ideen, es fehlt am Willen zur Tat – und folglich auch an der Befähigung dazu. Das leitet Dirks' negative Bilanz der Weimarer Republik angesichts ihres Endes ein, deren äußere Verfasstheit keiner inneren entsprach – nicht in dem Sinne, wie wir das heute oft lesen: als Mangel an demokratischem Bewusstsein, sondern als Mangel an Gemeinsamkeit und Koalitionsfähigkeit der Demokraten zur Verteidigung dieser Republik, womit er vor allem die katholische Arbeiterschaft, den politischen Katholizismus überhaupt (die Zentrumspartei) sowie die demokratische Arbeiterbewegung (SPD, Gewerkschaften) meinte. Das Abstrakte und das Praktische in diesen Überlegungen, scheinbar weit voneinander entfernt, kommen dann doch recht nah zusammen.

Nochmal zurück zum 19. Jahrhundert: Die Flucht in die Innerlichkeit, verstärkt einerseits in der Romantik und im Biedermeier, aufgrund der Überforderung durch die politischen Umstände war auch eine Art Flucht vor der Freiheit in die Akzeptanz des Autoritären, weil die Freiheit Entscheidung und Mut gegen etwas erforderte, was seit jeher als *schicksalshaft*

¹⁶⁸ Wende-Hohenberger, *Ein neuer Anfang?* op. cit. (Anm. 1), S. 193f.

¹⁶⁹ Walter Dirks: Die Zweite Republik. Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie, in: FH, 1. Jg., H. 1, S. 17.

empfunden wurde. Viele hatten diesen Mut, aber nur eine Minderheit, selbst 1848. Die meisten fügten sich in das Schicksal, das vermeintlich herrschte, und suchten ihre Freiheit im Inneren. Es war eine evasive Freiheit, ein Rückzug aufs Ich, kein Aufruf des Ich an die Welt zur Tat. Kogon, und nicht nur er, sah darin einen typischen Zug des Protestantismus: „Denn er trennte das Gewissen, das er dem Schöpfer unmittelbar verbunden sah, auf den religiös-kirchlichen Raum es beschränkend, vom Machtgetriebe des irdischen Staates [...].“¹⁷⁰ Damit war aber das Luthertum gemeint, der Calvinismus entwickelte in der Nachfolge seines Begründers ein anderes Verhältnis zur Politik. Und dann muss man sich hier fragen, ob der Katholik Kogon nicht noch einmal den Kampf um die Reformation ausfechten wollte, so wie andere Autoren in den deutlich katholischeren Zeitschriften, und dafür Luthers von Unruh so gepriesenen Kampf gegen die Autorität dialektisch umkehrte. Das beharrende Moment in der Geschichte, der Widerstand gegen die Aufklärung und demokratische Forderungen, lag in Europa jedoch eindeutig auf katholischer Seite.

Und wieder zurück zur Nachkriegszeit: Die Umfragen des OMGUS lieferten eine Bestätigung dieser im konkreten Sinn apolitischen Haltung der Deutschen. „Sind Sie an politischen Dingen interessiert oder überlassen Sie dies lieber Anderen?“ war eine Frage, auf die 1946-49 durchschnittlich 67% der Befragten mit der zweiten Alternative antworteten. Nur 50% fühlten sich ausreichend informiert, die anderen erkannten also selbst Defizite, legitimierten dies aber durch ihr Desinteresse.¹⁷¹ Nun war dies in einer Zeit, als das Schicksal vermeintlich besonders schwer zuschlug, aber in der es auch alle Möglichkeiten für eine innere und äußere Befreiung vom ewigen Verhängnis gab, mehr als in der napoleonischen Zeit, als die alten Mächte, wenn auch beschränkt, weiter existierten.

Allgemein kann man heute noch sehen, dass der eigenständige Anteil der deutschen Politik durch die wieder oder neu gegründeten Parteien im Aufbau der demokratischen Institutionen nach 1945 viel zu gering und das „Diktat“ der Besatzungsmächte viel zu groß eingeschätzt wird. Damals meinten auch 40% der Befragten, dass die deutschen Politiker für ihr Eigeninteresse arbeiteten statt für das Gemeinwohl, 50% sahen immerhin das Gegenteil, was aber für eine nach der Diktatur entstehende Demokratie trotzdem ein vernichtendes Zeugnis ist (S. 46) und noch einmal die

¹⁷⁰ Kogon, *SS-Staat*, 1946, S. 333; Gericht und Gewissen, FH, 1. Jg., H. 1, S. 33.

¹⁷¹ Merritt, *OMGUS Surveys* (Anm. 13), S. 43f.

Stimmung der Endphase der Weimarer Republik reaktualisiert. 39% wussten Bescheid, dass der Parlamentarische Rat eine Verfassung erarbeitete und ebensoviele bzw. -wenige bekannten eine Kenntnis dieser Verfassung (S. 47), obwohl das Grundgesetz in allen Zeitungen veröffentlicht wurde. Gewiss war das eine pauschal formulierte Frage und daher auch vage Aussage. Aber insgesamt ergibt sich schon daraus, dass die neue Demokratie offenbar als gegeben hingenommen wurde wie alle vorherigen politischen Verhältnisse auch, leider haben wir keine vergleichbaren Untersuchungen zur Weimarer Republik, aber die eigenständige Revolution 1918/19 hatte eine wesentlich massivere Politisierung zur Folge.

5. „Nie ist Demokratie ein Zustand, immer eine Forderung.“ – Demokratie in Frage heute

Es muß etwas geben, was auch einer Entscheidung durch Wahlen entzogen bleibt. Dadurch soll verhindert werden, daß durch demokratische Mittel die Demokratie vernichtet wird, daß durch Freiheit die Freiheit aufgehoben wird.

Karl Jaspers, 1946

Immer wieder habe ich betont – und dies ist überhaupt der Kern der vorliegenden Darlegung –, dass für Kogon, und zwar zu Recht, die „innere“ Demokratie, die moralisch-demokratische Überzeugung, Voraussetzung für die „äußere“, die politisch-institutionelle Demokratie ist, und dass dies damals auch ein anderes „Geschichtsverständnis“ erforderte. Damit war nicht nur der Blick auf die Vergangenheit gemeint mit der Lehre aus der Geschichte, die sich in einem banalen „Nie wieder!“ erschöpft, sondern ein historisch-politisches Selbstverständnis, das zu einer demokratischen Identität gehört, und damit, wie sich der Einzelne im politischen Geschehen sieht und versteht, damals, früher und zukünftig.

Wenn wir im Folgenden von Lehren aus den Lehren der Geschichte sprechen und auf die gegenwärtige Lage der Demokratie kommen, so wohlgemerkt nicht spezifisch *als Deutsche*, sondern *als Demokraten*, die auch darüber besorgt sind, was in anderen Ländern derzeit geschieht.

Es ging damals um eine „Erziehung zur Mündigkeit“, wie sie zwei Jahrzehnte später der Soziologe Adorno als ständige und damit bleibende Aufgabe formulierte¹⁷²: sich aus der traditionellen Position des einerseits unpolitischen, andererseits untertänigen, d.h. seiner Eigenverantwortung entfliehenden Staatsbürgers zu befreien. „Nie ist Demokratie ein Zustand, immer eine Forderung“, erklärte Kogon auf dem Soziologentag 1948 in Worms, und in den *Frankfurter Heften*: „Daher ist Demokratie [...] niemals ein Zustand, sondern immer eine so gewaltige und so schwere Aufgabe“¹⁷³, angesichts einer restaurativen Wende der jungen Bundes-

¹⁷² Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit, Gespräch im Hessischen Rundfunk, gesendet am 13.8.1969, abgedruckt in: Ders., *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969*. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1970.

¹⁷³ Eugen Kogon: Der Terror als Herrschaftssystem, Referat auf dem 9. Deutschen Soziologentag 1948, in: *Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, I. Serie, IX.

republik, über die er später sagte: „Die Vergangenheit ist in der Bundesrepublik nicht moralisch, sondern politisch bewältigt worden – in einer internationalen Konstellation der Interessen und Kräfte, die dem auf das nachhaltigste zuträglich war.“¹⁷⁴ Damit war der Kalte Krieg gemeint, der die Schublade des Vergangenen schloss. Dabei hatte Kogon nach der Befreiung auf die „Wiederbegegnung von Geist und Politik“ gehofft¹⁷⁵, hierin eine gewisse Parallele zu Unruh (vgl. oben S. 87), da hier die Betonung auf dem „Geist“ lag, doch nach Kogons eigener Langzeitanalyse deutscher Geschichte hätte er sagen müssen: die „Erstbegegnung von Geist und Politik.“

Die Flucht aus der Verantwortung im Kleinen und Großen war und ist strukturell jene Flucht aus der Freiheit aus Furcht vor ihr, deren drastische Ausprägung Erich Fromm 1932 analysiert hat (vgl. oben, S. 40). In Zeiten großer Herausforderungen entsteht diese Versuchung in die Flucht vor der Entscheidung durch deren Abgabe an andere, alle Diskussionen, alle Entscheidungen, alle Stellungnahmen zu Fragen, die einen zu überfordern scheinen. Es ist gewiss nicht mehr dasselbe, von dem Erich Fromm noch 1957 in einem Radiobeitrag zur „autoritären Persönlichkeit“ sagte: „Man macht sich klein, um – als Teil des Großen – groß zu sein. Man will Befehle erhalten, damit man nicht in die Notwendigkeit kommt, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen.“¹⁷⁶ Hier geht es nicht mehr um Befehle, sondern um Ersatz für eigene Mündigkeit durch Abgabe an andere, denen man ebenso blindlings folgt: In der Radikalität des „Alles wird anders!“ liegt das Versprechen und die Illusion, dass dieser „gordische Knoten“ scheinbar auf einen Schlag gelöst werden könnte.

Dies entspricht auch der Analyse von Karl Jaspers 1930, vor der Septemberwahl, Hitler war noch kein Thema, in *Stichworte zur geistigen Situation der Zeit*: „Das Wesen der Freiheit ist Kampf“, nämlich diese Herausforderungen aufzunehmen, aber die „Entscheidungslosigkeit wurde zur

Band, Tübingen (Mohr) 1949, S. 131; zuerst in *FH*, 3. Jg., H. 11, November 1948, S. 1001, und in den Neuauflagen vom *SS-Staat* ab 1948 als neues erstes Kapitel eingefügt; Ders., Die Aussichten der Restauration. Über die gesellschaftlichen Grundlagen der Zeit, in: *FH*, 7. Jg., H. 3, März 1952, S. 167.

¹⁷⁴ Vorwort von 1977 zu Eugen Kogon: *Der SS-Staat*. München (Heyne) 1977, S. 9.

¹⁷⁵ Zit. nach Michael Kogon, Eugen Kogon – Leben und Werk (Anm. 11), S. 14.

¹⁷⁶ Erich Fromm: Zur Struktur der autoritären Persönlichkeit, Radiobeitrag im RIAS, Januar 1957, Erstveröffentlichung unter dem Titel „Die autoritäre Persönlichkeit“ in: *Deutsche Universitätszeitung*, Jg. 12, Nr. 9, 1957, S. 3.

Form des Friedens“, sie „gibt ihm [= dem Einzelnen] das gute Gewissen, das Rechte zu tun und zu sein, wenn er sich so verhält, daß die eigentlichen Entscheidungen nie verlangt werden“¹⁷⁷, d.h. von ihm. Im Nachwort von 1946 schrieb Jaspers, dass sein Buch trotz allem, was in der Zwischenzeit geschehen war, „heute wie damals gültig“ sei (S. 194).

Freiheit und Verantwortung

Nun kann man sagen, die Westdeutschen sind auch ohne ausreichende innerliche Überzeugung zu Demokraten geworden, unter dem Zwang der Verhältnisse... – weil sie es nicht von sich aus konnten, schwingt da mit. Ist dies auch eine sublimierte Kollektivschuldthese, die zur Kollektiventschuldigung wird? Der Beginn der Weimarer Republik und ihr Funktionieren bis 1930 hat, wie dargestellt, die These von der Demokratieunfähigkeit widerlegt. Und es waren nicht primär die *Wähler*, die sie dann in den Abgrund gestürzt haben, sondern zuerst die *Gewählten*, in Verbindung mit einer Verfassung, für die man keinen Schutz gegen ihren Missbrauch vorgesehen hatte.

Auch der demokratische Neuanfang nach 1945 in Westdeutschland war, wie bereits gesagt, weitaus mehr auch eine *deutsche* Aufbauleistung, als es immer mit Verweis auf die Besatzungsmächte minimiert wird.¹⁷⁸ Ähnliches gilt auch für die Wende in der DDR 1989 und die dann mit großer Zeitverzögerung und der Erfahrung einer zweiten Diktatur in der Bundesrepublik ankommenden Ostdeutschen. Doch während die friedliche Revolution ein grandioses Zeugnis des Freiheitswillens war und der Mauerfall keineswegs ein „Versehen“ oder die Folge des „Versprechers“ von Schabowski bei der Pressekonferenz am 9.11.1989, wirft die politische Entwicklung drei Jahrzehnte danach erhebliche Fragen auf – aber nicht nur in Ostdeutschland.

Es stimmt, es war und ist immer einfacher, dem Druck von außen zu folgen: Das Korsett der Demokratie hat die Deutschen im Westen erst gestützt und dann geformt und vor allem die nachwachsenden Generationen. Dies geschah lange Zeit und selbst in schwierigeren Phasen eher in

¹⁷⁷ Karl Jaspers: *Stichworte zur geistigen Situation der Zeit*. Berlin / New York (de Gruyter) 1931, ⁵1932, 1946, 1979, S. 153f.

¹⁷⁸ Das wird dann an anderer Stelle ausgeführt werden müssen.

der Schönwetterperiode der Demokratie als bei Unwetter. Doch gerade in schlechten Zeiten ist die Demokratie noch viel notwendiger als in guten.

Den Ostdeutschen hat dieses Korsett vielleicht gefehlt, insofern, als es sie institutionell zwar stützte, aber nicht in demselben Maße innerlich formte wie seinerzeit die Westdeutschen, diese mussten von außen im Krieg befreit werden und gingen schuldbeladen – kollektiv gesprochen, aber nicht im Sinne der Kollektivschuldanklage gemeint – in die neue Demokratie. Die Ostdeutschen hatten, gewiss auch dank günstiger äußerer Rahmenbedingungen, ihre Befreiung durch die Revolution selbst bewirkt. Sie wurden damit übergangslos von einer Totalbestimmung ihres Daseins durch den SED-Staat in eine Freiheit gestürzt, die sie trotzdem wieder zu Objekten der Geschichte machte und nicht die freien, sich selbst bestimmenden Subjekte auf Augenhöhe mit dem Westen bleiben ließ, die sie einen Moment lang 1989/1990 waren. Da vereinigte sich ein Fünftel Ost mit vier Fünftel West zum Ganzen.

So waren sie im vereinten Deutschland auch quer durch die Parteien (mit Ausnahme der PDS) repräsentativ nur eine Minderheit und zudem auch materiell-finanziell von der West-Mehrheit abhängig, die im Bundestag die Politik bestimmte. Doch hätten die ostdeutschen Länder im Bundesrat ihre Stimme auch noch mehr zu manchem Thema erheben können. Die aus dieser nicht nur aufgezwungenen Abhängigkeit mit 30 Jahren Verzögerung entstehende Propaganda von der „kolonialen Unterwerfung“ durch die Westdeutschen hätte besser in die Jahre des „Aufbaus Ost“, die „Abwicklung“, gepasst, in denen erst die Massenarbeitslosigkeit den Osten heimsuchte, obwohl die Charakterisierung mit diesen Worten („koloniale Unterwerfung“) auch damals massiv übertrieben gewesen wäre: „Kolonial“ ist noch mal etwas ganz Anderes.

Aber heute sind diese schlimmen Zeiten vorbei und die Ressentiments gegen den Westen und die Bundesregierung wachsen offenbar mit der Distanz dazu. In unzähligen TV-Umfragen auf der Straße, die ich gesehen habe, was die Leute denn an „denen da oben“ zu kritisieren haben, kam keine einzige konkrete Antwort („Die machen doch, was sie wollen“ – „Die hören nicht auf das Volk“ etc.). allenfalls einen Hinweis auf den „abgehängten“ ländlichen Raum. Dies ist kein unbedingt ostspezifisches Problem, wird aber offenbar so empfunden. Denn „die da oben“ sind Wessis. Und so entstehen Ressentiments wie der Ausdruck eines Phantomschmerzes über etwas Verlorenes, der sich aus einer diffusen aber

pauschalen Kritik der Politik zur Systemkritik steigert, die es wohlge-merkt aber nicht nur im Osten gibt, dort aber mit einer spezifischen ost-deutschen Identität verbunden. wird. „Die zweite und die dritte Genera-tion nach der Vereinigung rächen die Großeltern, indem sie die AfD wäh-len“, formuliert es der Historiker Wolfgang Benz.¹⁷⁹

Für die Westdeutschen gilt diese Beschreibung nicht und doch folgen auch sie diesem Trend, nur schwächer, vielleicht nur verzögert. Während die Gewöhnung an diese Demokratie mit ihren Unzulänglichkeiten im Osten offenbar schwerfällt, ist die Demokratie in Westdeutschland aber offensichtlich aus der langen Gewohnheit daran so selbstverständlich ge-worden, dass sie für viele Westdeutsche nicht mehr *selbst-verständlich* ist, für die einen aus einer Art Überdruß, für die anderen aus Gedankenlo-sigkeit.

Das alles bedingt auch, dass für Viele schon gar kein Konsens mehr darüber existiert, was Demokratie genau ist und wann und wodurch sie bedroht wird.

Was ist Demokratie – und was nicht?

Im Rückblick erinnere ich mich daran, dass es immer schon Probleme des Demokratieverständnisses bei meinen Schülerinnen und Schülern gab, in Zeiten, als Demokratiebildung noch nicht als besonders notwendig er-schien. Und dies erscheint jetzt wiederum auch als Kritik auf hohem Ni-veau und ist dennoch elementar.

In der Mittel- wie in der Oberstufe habe ich in den entsprechenden Klassen und Kursen jedes Jahr einen großen Bogen zur Frage „Was ist De-mokratie?“ geschlagen von der Amerikanischen Unabhängigkeitserklä-rung 1776 zum Ermächtigungsgesetz für Hitler 1933.

Die Formel im Menschenrechtsteil der Unabhängigkeitserklärung von den „unveräußerlichen Rechten“ habe ich zur Diskussion gestellt: Was heißt „unveräußerlich“? Es findet sich so auch in der französischen Men-schenrechtserklärung von 1789 wieder, im Grundgesetz heißt es dagegen „unantastbar“. „Unveräußerlich“ war als Wort natürlich unbekannt, bis ich darauf hinwies, dass „veräußern“ weggeben, verkaufen etc. bedeutet. Heraus kam also, dass man nach dieser Auffassung seine Menschen-

¹⁷⁹ Wolfgang Benz: „Mich beschleicht Unbehagen“. Interview mit Rainer Schmidt, in: *Frankfurter Allgemeine Quarterly Weekend* 2/25, S. 17.

rechte, seine Freiheit, letzten Endes sich selbst auch nicht von sich aus weggeben, verkaufen kann – historische Beispiele gibt es dafür –, dass diese *Rechte* also auch eine *Verpflichtung* für einen selbst sind.

Am anderen Ende, im nächsten Schuljahr, kamen wir dann zum Ende der Weimarer Republik und zum Ermächtigungsgesetz. Die Frage hierzu: „War das Ermächtigungsgesetz legal?“ Dafür musste erst geklärt werden: Was heißt legal? Nach der bestehenden Verfassung. Nach einigen Überlegungen war stets der größere Teil der Klasse oder des Oberstufenkurses der Meinung, es sei legal oder „formal legal“ gewesen; manchmal war es eine klare Mehrheit, manchmal eine starke Minderheit bei relativ vielen Untentschlossenen. Diejenigen, die meinten, es sei nicht legal gewesen, waren jedoch immer die Minderheit (ca. ein Drittel). Dabei ging es auch um die Frage, ob die demokratischen Abgeordneten eingeschüchtert worden seien, Gewalt angedroht worden sei usw. – ein Thema für sich, das aber nicht Gegenstand der Frage war. Sondern: Waren der Inhalt des Gesetzes und das Verfahren legal (auch wenn die Abgeordneten aus freien Stücken abgestimmt hätten)? Natürlich war niemand in der Klasse mit dem Ermächtigungsgesetz einverstanden, deswegen die Ausflucht in „formal legal.“ Leider fand man das lange Zeit auch in historischen Darstellungen und vor allem in Schulbüchern¹⁸⁰, zum Schluss viel weniger, weil im letzten Jahrzehnt die Bedeutung des Themas massiv heruntergestuft und der Fokus auf die „Machtergreifung“ am 30.1.1933 gelegt worden ist. Im Internet ist es aber immer noch querbeet zu lesen.

Es war nicht legal. Weil die Ermächtigung Hitlers auch für von der Verfassung abweichende Gesetze galt, die Verfassung gab aber nicht vor, dass man gegen sie verstoßen konnte. De facto wurde sie aber außer Kraft gesetzt worden, da Hitler sie nach Gutdünken damit machen konnte, was er wollte. Verfassungsänderung bedurfte aber immer der Entscheidung der Volksvertretung, dies konnten sie nicht delegieren. Und, fast neben-sächlich: Zu dem Zeitpunkt gab es schon keine verfassungskonforme Situation mehr, da alle missliebigen Landesregierungen durch Notverordnungen abgesetzt worden waren und der zustimmungspflichtige Reichsrat somit keine Ländervertretung mehr darstellte.

¹⁸⁰ Vgl. eine Darstellung von mir von 2010: Das Ermächtigungsgesetz im deutschen Geschichtsbewusstsein. Fragen an die Historiker und Lehrbuchautoren, <https://www.geschichtslehrerforum.de/html/ermaechtigung.html> ; sowie von 2019 in: *Weimar / Bonn / Berlin*, op. cit. (Anm. 35), S. 97-105.

Die Schülerinnen und Schüler waren jedoch ganz auf die Zweidrittelmehrheit fixiert und hielten daher die Abstimmung für zumindest formal legal. Daran habe ich dann die Frage angeschlossen, auch mit Rückblick auf die „unveräußerlichen Rechte“, damals stellvertretend durch die Abgeordneten wahrzunehmen, ob denn die Abschaffung der Demokratie mit verfassungsändernder Mehrheit generell demokratisch sei. Natürlich nicht, die Demokratie erlaubt logischerweise nicht, sie selbst abzuschaffen. Wenn man das tut, wie geschehen, ist das ein Verstoß dagegen und man kann sich nicht auf die Demokratie dabei berufen.

Die Reduzierung der Demokratie auf die Formalien, Wahlen und Mehrheitsprinzip, ist jedoch eine weit verbreitete Einstellung und hat sich hier an diesem wichtigen Fallbeispiel nur prägnant gezeigt. Damit verbunden war dann auch die Frage nach der Beurteilung der letzten Reichstagswahl am 5.3.1933, die unter der Notverordnung mit Aussetzung der Grundrechte und massiver Pressezensur auch der sozialdemokratischen Presse stattfand. Ohne einen freien, demokratischen Wahlkampf kann es aber keine freie, demokratische Wahl geben. Da kommen wir schon ganz in die Nähe heutiger Entwicklungen, z.B. in der Türkei.

Bei der Zensur damals ging es um parteiliche Presse. Das *Recht* auf freie Information heute erfordert in der Medienlandschaft (siehe oben) auch die *Möglichkeit* dazu und die Öffentlich-Rechtlichen Medien haben einen *Auftrag* dazu, der immer wieder diskutiert, aber nicht in Frage gestellt werden kann.

Die Demokratie ist nicht nur ein Rahmen, sie hat auch einen Inhalt. So betonte Kogon immer wieder, aber auch Jaspers, dass die Demokratie nicht nur durch Institutionen garantiert wird, sondern in letzter Instanz nur durch die Aufrechterhaltung ihres Geistes.

Demokratiekritik laut Umfragen

Nach der Demokratie wird die Bevölkerung immer wieder in Meinungsumfragen befragt. Dabei wird strukturell schon in der Konzeption das Prinzip Demokratie oft mit ihrem Erscheinungsbild, mit der „Performance“ der Institutionen, also mit der konkreten Politik vermischt und Kritik an der Politik als Kritik an der Demokratie interpretiert. So wurden in einer typischen „Performance“-Frage Politik im Konkreten und Demokratie im Grundsätzlichen in folgender Frage des *Eurobarometers* vermengt: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in

Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?“ 56% sind es, 43% nicht (jeweils in zwei Stufen graduert). Erhellend ist der Abschwung der Zustimmung im Herbst 2024 gegenüber dem Frühjahr (ja 61 → 56% / nein 38 → 43%), was gewiss eine Auswirkung der aktuellen Politik war und zeigt, dass die Frage eher nicht als eine nach der Demokratie im Grundsätzlichen verstanden wurde. Ausgegeben wird das aber als eine Umfrage „zur Zufriedenheit mit der Demokratie“. ¹⁸¹

Wie entscheidend die Konzeption der Fragestellung ist, zeigt u.a. der *Deutschland-Monitor* 2024. ¹⁸² Danach äußern 98/99% (West/Ost) eine „Zustimmung zur Idee der Demokratie“, weniger mit der „Verfassungsordnung“ (81/76%) und noch weniger mit dem „Funktionieren der Demokratie“ (64/48%) (S. 98). Dabei gab es jeweils nur zwei graduierte Pro-/Contra-Antworten („sehr zufrieden“/„zufrieden“ etc.). Doch was ist das „Funktionieren der Demokratie“? Bei der Vertrauensfrage in die *Institutionen* der Demokratie wurde konzeptionell eine Mittelstufe „teilweise“ eingefügt. Danach vertrauten deutschlandweit der EU 37%, 39% teilweise und 25% nicht; zur Bundesregierung waren dies 32/36/37%, zur Landesregierung 37/36/17% (S. 106). Die Bundesregierung schnitt also am schlechtesten ab. Ein „teilweises Vertrauen“ kann aber für die Demokratie schon als problematisch gelten. In einer Zusammenfassung der Ergebnisse mit Aufteilung zwischen West und Ost ist die mittlere Antwortmöglichkeit aber seltenerweise unter den Tisch gefallen, danach waren es 29/44% (West/Ost) negative Antworten (S. 110).

Und was heißt eigentlich „Vertrauen“? Eine ganz unklare Kategorie: „Ein Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen und kommunalen Institutionen ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie und die Stabilität des politischen Systems“, heißt es dazu im Kommentar, doch wurde es von den Befragten auch so verstanden: als „Grundvertrauen“? Als Kriterien werden interpretativ – das wurde also nicht so abgefragt – „Kompetenz“, „Leistungsvermögen“ und „Integrität der betreffenden Institution“ angenommen, das sind aber vollkommen verschiedene Kategorien: Die ersten beiden betreffen die politischen Fähigkeiten und was ist eigentlich der Unterschied zwischen beiden? Die letzte ist eine moralische und daher systemische

¹⁸¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153854/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-deutschland/>

¹⁸² <https://deutschland-monitor.info/>

Frage. Die Vermengung all dessen in Fragestellung und Interpretation lässt keine differenzierte Aussage über Vertrauen zur *Politik* und Vertrauen in die *Institution* zu und davon könnte man sogar noch *Demokratie* als Prinzip extra kategorisieren, aber nur die *Idee der Demokratie* wurde abgefragt. Es darf damit aber vermutet werden, dass auch hier das Konkrete das Grundsätzliche im Bewusstsein der Befragten dominierte. Mit einfachen Worten: Es kam zum Ausdruck, wie man die aktuelle Regierungspolitik findet, auch wenn nach der Institution gefragt wurde.

In einer von der *FU Berlin* in Auftrag gegebenen Langzeitstudie 2017-2024¹⁸³ beantworten um die 90% freie Wahlen, unabhängige Justiz, freie und unabhängige Medien als entscheidende Kriterien der Demokratie (S. 11.). Allerdings wird damit auch nicht erfasst, was die Leute genau darunter verstehen, z.B. unter „unabhängigen Medien“. Im Fragenkatalog insgesamt dazu wurden zudem die Kategorien vermischt, weil auch die Arbeitsplatzgarantie und die Verminderung der Einkommensunterschiede als Kriterien genannt sind, also soziale Fragen, keine Themen der Demokratie per se, sondern der damit verbundenen Politik. Dies hat vermutlich auch die Antwort auf die anderen Items beeinflusst.

Auf Fragen nach der *Zufriedenheit* und der *Verwirklichung* der Demokratie in Deutschland antworteten im Schnitt etwas mehr als 50% positiv, darunter 60% West- und 59% Ostdeutsche, mit einem Abfall 2024: 53/47%. (S. 15). Um die 70% (!) meinten jedoch, dass die Wahlen allgemein nicht frei oder fair ablaufen (vermutlich hinsichtlich der Chancengleichheit im Wahlkampf / = Medienkritik?), und zur Europawahl 2024 45%/50% (West/Ost), dass keine korrekte Stimmenausschüttung stattfand. (S. 17). Letzteres stieg bei dieser Frage wohl in Erinnerung an die Wiederholung der Berliner Wahl von 2021 wegen Unkorrektheiten um ca. 10 Prozentpunkte auf den genannten Wert an, obwohl es die Europawahl nicht betraf.

Auf die Frage schließlich, ob „die Demokratie jeder anderen Regierungsform“ oder „unter gewissen Umständen eine autoritäre Regierungsform vorzuziehen“ sei oder ob „es letztlich egal“ sei, antworteten 75/67% (West/Ost) mit „unbedingt vorzuziehen“, wobei der ostdeutsche Anteil seit 2017 gleichblieb, während der westdeutsche von fast 80 auf 75% abfiel. (S. 14).

¹⁸³ https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/ressourcen-Projekte/Abschlussbericht_OBS_CNEP_2025.pdf

Den Differenzierungen dieser Umfrage kann man entnehmen, dass fehlendes Vertrauen in „die Demokratie“ abstrakt keine Mehrheit hat, aber erstaunlicherweise die Skepsis gegenüber der Fairness bei den Wahlen und zu 50% bei der Stimmenausszählung (hier aufgrund des konkreten Vorfalls). Die letzte Differenzierung der FU-Befragung lässt aber auch erkennen, dass die gemessenen 25% (West) bzw. 33% (Ost) Demokratiekritiker die Demokratie nicht kritisieren um sie zu verbessern, sondern, weil sie sie grundsätzlich ablehnen oder zumindest nicht befürworten.

Hier zeigen sich Parallelen zur Zwischenkriegszeit, wo sich die Kritik an der Politik zur Fundamentalkritik an der Demokratie entwickelte, wenn auch noch nicht sofort im Wahlverhalten und übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch z.B. in Frankreich, und durchaus auch in gebildeten Kreisen.

Weimarer Verhältnisse?

2017 brachte das Institut für Zeitgeschichte unter der Leitung von Andreas Wirsching eine Artikelserie in die F.A.Z., die dann auch als Buch erschien: *Weimarer Verhältnisse?*¹⁸⁴ Unter anderem schrieb Ute Daniel über die Propaganda „gegen ‚das System‘“, Jürgen Falter fragte provokativ „Wieviel NSDAP steckt in der AfD?“ – in der Buchausgabe dann heruntergestuft zu „Volksparteien des Protests“ –, Herfried Münkler beklagte eine „Ordnung ohne Hüter“. Die „Weimarer Verhältnisse“ sorgten dann noch weiter für anhaltenden Gesprächsstoff. Was ist daraus geworden?

Damals sah man die Weimarer Verhältnisse am Horizont auftauchen, heute stehen sie vor der Tür, wenn nicht schon im Eingang. Wo sind die Politologen, die diese Entwicklung heute analysieren, die Politikberater, die sie sein wollen, um die Politik zu beraten? Wo sind die Historiker, die uns lehren wollen aus der Geschichte zu lernen? Zu dem Zeitpunkt, wo ich dies schreibe, sehe ich sie nicht, die illustre Riege aus der Chefetage wie damals. Einzelne Stimmen gibt es schon. So z.B. Christoph Nonn in einem Interview im Kölner Stadtanzeiger zu den „Weimarer Verhältnissen“ im August 2024 und vor allem Herfried Münkler, der das Zeitgeschehen unablässig in historischer Perspektive verfolgt.¹⁸⁵ Und sonst? Beein-

¹⁸⁴ Andreas Wirsching / Berthod Kohler / Ulrich Wilhelm (Hrsg.): *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*. Ditzingen (Reclam) 2018.

¹⁸⁵ Historiker über unsere bedrohte Demokratie: „Wir bewegen uns rasant auf Weimarer Verhältnisse zu“. Interview von Joachim Frank mit Christoph Nonn, *Kölner Stadt-*

druckend war im Januar 2025 eine Analyse der Wiener Sozialwissenschaftlerin Natascha Strobl über das „faschistische Weltbild“ von Elon Musk – ohne Propaganda, ohne Polemik, mit sachlichen Belegen in der *taz* vom 11.1.2025.¹⁸⁶ Ansonsten aber haben viele Journalistinnen und Journalisten diese Herausforderung aufgenommen, nicht nur ereignisbezogen, sondern auch vom politischen Fundus her und weitgehend ohne das *backing* der Wissenschaft im genannten Sinne.

„Wieviel NSDAP steckt in der AfD?“, der Faschismusvergleich oder die ganze Antifa-Polemik gegen die „Nazis“ sind jedoch problematische Gleichsetzungen, die echte Erkenntnis behindern statt sie zu fördern und sich zudem als kontraproduktiv erweisen gegenüber jenen, die dadurch belehrt oder bekämpft werden sollen. Der „Faschismus“ unserer Zeit, wenn wir ihn denn so nennen wollen, bekämpft nicht die Demokratie mit offenem Visier wie damals, sondern in ihrem Gewande. Darin könnte man sogar fast noch eine Analogie zur Kehrtwende der NSDAP nach dem gescheiterten Putsch 1923 hin zum „legalen“ Vorgehen erkennen, doch Hitler hat den parlamentarischen Weg gewählt, ohne seine Absicht der Zerstörung der Demokratie zu verheimlichen. Deswegen hört der Vergleich hier auch auf.

Medienmacht und kulturelle Hegemonie

Die Infragestellung der Demokratie präsentiert sich heute selbst durch den Anspruch, die „wahre“ Demokratie gegenüber der Meinungsdictatur von „Systemmedien“ oder einer faktisch regierenden „Einheitspartei“ aus allen „System-“, oder „Kartellparteien“ zu vertreten. Da jede Kritik an dieser Kritik als antidemokratische Unterdrückung geißelt wird, kann man sich mit wenig Phantasie vorstellen, dass die „wahre“ Demokratie nach dem politischen Sieg jener Kräfte in der Umkehrung dessen bestehen soll und durch ein „Wahrheitsministerium“ à la 1984 verkörpert wird. In den USA ist man gerade auf dem besten Weg dorthin.

Hannah Arendt schrieb 1948 in der *Wandlung*: „Hitler hat in Millionen von Exemplaren verbreitet, daß Lügen nur dann Erfolg haben können,

Anzeiger, 21.8.2024, <https://www.ksta.de/kultur-medien/historiker-ueber-unsere-bedrohte-demokratie-wir-bewegen-uns-rasant-auf-weimarer-verhaeltnisse-zu-847753>

¹⁸⁶ <https://taz.de/Elon-Musks-politischer-Feldzug/!6058331/>; Herfried Münkler: *Die Zukunft der Demokratie*. Wien (Brandstätter) 2022.

wenn sie enorm sind.“¹⁸⁷ Doch wie gering war der propagandistische Impetus von *Mein Kampf*, wieviel entscheidender die mediale Umsetzung der öffentlichen Auftritte Hitlers mit Berichten in den damals „neuen Medien“ Rundfunk und Kino-Wochenschau, und wichtiger bis 1933 noch die Presse, v.a. durch das Bündnis Hitlers mit Alfred Hugenberg, Chef eines Medien-Konzerns¹⁸⁸ und als DNVP-Vorsitzender gleichzeitig politischer Partner. Doch selbst die Macht des „Presse-Zars“ Hugenberg war weit, weit weg von der Macht der heutigen Medien-Oligarchen. Die systematische Indoktrinierung der Bevölkerung konnte damals erst *nach* der Machtübernahme Hitlers erfolgen. Die Beeinflussung von Bewusstsein und Unterbewusstsein durch die Sprache, die nach dem Krieg von Victor Klemperer in seiner „Sprache des Dritten Reiches“ (Lingua Tertii Imperii, 1947) und von Dolf Sternberger und Mitarbeitern im „Wörterbuch des Unmenschen“ analysiert wurden, einer Serie von Beiträgen in der *Wandlung* bis 1948, später als Buch erschienen¹⁸⁹, setzte die Diktatur voraus. Heutige Indoktrinierung kann noch in viel stärkerem Maße in der Demokratie selbst und gegen sie gerichtet bis in jedes Haus hinein erfolgen und viel besser wirken, weil sie „demokratisch“ erscheint und viel schwieriger zu erkennen ist.

Die ständige Betonung auf unsere zu verteidigende „wertebasierte Ordnung“ verliert ihre argumentative Grundlage, wenn diese Werte nicht einmal mehr Grundlage einer Auseinandersetzung sind, weil die Wahrheit oder der „Faktencheck“ gar nicht mehr als Maßstab für richtig oder falsch akzeptiert werden, wenn es Fakten und „alternative Fakten“ gibt.

So hat Eugen Kogon den Faschismus auch nicht nur als politische Bewegung zur Abschaffung der Demokratie verstanden, sondern politisch-kulturell viel weitergehender: „Man kann den *Faschismus* als den Versuch bezeichnen, durch einen ‚Aufstand wider die Diktatur der Vernunft‘ die alte Epoche zu beenden.“¹⁹⁰ Hierin zeigt sich eine gedankliche Querverbindung zur „Zerstörung der Vernunft“ von Georg Lukács, obwohl der schematisch marxistische Standpunkt des (österreichisch-)ungarischen

¹⁸⁷ Hannah Arendt: Konzentrationslager, in: *Die Wandlung*, 3. Jg., 1948, H. 4, S. 313.

¹⁸⁸ Cf. <https://de.wikipedia.org/wiki/Hugenberg-Konzern> und <http://www.polunbi.de/inst/hugenberg.html>

¹⁸⁹ Victor Klemperer: *LTI - Notizbuch eines Philologen*. Berlin (Aufbau), 1947. – Dolf Sternberger / Gerhard Storz / Wilhelm E. Süskind: *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*. Hamburg (Claassen) 1957. Sammlung der Beiträge aus der *Wandlung* bis 1948.

¹⁹⁰ Eugen Kogon: Über die Situation, in: *Frankfurter Hefte*, 2. Jg. H. 1, Jan. 1947, S. 23.

Philosophen Lukács ein ganz anderer als der von Kogon war.¹⁹¹ Sieht man jedoch von der ideologischen Prägung seiner Analyse der „bürgerlichen Philosophie im imperialistischen Zeitalter“ ab, so kann man Lukács' These von der Etablierung und Durchsetzung einer irrationalen Weltanschauung einiges abgewinnen, wenn es nicht mehr nur um Propaganda, sondern um Überzeugungen geht und sogar die Grundlagen rationaler Diskussion in Frage gestellt werden.

Das Prinzip „alternative Fakten“ hat Hannah Arendt auch bereits in der Argumentation deutscher Gesprächspartner bei ihrem Deutschlandaufenthalt 1949/50 erspürt. Diese verblüffende Beobachtung soll deswegen ausführlicher zitiert werden, könnte sie außer den historischen Bezügen doch geradewegs von heute stammen:

„Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handle es sich um bloße Meinungen. Beispielsweise kommt als Antwort auf die Frage, wer den Krieg begonnen habe – ein keineswegs heiß umstrittenes Thema – eine überraschende Vielfalt von Meinungen zutage. In Süddeutschland erzählte mir eine Frau von ansonsten durchschnittlicher Intelligenz, die Russen hätten mit einem Angriff auf Danzig den Krieg begonnen – das ist nur das größte von vielen Beispielen. Doch die Verwandlung von Tatsachen in Meinungen ist nicht allein auf die Kriegsfrage beschränkt; auf allen Gebieten gibt es unter dem Vorwand, daß jeder das Recht auf eine eigene Meinung habe, eine Art Gentlemen's Agreement, dem zufolge jeder das Recht auf Unwissenheit besitzt [...]. Dies ist in der Tat ein ernstes Problem, nicht allein, weil Auseinandersetzungen dadurch oftmals so hoffnungslos werden [...], sondern vor allem, weil der Durchschnittsdeutsche ganz ernsthaft glaubt, dieser allgemeine Wettstreit, dieser nihilistische Relativismus gegenüber Tatsachen sei das Wesen der Demokratie. Tatsächlich handelt es sich dabei natürlich um eine Hinterlassenschaft des Naziregimes.“¹⁹²

Es gibt noch andere Beispiele dafür, einige wurden aufgezeigt, wie verinnerlichte ideologische Elemente des Nationalsozialismus fortwirkten, obwohl deren Legitimationsbezug gar nicht mehr existierte. Seltsamerweise ist das namensgebende Buch *The Post-Truth Era* von Ralph Keyes für den Begriff, den wir adjektivisch „postfaktisch“ nennen, gar nicht übersetzt worden. Das Buch beschreibt noch nicht primär die politische

¹⁹¹ Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft*. Berlin (DDR) 1954; ab 1960 bei Luchterhand, Darmstadt, erschienen.

¹⁹² Arendt, *Besuch in Deutschland* (vgl. Anm. 156), S. 29f.

Dimension des Postfaktischen, sondern ein gesellschaftliches Phänomen schon vor zwanzig Jahren. Doch er bringt das Beispiel von Bill Clintons Affäre mit Monica Lewinsky, der Praktikantin im Weißen Haus, über die der US-Präsident die Öffentlichkeit belogen hat. Dass das Impeachment-Verfahren gegen ihn scheiterte, war für Keyes ein Startpunkt für die Erlaubnis zu lügen, selbst bei politischen Führern.¹⁹³ Heute können wir das fast umgekehrt bewerten: Dass es damals ein Impeachment-Verfahren überhaupt gegeben hat wegen einer vergleichsweise lapidaren Lüge – es ging ja um nichts Politisches – zeigt, dass es moralische Werte noch gab.

Aber mit Donald Trump kam nun zweimal ein Präsident ins Weiße Haus, der bei seinen Reden eine Lüge an die andere reiht und zudem noch vor seiner Wiederwahl als Straftäter schuldig gesprochen, aber zu keiner Strafe verurteilt wurde. Die Faktenchecks, die die New York Times während der ersten Amtszeit anfangs geführt hat, sind sinnlos, ja sogar unmöglich geworden, weil so viel gar nicht mehr zeitnah am Geschehen überprüft werden kann. „Lügen können nur dann Erfolg haben, wenn sie enorm sind“, meinte Hannah Arendt zu Hitler, und das *enorm* war qualitativ gemeint, bei Trump ist es zudem auch noch quantitativ. Die ständige Wiederholung durch ihn selbst und durch die Medien schaffen eine zweite, imaginäre Wahrnehmungswelt aus *alternative facts*. Diese „Fakten“ werden noch gar nicht unbedingt als die wirklich „realen“ betrachtet, das Adjektiv dabei sagt es schon, sondern als die erfolgreichen verstanden. C. G. Jung analysierte das Phänomen der karikaturhaften Witzfiguren Hitler, Goebbels und Göring – über die auch Witze gemacht wurden¹⁹⁴ –, wonach sie gar nicht als Person angehimmelt wurden; „Goebbels wurde ertragen, weil zum Erfolg haben nach gewisser Ansicht das Lügen gehört, und weil nach derselben Auffassung der Erfolg alles rechtfertigt.“¹⁹⁵ Und so sagen auch nicht wenige (gewiss, impressionistischen Medienberichten zufolge), dass sie Trump als Person nicht mögen, ihn aber wählen, weil er „gut ist“ (auch propagandistisch).

Im weiteren Sinne erfolgt hier, nach der Formel von Nietzsche, eine „Umwertung aller Werte“, die hier nicht weiter detailliert zu werden

¹⁹³ Ralph Keyes: *The Post-Truth Era. Dishonesty and Deception in Contemporary Life*. Ney York (St. Martin's Press) 2004, S. 12.

¹⁹⁴ Volksmund: „Blond wie Hitler, groß wie Goebbels, schlank wie Göring“; man beachte auch die Quasi-Doppelgänger Chaplin und Hitler!

¹⁹⁵ Jung, Nach der Katastrophe, (Anm. 28), S. 77 bzw. 94.

braucht, wir müssen uns vielmehr über ihre fundamentale Bedeutung klar werden. Längst ist die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Unwahrheit passé, dies ist die Voraussetzung für die Eroberung der politisch-kulturellen Hegemonie, begleitet von einer propagandistischen Umkehrung, die die traditionellen Medien der *fake news* („Lügenpresse“) bezichtigt. Nur in der Dimension dessen sind uns die USA noch weit voraus. Lüge ist Wahrheit, Wahrheit ist Lüge, dies erinnert an Orwells 1984.

Die „kulturelle Hegemonie“ ist ein Begriff, den der damals, in den 1920er Jahren, inhaftierte italienische Kommunist Antonio Gramsci in seiner Analyse ausgehend vom Erfolg von Mussolinis Faschismus geschaffen hat.¹⁹⁶ Diese Strategie hat sich nach der Neuen Linken, bei ihr weitgehend erfolglos, seit langem auch schon die Neue Rechte zu eigen gemacht und wird in einem Kampf um die Medien ausgefochten. Nicht zufällig ist die Abschaffung des „Bezahlfernsehens“, d.h. des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, die Forderung aller Rechtsparteien und deswegen ist auch in den Umfragen der Begriff „unabhängige Medien“ inhaltsleer, wenn nicht klar ist, welche gemeint sind, und wenn nicht wenige der Befragten die Öffentlich-Rechtlichen als „Lügenmedien“ betrachten. So äußerten 28% im erwähnten Deutschlandmonitor 2024 Misstrauen gegenüber dem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, 36% teilweise, gegen 42% Vertrauen (S. 106). Dies entspricht ungefähr auch anderen Umfragen. Leider sind die Fragen hierzu nicht detailliert genug: Man kann ja Kritik im Einzelnen üben und trotzdem ein grundsätzliches Vertrauen zu den Öffentlich-Rechtlichen haben, das „teilweise“ ist aber nicht präzise genug.

Bei den gottseidank gescheiterten Koalitionsverhandlungen der ÖVP mit der FPÖ in Österreich im Februar 2025 forderte der FPÖ-Chef und Anwärter auf die Kanzlerschaft Herbert Kickl die Loslösung des ORF von der Finanzierung durch Rundfunkbeiträge und stattdessen die Finanzierung durch die Regierung mit Unterstellung des Senders unter das Innenministerium, das dann die FPÖ bekommen sollte. Der Sender wäre „öffentlich“ geblieben, aber nicht mehr unabhängig. Auch in der Bundesrepublik fordert die AfD seit ihrem Bestehen die Abschaffung des bisherigen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, auch wenn dies im letzten

¹⁹⁶ Vgl. u.a. https://de.wikipedia.org/wiki/Kulturelle_Hegemonie

Bundestagswahlprogramm aufgeweichter formuliert wurde, doch tritt sie in den Ländern für die Kündigung der Rundfunkstaatsverträge ein.¹⁹⁷

Eine Demonstration dessen, was passieren kann, wenn eine „illiberale Demokratie“ (Victor Orban) an die Macht kommt, zeigt die „Orbanisierung“ Ungarns: Gleichschaltung der öffentlichen Medien, Kontrolle der privaten durch Selbstunterwerfung von diesen oder aber deren Aufkauf, nachdem sie durch verschiedene Maßnahmen in finanzielle Not getrieben wurden.¹⁹⁸ Im Internet werden genehme Medien finanziell gefördert und im Ranking gepusht. Die Kontrolle ist nicht total, aber übermächtig. – Oder die Medien-Oligarchie in den USA: Man bietet so viel Geld, dass kein Eigentümer dem Verkauf widerstehen kann: Twitter/X an Elon Musk, Instagram, WhatsApp und Messenger an Facebook/Meta von Mark Zuckerberg, die Washington Post an Jeff Bezos, eine der beiden bedeutendsten unabhängigen Tageszeitungen der USA. Die großen Sozialen Medien sind in den Händen von Tech-Oligarchen, die immer weitere aufkaufen können und sich mit einer Ausnahme (Bill Gates) hinter Trump stellen.

Vieles davon kann sich legal innerhalb der Demokratie vollziehen, weil nicht alles, was zur Demokratie im umfassenden Sinne gehört, gesetzlich geregelt und geschützt werden kann und weil die heutigen Gefahren vor Jahrzehnten nicht voraussehbar waren. Die „vierte Gewalt“, wie man die Medien oft bezeichnet, ist, wie man jetzt schmerzlich auch angesichts der „freien“ Internetmedien spürt, politisch das Wichtigste im Vorfeld der klassischen „drei Gewalten“, sie ist aber keine Institution wie diese.

¹⁹⁷ Cf. Benjamin Hahn: Faktenpapier Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks? Verfassungsrechtliche Grenzen der AfD-Forderungen, Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, s.d. [2024], https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/Faktenpapier_Medienstaatsvertrag.pdf ; Heiko Hilker: Wenn die AfD an die Macht kommt – Was passiert dann mit den Medienschaffenden? Deutsche Akademie für Fernsehen, 6.3.2024, <https://daff.tv/hilker-wenn-die-afd-an-die-macht-kommt/> ; Zeit für Deutschland. AfD-Programm Bundestagswahl 2025, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf

¹⁹⁸ Vgl. u.a. Peter Kreysler: Demontage der Demokratie – Doku über Victor Orbáns Propaganda und Ungarns milliardenschwere Meinungsmacher, SWR, Radio-Feature. 7-6-2026, <https://www.tagesschau.de/ausland/ungarnmediengesetz-ts-100.html>; Meinungsfreiheit, Kommentar von Zsuzsanna Széleny, *Die Welt*, 2.10.2024, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article253772182/Ungarn-Orban-zeigt-wie-man-eine-Demokratie-von-innen-heraus-zerstoeren-kann.html>

Wie schützt man überhaupt Meinungsfreiheit? Und Medienfreiheit? Freiheit welcher Medien? Wäre die Auflösung der Öffentlich-Rechtlichen auch in der Bundesrepublik möglich? In Art. 5 GG heißt es:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung frei in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze [...].“

Wie bei vielen Grundrechtsartikeln eröffnet Absatz 2 einen weiten Rahmen, ob zur Einschränkung oder zur Ausweitung des Freiraums. All dies war bisher aber nur gedacht zum Schutz gegen einen autoritären Staat – eine der Lehren aus der Vergangenheit –, deswegen wurde die ARD 1950 unter dem Druck der Noch-Besatzungsmächte und vor allem der Briten nach dem Vorbild der BBC als Öffentlich-Rechtliche Einrichtung, in Nicht-Regierungs- und zudem föderaler Verantwortung gegründet, zum Missfallen von Bundeskanzler Adenauer und vieler anderer Politiker.¹⁹⁹ „Eijentlich wollte ich 'ne demokratische Goebbels, aber dat jibt et wohl nicht" soll er 1949 seinem ersten Regierungssprecher Heinrich Böx gesagt haben.²⁰⁰ Doch Adenauer ließ nicht locker. Am 28.2.1961 hat das Bundesverfassungsgericht die Gründung eines „Deutschlandfernsehens“ gestoppt, mit dem Adenauer doch noch einen regierungsnahen Sender schaffen wollte, weil die ARD seiner Meinung nach zu regierungskritisch sei. Außerdem wollte die Wirtschaft schon seit Längerem Werbung im Fernsehen und sollte dabei eingebunden werden. Die Initiative für diesen später populär so genannten „Adenauer-Sender“ lief über eine private Gesellschaft in Kooperation mit dem Bundesverband der Industrie unter dem bezeichnenden Namen „Freies Fernsehen GmbH“, die finanzielle Beteiligung der Bundesregierung wurde verschleiert. Auf die Verfassungsklage von SPD-regierten Ländern hin nach der Veröffentlichung des Planes entschied das BVerfG, dass das „Deutschlandfernsehen“ gegen Art. 5 und Art. 30 (Föderalismus) verstieß, also gegen die Meinungs- und

¹⁹⁹ Cf. die interessante Doku: 75 Jahre fürs Erste! – Die ARD-Story mit Susanne Daubner, Sendung am 31.3.2025, abrufbar in der ARD Mediathek.

²⁰⁰ Zit. nach Christof Gramm: Aufklärung durch staatliche Publikumsinformationen. Staatshandeln als Aufklärung? in: *Der Staat – Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte*, 30.. Jg. 1991, H. 1, S. 51.

Informationsfreiheit als Grundlagen der öffentlichen Meinungsbildung, d.h. die öffentlich-rechtliche Verfassung des Rundfunks und Fernsehens. Außerdem wurde die alleinige Länderkompetenz für diese Medien bestätigt.²⁰¹ Es entstand dann 1963 das ZDF, aber in föderaler öffentlich-rechtlicher Verfasstheit.

Politik und Recht – „Checks and balances“

Staatliche Gesetze werden durch die Politik gemacht aber die Politik steht nicht über dem Gesetz. Dieses soll Machtmissbrauch verhindern. Die fragilste Komponente im Dreiklang der Gewaltenteilung ist die Judikative. Wenn der Gesetzgeber das Recht setzt, wie kann ein Gericht, in letzter Instanz das Verfassungsgericht, darüberstehen? Donald Trump und sein Vize erklärten mehrfach, Gerichte dürften nicht über Politik urteilen – gemeint ist deren Politik, die auf einen „administrativen Putsch“ abzielt, wie es der Historiker und USA-Experte Manfred Berg formuliert.²⁰² Schon 2019 meinte der FPÖ-Chef und im Februar 2025 Fast-schon-Kanzler Herbert Kickl: „Denn ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht.“²⁰³ Die FPÖ ist in dieser Offenheit der AfD noch voraus, doch die Bewunderung von Trump und Musk durch die AfD-Spitze und wechselseitig die Parteinahme für die AfD durch Musk und Vance sagen schon viel. Die aggressive Reaktion von Vance, Rubio und Musk auf die Einstufung der Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ am 2.5.2025 bestärkt den Eindruck von der Bildung einer Art Internationale des neuen Faschismus.²⁰⁴

Was sind aber „die Politik“ und „das Recht“ in der Aussage Kickls und Trumps? Die Formulierung erscheint vage genug, um sich nicht offen

²⁰¹ Bundesarchiv: Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.2.1962..., <https://www.bundesarchiv.de/suche/alle/?q=Rundfunkfreiheit>

²⁰² Trumps Regierungsumbau – „So regieren Diktatoren“, Interview mit Manfred Berg, Tagesschau, 11.2.2025, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-musk-doge-verfassungskrise-100.html>

²⁰³ Nina Horaczek: Kickl beim Wort genommen. Wien (Czernin) 2024, S.100. Zitat aus dem ORF-Report, 22.1.2019.

²⁰⁴ US-Regierung kritisiert Verfassungsschutz wegen AfD-Einstufung – Auswärtiges Amt reagiert, Deutschlandfunk, 2.5.2025, <https://www.deutschlandfunk.de/us-regierung-kritisiert-verfassungsschutz-wegen-afd-einstufung-auswaertiges-amt-reagiert-100.html>

verfassungsfeindlich zu geben, ist aber präzise genug, um gegen die verfassungsgegebene Ordnung zu polemisieren. „Die Politik“ hat selbstverständlich dem bestehenden Recht zu folgen, sie kann es mit Ausnahme seiner Grundsätze aber nach den existierenden Regelungen durch die Legislative verändern. Die Justiz wacht über das bestehende Recht, hat somit dem Gesetzgeber „zu folgen“, aber nicht „der Politik“: Wenn sie die Einhaltung der bestehenden Gesetze prüft, nicht mehr, aber auch nicht weniger, geht dies im Zweifelsfall auch gegen die Exekutive selbst, wenn sie bestehendes Recht missachtet, oder sogar gegen die Legislative, wenn sie Verfassungsrecht missachtet. Es gibt also kein Entweder - Oder, sondern ein Sowohl... als auch. Wenn Kickl das reduziert auf ein „das Recht hat der Politik zu folgen“, dann ist das tatsächlich eine klare Missachtung der Gewaltenteilung und damit des tiefgreifendsten Grundsatzes der demokratischen Ordnung. Und schon in seiner Verwendung des Begriffes „die Politik“ amalgamiert er Legislative und Exekutive und meint doch nur letztere und nicht einmal nur diese, sondern auch die Parteien, genauer: seine Partei.

Deswegen ist die Judikative heute bei den Versuchen, aus der Demokratie heraus autoritäre Regime zu errichten, die zweite Zielscheibe des Angriffs neben den Medien: in Ungarn, in Polen (zeitweise), in der Türkei, in Israel (zunächst gescheitert), und wie gesagt in den USA. Anders als zwischen Legislative und Exekutive ist die Trennung zur Judikative schon institutionell nicht so klar, da die Justizbeamten, also auch alle Richter, von der Exekutive, dem Justizministerium, ins Amt berufen werden, die Verfassungsrichter durch die Parlamente. So jedenfalls in Europa, in den USA werden Richter und Staatsanwälte unterhalb des Bundes-*Supreme Court* von der örtlichen Bevölkerung gewählt. Dieses „basisdemokratische“ Element garantiert aber weder Kompetenz noch Unabhängigkeit der Gewählten – im Gegenteil: Es wird ein erbarmungsloser Parteienkampf darum geführt. Spektakulär hat Anfang April 2025 eine liberale Verfassungsrichterin in Wisconsin gewonnen, obwohl Elon Musk im Wahlkampf 20 Mio Dollar für den Kandidaten von Trump eingesetzt hatte. Das zeigt auch noch mal die Bedeutung von Geld bei all dem, wenn auch hier erfreulicherweise nicht erfolgreich. Trump hatte ganz offen die Bedeutung der Mehrheitsverhältnisse im Obersten Gericht dieses „Swing State“ betont: „Wisconsin ist politisch ein wichtiger Staat, und der Oberste

Gerichtshof hat viel mit den Wahlen in Wisconsin zu tun.“²⁰⁵ In den *Supreme Court* des Bundes hat Trump in seiner ersten Amtszeit bei Nachbesetzungen dank der Bestätigung seiner Kandidaten durch die Senatsmehrheit enge Parteigänger durchgesetzt und dadurch eine Mehrheit sichergestellt. Im Wahlkampf 2024 hat das Oberste Gericht Trump rückwirkend – und damit dem Präsidenten generell – eine weitgehende Immunität vor Strafverfolgung für Handlungen „im Amt“ bescheinigt. Auf dieser Basis hat Trump seine zweite Amtszeit begonnen.

Die Einflussnahme auf die Justiz erfolgt in den genannten Ländern auf verschiedenen Wegen: durch neue gesetzliche Beschränkungen ihrer Kompetenzen, also in einem offenen Machtkampf zwischen Legislative und Judikative, oder durch die Ernennung oder Wahl von Richtern, die alles andere als neutral sind – eine Schwachstelle des Systems. In Deutschland bedarf es in Bund und Ländern einer Zweidrittelmehrheit, was uns aber jüngst die Kehrseite dieser „sicheren“ Regelung offenbart hat, weil umgekehrt dann ein Drittel für eine Sperrminorität ausreicht und keine Richterwahl erfolgen kann. So hat daher der Bundestag im Dezember 2024 eine bessere und grundgesetzlich verankerte Modalität der Wahl der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts beschlossen, die eine politische Beeinflussung in diesem Sinne verhindern soll, indem ersatzweise der Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit die Richterwahl vornimmt.²⁰⁶ Konkret hat sich das Problem in Thüringen bereits gezeigt, wo es keine Notlösung gibt, und der neue Landtag die Nachbesetzung der Stelle eines stellvertretenden Verfassungsrichters durch einen AfD-Kandidaten vollzog, derzeit Präsident des Verwaltungsgerichts Jena, dem nur das Parteibuch fehlt, der sich aber in der Vergangenheit mehrfach öffentlich eindeutig geäußert hat als Corona- und Klimawandel-Leugner und im September 2021 vor der Bundestagswahl die gezielte „Umvolkung“ Deutschlands nach der Wahl prophezeite.²⁰⁷

²⁰⁵ Liberale besiegt Kandidaten von Trump und Musk, *tagesschau*, 2.4.2025, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/wahl-richter-wisconsin-100.html>

²⁰⁶ Änderung im Grundgesetz zum Bundesverfassungsgericht beschlossen, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw51-de-bundesverfassungsgericht-1033220>

²⁰⁷ Verfassungsgericht: AfD-Kandidat erhält erstmals Mehrheit, MDR, 3.4.2025, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/verfassungsgericht-thueringen-afd-kandidat-gewahlt-100.html>, Neuer Verfassungsrichter verbreitete Fake News zu Corona, Klima und Migranten, von Bastian Wierzioch, MDR, 6.6.2025,

Das Dilemma zeigt, noch im Kleinen, die Fragilität unserer so sicher geglaubten institutionell verankerten Demokratie: Diese Ordnung ist eben nur so stark wie die Zahl derjenigen, die hinter ihr stehen. Am Ende der Logik dieses Thüringer Deals stünde, dass man nach dem Strickmusterprinzip auch verfassungsfeindliche Richter akzeptierte, nur um abwechselnd auch eigene durchzubekommen.

Das Beispiel von Donald Trumps zweiter Amtszeit offenbart auf breiter Ebene, wie schnell der Rechtsstaat von innen heraus zugrunde gerichtet werden kann und wie sogar die Verfassung dabei leider hilft. Die berühmten *checks and balances*, die in seiner ersten Amtszeit so in den Himmel gelobt wurden, weil sie Trump bremsten, erweisen sich jetzt eher als hilflos. Trump regiert mit seinen Dekreten und legt dem Kongress, v.a. dem Repräsentantenhaus, gar nichts mehr zur Entscheidung vor. Warum? Weil die *presidential decrees* eine Mischung aus Notverordnung und Ermächtigungsgesetz à la Weimarer Republik sind. Für den Notfall vorgesehen, dass der Präsident keine klare Mehrheit im Repräsentantenhaus hat, was nicht so selten ist, oder dass etwas schnell geschehen muss, kann er auch per Dekret mit teilweise legislativer Kompetenz regieren. Er „kann“ es, solange es akzeptiert wird, es ist noch nicht einmal in der amerikanischen Verfassung verankert, sondern eine Art Gewohnheitsrecht. Der Kongress kann einem Dekret widersprechen, gegen einen Aufhebungsbeschluss kann der Präsident allerdings wie gegen jedes andere Gesetz auch sein Veto einlegen, das wiederum nur mit Zweidrittelmehrheit durch den Kongress aufgehoben werden kann. Das ist ein prozedural umgekehrtes Ermächtigungsgesetz aus verfassungsmäßigem Recht (Veto-Recht gegen die Legislative) und ungeschriebenem (Gewohnheits-)Recht (Dekrete), das ihn dazu ermächtigt, wenn nicht zwei Drittel der Legislative dagegen sind.

Trump hat zwar dafür gesorgt, dass, anders als in der ersten Amtszeit, eine Mehrheit der Republikanischen Fraktion stramm hinter ihm steht, aber nicht alle ihre Mitglieder. Nicht alle Maßnahmen Trumps würden also eine sichere parlamentarische Mehrheit finden. Eine umgekehrte Mehrheit, seine Alleingänge zu stoppen, gibt es aber auch nicht, die innerparteilichen Abweichler würden nicht so weit gehen (– jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, wo ich dies schreibe). Und selbst wenn, dann könnte

Trump sein Veto einsetzen. So wird dies eine de facto tolerierte autoritäre Herrschaft, die nur den Wahlen unterworfen ist. Aber auch ein Mehrheitsverlust bei den *Midterms* würde dieses nicht ändern, sondern erst, wenn eine genügende Anzahl Abgeordneter der eigenen Fraktion sich von Trump abwendet und im Notfall mit der Opposition gegen ihn stimmt.

Anstatt die Gewaltenteilung auszubalancieren und dadurch zu schützen, ermöglicht die geschriebene und ungeschriebene Verfassung unter solchen Umständen eine faktische Diktatur auf Zeit. Der nächste Angriff wird aber auf die Wahlen selbst erfolgen, bei der „gestohlenen Wahl“ 2020 noch erfolglos.

Bleiben die Gerichte. Trump hat Maßnahmen beschlossen, die fundamental der Verfassung widersprechen, so die Einrichtung von Musks Entlassungsbehörde, die, weil am Kongress vorbei etabliert, als solche schon verfassungswidrig ist, und mit Vollmachten, die es ebenfalls sind.²⁰⁸ Dies wirft die Frage auf, welche Macht Gerichte überhaupt *haben* und welche sie *haben wollen*, ob der *Supreme Court* die Immunität auch bei der Verletzung der Verfassung zubilligt. So hat das Oberste Gericht trotz seiner Trump-freundlichen Mehrheit tatsächlich schon in Einzelfällen Urteile gegen Trumps Maßnahmen gefällt, doch Trump widersetzt sich erfolgten Gerichtsurteilen gegen ihn, indem er sie nicht befolgt.

Tatsächlich zeigt sich hier noch etwas Besorgniserregenderes: Die Gerichte selbst haben keine Macht, die Respektierung ihrer Urteile durchzusetzen, auch bei uns in Deutschland nicht, wenn die Exekutive dem nicht folgt. Dieser untersteht die Polizei, nicht der Justiz. Gewiss, hätte die Judikative eine exekutive Macht, würde dies die Gewaltenteilung in Frage stellen. Doch, können Amtsträger ein Gerichtsurteil willentlich und unbehindert übergehen, wider Gesetz und Verfassung ihr Amt ausüben, so ist dies das Ende der Gewaltenteilung und der Demokratie. Dies alles ist möglich, solange es im Parlament keine ausreichende Mehrheit gegen dieses Vorgehen gibt. Das ginge in letzter Instanz nur durch ein Amtsenthebungsverfahren mit Zweidrittelmehrheit im Kongress. Das bedeutet aber in letzter Instanz auch, dass eine Minderheit von einem Drittel + 1 eine Diktatur billigen kann. Dann bliebe tatsächlich nur noch die Frage, was nach einer Verurteilung dessen durch das Oberste Gericht passieren oder nicht passieren würde.

²⁰⁸ cf. „Wir erleben eine Tragödie“. Interview mit dem Verfassungsrechtler Bruce Ackerman, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, Nr. 17, 27.4.2025, S. 6.

Geschichte und Identität

Der Kampf um die kulturelle Hegemonie betrifft auch das „Geschichtsverständnis“, von dem Kogon sprach, und auch in einem konkreteren und aktuelleren Sinne als eingangs zu diesem Abschnitt angesprochen. Die Neue Rechte hat schon seit langem den Kampf um die Interpretation der Vergangenheit aufgenommen und als Teil ihres ideologischen und propagandistischen Kampfes um politischen Einfluss und letztlich die Macht. Alexander Gauland sprach 2017 im Zusammenhang mit einer Rehabilitierung der Wehrmacht vom „Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen“, nämlich „das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.“²⁰⁹ Es geht um die „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, die Björn Höcke zuvor im Januar 2017 gefordert hatte, gegen das „Mahnmal der Schande“ in Berlin, Ausdruck des „Gemütszustands eines total besiegten Volkes“ und „der nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung.“²¹⁰ Der ideologische spiritus rector nicht mehr nur des rechtsextremen Flügels der AfD, Götz Kubitschek, erklärte am 22.9.2023: „Lasst uns Krieg führen!“, denn „in Deutschland tobt ein geistiger Bürgerkrieg“, nämlich um die Geschichte. Zu Ehren von Maximilian Krahs Nominierung zum AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl erklärte er zur Eröffnung der „Sommerakademie 23“ seines inzwischen aufgelösten „Instituts für Staatspolitik“ den „Kampf um die Köpfe!“ in Deutschland.²¹¹

Das ist die Grundlage des rechtsextremen Geschichtsbildes und das älteste Thema der Neuen Rechten, seit sie auf Distanz zum Neonazismus und der direkten Rehabilitierung der NS-Zeit gegangen ist: Der

²⁰⁹ Gauland fordert „Stolz“ auf deutsche Soldaten, FAZ, 14.9.2027, <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-relativiert-verbrechen-der-wehrmacht-15199412.html> ; zu dem damit von Gauland verbundenen Hinweis auf Mitterrand, der solches auch gesagt habe, was aber eine Verfälschung ist, vgl. Stolz auf Wehrmachtssoldaten? Wie Gauland die Rede von Mitterrand verfälscht, Pressemitteilung Verband Hessischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer.29.7.2017, <https://www.geschichtslehrerverbandhessen.de/html/pressemitteilungen.html#Gauland2>

²¹⁰ Höcke-Rede im Wortlaut, Tagesspiegel, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html>

²¹¹ Kämpft um die Köpfe! Sommerakademie23 des Instituts für Staatspolitik, <https://www.youtube.com/watch?v=vpfNwxjQIik> ; die Auflösung des Instituts sollte wohl einem Verbot durch das Bundesinnenministerium zuvorkommen, die Aktivitäten gehen aber unter anderem Namen weiter.

„Schuldkult“ ist das Resultat der angeblichen Unterjochung der Deutschen und Umerziehung durch die Alliierten mit fortgesetzter Selbstgeißelung für die Buße, v.a. die Aufgabe ihres Nationalbewusstseins und darauf begründeter Politik.²¹² Dies betrifft somit zentral die Nachkriegszeit, indirekt aber relativiert es dennoch die NS-Zeit, denn die Kritik an der „ungerechten Bestrafung der Deutschen“ besagt ja nichts anderes, als dass die Deutschen nichts Schlimmes getan hätten, die Schuldfrage wird auf die NS-Führung reduziert. In diesem Zusammenhang steht auch Gaulands Äußerung vom Juni 2018, der Nationalsozialismus sei „nur ein Vogelschiss in der über Tausend Jahre erfolgreichen deutschen Geschichte“.²¹³

In der Konsequenz ernst zu nehmen an diesen Angriffen auf die Erinnerungskultur ist nicht nur die *Minimierung* des Stellenwerts der NS-Geschichte und ihrer Verbrechen, sondern mehr noch deren damit verbundene *Dethematisierung*²¹⁴, die neben der Holocaustleugnung und der Relativierung durch Vergleiche etc. eine dritte und „unangreifbare“ Komponente der „Entschuldung“ unserer Vergangenheit etablieren will – im Sinne von: Das war schlimm, aber nicht so wichtig.

²¹² Vgl. u.a. W. Geiger: *Weimar / Bonn / Berlin* (Anm. 36), Kap. „Die sechste Partei und die NS-Vergangenheit“, S. 167-190. – Volker Weiß: „Schuldkult“ und „Schuldkolonie“. Tradition und Ziele des aktuellen Geschichtsrevisionismus, Stiftung Gedenkstätten Reflexionen 2021, <https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/reflexionen/reflexionen-2021/schuldkult-und-schuldkolonie>; ebenfalls dort Timo Galki: Gegen das kritische Geschichtsbewusstsein. Die Zeitschrift „Sezession“ und ihre Agenda, <https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/reflexionen/reflexionen-2021/gegen-das-kritische-geschichtsbewusstsein>; Brigitte Baetz / Michael Borgers: „Vogelschiss“ und „Schuldkult“ – Der Kampf um die Erinnerungskultur, *Deutschlandfunk*, 29.8.2024, <https://www.deutschlandfunk.de/afd-neue-rechte-kubitschek-geschichtsrevisionismus-100.html>; ferner Jens-Christian Wagner / Sybille Steinbacher: *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie*. Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte Bd. 22, Göttingen (Wallstein) 2025, darin v.a. Volker Weiß: „Lasst uns Krieg führen!“ Die Kampagne der extremen Rechten gegen die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, S. 71-90; Markus Linden: Der Geschichtsrevisionismus der AfD. Akteure, Organe, Inhalte, S. 91-105, sowie weitere Beiträge.

²¹³ Maria Fiedler: AfD-Chef zum Nationalsozialismus, *Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/politik/alexander-gauland-und-der-vogelschiss-3958210.html>

²¹⁴ Cf. Sophie Schmalenberger: Vom „Vogelschiss“, Bismarck und deutschen Opfern: Die Neue Rechte und der Kampf um die deutsche Erinnerungskultur, in: Jürgen Zimmerer (Hrsg.): *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*. Ditzingen (Rec-lam) 2023, S. 380.

Wer dem entgegentreten will, muss sich aber fragen, ob unsere erinnerungskulturelle Orientierung nicht zu Unrecht, aber zu einseitig auf einer „negativen Erinnerung“ lag und weitgehend noch liegt, während erst in letzter Zeit die Demokratiegeschichte als „positives Thema“ stärker in den Mittelpunkt rückt. Paradoxerweise betrifft dies aber kaum die Entstehung und Geschichte unserer heutigen Demokratie: Der demokratische Neuanfang in (West-) Deutschland, zuerst durch die Gründung der Länder und daraus die Entstehung der Bundesrepublik, hat bei Weitem nicht den notwendigen Stellenwert im historischen Bewusstsein der Deutschen heute und wird auch nicht offiziell gefeiert.²¹⁵ Die kläglichen Veranstaltungen zum 75jährigen Jubiläum des Grundgesetzes sprechen Bände im Vergleich mit dem Hype auf 175 Jahre 1848er Revolution und Paulskirche im Jahr zuvor. Was gescheitert ist, steht ganz oben, was geglückt ist, nicht.

Erinnerung und Besinnung angesichts neuer Herausforderungen

Die Demokratie ist so gut oder so schlecht wie die Demokraten. Von Skepsis geprägt, die er prinzipiell nie verlieren sollte, schrieb Kogon im Vorwort zum *SS-Staat*:

„Ich für meine Person mißtraue der menschlichen Natur, die, wie die Geschichte und jedes Ehrlichen eigene Erfahrung lehrt, zum Bösen geneigt ist. Vor allem der *Weg der Hybris* [des Hochmuts], einmal betreten, birgt zwingende Konsequenzen in sich, an seinem Ende erwarten uns haufenweise die Laster*, die wir heute, an anderen, noch heftig verabscheuen, denen wir uns aber morgen schon, verblendet und stolz, in die Arme werfen.“²¹⁶

Dies atmet von der Sprache her noch alten Geist und ist doch zeitlos, vom Inhalt her ist es pessimistisch und doch tat Kogon alles andere als zu resignieren, und zwar schon mit dem Buch, in dessen Vorwort diese Feststellung steht.

Damals zog man die Lehren aus der Katastrophe des Nationalsozialismus und wie es dazu kommen konnte, und wie gezeigt durchaus unterschiedlich. Die Aufgabe von heute ist, Lehren aus diesen Lehren zu ziehen, die unmittelbar nach 1945 so schwerfielen und um die sich vor allem die *Frankfurter Hefte* und *Die Wandlung* so sehr bemüht haben, erstere mit

²¹⁵ Vgl. Wolfgang Geiger: Staat ohne Geburtstag – Zur merkwürdigen Erinnerungskultur der Bundesrepublik, <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/kogon-und-wir/>

²¹⁶ *SS-Staat*, 1946, Vorwort, S. V f. – * „Laster“: ein heute veraltetes Wort für negative Eigenschaften; Gegensatz von Tugend.

längerem Atem: Kogon, Jaspers und – mit wenigen, aber wichtigen Beiträgen, die hier zu Wort kamen – Hannah Arendt sowie nicht zuletzt auch Fritz von Unruh mit seiner *Rede an die Deutschen* in der Paulskirche, einem „bundesweit“ (den Bund gab es noch nicht) ausstrahlenden Event. Dies war Bezugspunkt für die vorangegangenen Überlegungen. Einzelne Erkenntnisse von damals können sogar eins zu eins heute noch gelten.

In der historischen Bildung, d.h. in den Schulen, aber auch darüber hinaus im öffentlichen Raum, muss die Besinnung auf die Ursprünge unserer heutigen Demokratie intensiver erfolgen als nur durch die schematische Abhandlung einer historischen Epoche wie aller anderen. Zumal einer Phase der Geschichte, die in der Wahrnehmung auch heute noch sehr unter dem Zeichen der Fremdbestimmung steht, einer allmächtigen Umerziehung der Deutschen – selbst wenn man sie befürwortet – und der von den Alliierten auferlegten Verfassung für den Weststaat. Die wirkliche Geschichte war viel mehr von den deutschen Politikern geprägt, anfangs noch von den Alliierten in ihre Ämter bestellt, dann aber in der ersten Demokratisierungsphase gewählt.²¹⁷ Gewiss, die Demokratisierung geschah im Rahmen der Vorgaben durch die Besatzungsregierungen, aber oft genug auch im Konflikt mit ihnen, zuletzt in der Auseinandersetzung um die „Frankfurter Dokumente“ 1948 und die anders gearteten (obwohl auch bei ihnen kontroversen) Vorstellungen der Ministerpräsidenten von einem zu verfassenden „Grundgesetz“, was sich dann auch durchsetzte. Der hessische Ministerpräsident Christian Stock (SPD) betonte dabei schon zu Beginn, „dass die Arbeit am Grundgesetz nicht auf ‚Befehl‘, sondern aufgrund bilateraler Übereinkünfte zwischen Militärgouverneuren und den Ministerpräsidenten aufgenommen werde.“²¹⁸

Die Geschichte der Demokratie in Deutschland, Scheitern und Erfolge, ist eine *Abenteuergeschichte* und muss auch so vermittelt werden, damit man sich nicht an die jetzige Demokratie „gewöhnt“ mit einem erinnerungskulturellen Ablageplatz in der Schublade. Diese Demokratie ist nicht nur unser staatsrechtliches Korsett, das uns nach dem Krieg dabei half, sie muss auch unser Herz weiter danach schlagen lassen.

²¹⁷ Eine erstaunliche und wenig beachtete Analyse lieferte John Gimbel: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949*. Frankfurt/M (S. Fischer) 1971. Siehe auch die Zusammenfassung in John Gimbel: Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945-1949, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) 31/1971, S. 3-31.

²¹⁸ Feldkamp, *Adenauer und die Alliierten* (Anm. 152), S. 30.

Die Geschichte ist nicht an ihrem Ende, wie man nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 diskutierte, weil sie ihr Ziel erreicht hätte. Dies sehen wir heute schmerzlicher denn je seither. Ein tiefgründig verinnerlichtes Fortschrittsdenken hat uns glauben gemacht, dass die Menschheit sich im Laufe ihrer Geschichte zu Freiheit und Gleichheit hin bewegt und Europa und „der Westen“ dabei voranschreiten – trotz der historischen Missachtung ihrer eigenen Grundsätze durch die Demokratien im Umgang mit dem Rest der Welt – und dass die Rückschritte dabei nur die Ausnahme seien. Die nicht-demokratischen Phasen erschienen uns also als etwas Vorübergehendes im weltgeschichtlichen Lauf, der Weg zur Demokratie als die Regel, weil das vorgegebene Ziel. Vielleicht ist ja aber die Demokratie die Ausnahme und nicht die Regel und wir müssen sie daher umso mehr beachten: Sie ist eben *nicht* selbstverständlich. Somit ist auch dieses *Abenteuer Demokratie* nicht vorbei, denn „nie ist Demokratie ein Zustand, immer eine Forderung“, wie Kogon wiederholt sagte,

„kein System der Freiheit kann [...] bestehen ohne einen entwickelten, immer wachen *Freiheitswillen* seiner Bürger. [...] Denn niemals sind es die Institutionen allein, die uns zu schützen vermögen, immer ist es in besonderen Gefahrenlagen der Geist, der darüber entscheidet, wie von ihnen Gebrauch gemacht wird.“²¹⁹ (Hervorhebung im Original).

Dies bedarf deswegen auch der Besinnung darauf, worauf eine demokratische Gesellschaft beruht, ihre Fundamente, und woraus sie besteht, ihr Inhalt, und zwar nicht nur in „verfassten“ Regeln, sondern auch in jenen, die nicht explizit in der Verfassung stehen, aber unabdingbar dazugehören. Es ist nicht der Körper der Demokratie, der letzten Endes zählt, sondern viel mehr ihr Geist. Der Geist der Demokratie kann sich auch einen neuen Körper schaffen, um im Bild zu bleiben, umgekehrt geht das nicht.

Wie schnell dieser Geist sich ändern kann, zeigen die jüngsten Entwicklungen, während die Institutionen noch bestehen, aber von innen ausgehöhlt werden. Wer hätte vor kurzen noch gedacht (3.5.2025), dass die amerikanische Regierung die Werte ihrer Reeducation für die Deutschen 80 Jahre danach selbst zerstören und ihre neue antidemokratische Weltanschauung auch nach Europa transferieren wollen wie eine um 180° gewendete Umerziehung von damals?

²¹⁹ Kogon, *Der Terror als Herrschaftssystem* (Anm. 173), ebd.